

NEUE ZEIT

MAI 1980

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
- Hauptbibliothek -
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14
Fernruf 24305

20

Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Datum _____ Unterschrift des Leiters _____



14759-20
BIBLIOTHEK-BEZ
123 678 190
7500-3308
BELS-13-14

SOWJETUNION IM BILD

Das staatliche Quartett Vilnius ist etwas Eigenständiges. Es spielt alle 83 Quartette von Joseph Haydn, der dieses Genre geschaffen hat. Zu seinem Repertoire gehören die Klassiker Mozart, Schubert, Beethoven, Borodin und Tschaikowski ebenso wie die berühmten Zeitgenossen Prokofjew, Schostakowitsch, Bartók, Hindemith und Schönberg. Die Musiker aus Vilnius haben die unbekannten Werke des litauischen Klassikers Čiurlionis entdeckt und sie als erste aufgeführt.

Das vor 15 Jahren gegründete Quartett ist schnell über die Grenzen der Sowjetunion hinaus bekannt geworden. In Westeuropa, Afrika und Lateinamerika hat es mit Erfolg gastiert.

Beim internationalen Wettbewerb 1972 in Liège errang das Quartett den ersten Preis. 1974 erhielt es den Preis des litauischen Komsomol, 1979 den Preis der Republik für die Pflege sowjetischer Musik.

Hohes Können und ständiges schöpferisches Bemühen zeichnen die Mitglieder des Streichquartetts, die Verdienten Künstler der Litau-



Die Quartettmitglieder
Audrone
Vainiunaite,
Augustinas
Vasiliauskas,
Donatas
Katkus,
Petras Kunca.

Fotos A. Ratnikow,
T. Zebrauskas

Der Vorsitzende des
litauischen
Komponistenverbandes
Vytautas Laurušas
bei einer Probe
des Quartetts.



schen SSR Vainiunaite, Kunca, Katkus und Vasiliauskas aus.

Das Quartett aus Vilnius gibt jährlich mehr als 100 Konzerte in der Sowjetunion, und seine Mitglieder sind als Lehrer tätig.

Säulensaal des Hauses der
Gewerkschaften in Moskau.
Gemeinsam mit dem Großen
Sinfonieorchester des Zentralen
Fernsehens und des
Unionsrundfunks bei einem Konzert.
Nach einem Konzert bei
einer Pateneinheit.

ENTSPANNUNG ODER KONFRONTATION?

Regierungskreise, Foren der Öffentlichkeit, wissenschaftliche Institutionen, Massenmedien — alle analysieren die gegenwärtige Zuspitzung der Weltlage. Die Meinungen ähneln sich oder sind gegensätzlich, die Urteile über Gründe und Charakter der politischen Schlechtwetterlage sind mitunter polar. Das trifft auch für Prognosen zu, sie reichen von ruhigen über reservierte bis zu beinahe panischen.

Und doch treten aus all den extremen Meinungen und dem Stimmengewirr dieser weltweiten Diskussion zwei Leitmotive hervor, die von realistischem Denken zeugen. Das erste Leitmotiv: Die Entspannung muß gewahrt, die Anheizung der Spannungen aber, die sich beinahe schon der Kontrolle entzieht, eingestellt werden. Alles hat, wie man so sagt, sein Gutes, und gerade jetzt, da die Stabilität des Weltfriedens auf die Probe gestellt ist, lernt die Öffentlichkeit die Vorzüge der Entspannungspolitik und deren kolossalen Wert erst richtig schätzen. Die Einsicht bricht sich Bahn, daß die Menschheit, sollte sie der Entspannung verlustig gehen, einen hohen Preis dafür wird zahlen müssen. Der Wunsch erstarkt, sich vom bedrückenden Gefühl der Kriegsgefahr zu befreien, die sich wie eine Gewitterwolke am Horizont zusammenballt, sich von dem Fieber zu befreien, das nicht nur an den Nerven der Menschen, sondern auch schon am gesamten Organismus der internationalen Gemeinschaft zehrt.

Das zweite Leitmotiv: Die UdSSR und die USA müssen den Dialog fortsetzen, den sie in der Entspannungsdekade einleiteten und der allen friedliebenden Völkern Nutzen brachte. Die Geschehnisse von Krieg und Frieden liegen in hohem Maße in den Händen der beiden mächtigsten Staaten, und das setzt voraus, daß sie sich ihrer hohen Verantwortung bewußt sind.

Ein Charakteristikum der heutigen Situation ist, daß die Freunde der Entspannung auf die Aktivierung ihrer Feinde mit immer größerem Zusammenschluß antworten und sie immer energischer zurückweisen. Es kam zu einer Mobilisierung aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte zum Schutz des Friedens als gemeinsames Gut der Menschheit in den Nachkriegsjahren. Aus Paris erging der Appell der Kommunisten an die Völker Europas für Frieden und Abrüstung. In Budapest nahm die Präsidiumstagung des Weltfriedensrates den Appell „Achtung: Kriegsgefahr!“ an. Eine beeindruckende Demonstration des Willens der Völ-

ker war die Aktionswoche für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit. Die Mobilisierung der Friedenskräfte bedeutet eine weitere Isolierung der Kräfte der Konfrontation. Das nötigt die Anhänger des harten Kurses zu Manövern.

So versichert Washington, die Entspannung im Verhältnis zur UdSSR „bleibt unser Ziel“, fordert aber Moskau zugleich auf, „seine Verhaltensweise zu verändern“. Wer soll aber seine Verhaltensweise verändern: der konsequent und zielstrebig den ein für allemal abgesteckten Kurs der friedlichen Zusammenarbeit steuert oder der von diesem Wege abkommt, in den Graben der Konfrontation abgleitet und oben drein andere mit sich zu ziehen versucht? Die Entspannung bedeutet einen geraden Kurs, während der Kurs der gegenwärtigen USA-Administration eine Zickzacklinie bildet.

Leonid Breschnew sagte: „Länder, die zu verschiedenen sozialen Systemen gehören, brauchen zumindest ein Minimum an Vertrauen wie die Luft zum Atmen. Selbstverständlich steht die Gegensätzlichkeit der ideologischen Ansichten zwischen uns, und das wird auch so bleiben. Doch die Tatsache, daß wir die bürgerliche Ideologie nicht akzeptieren, hindert uns nicht daran, auf dem Boden der Realitäten zu bleiben und geduldig nach Eintracht zu suchen.“

Wie kompliziert die Situation in der Welt auch sein mag, die UdSSR gibt die Hoffnung nicht auf, daß auch diejenigen auf den Boden der Realitäten zurückkehren werden, die ihn verlassen haben. Sie wird ihre grundsätzlichen Interessen nie opfern, doch auch nie unnötigerweise sich in die Positur eines Kraftprotzes werfen, die gewissen Leuten in Washington so sehr imponiert. Moskau hat genügend Ausdauer, guten Willen und Geduld bei der Suche nach Ausbalancierung der beiderseitigen Interessen, nach Wegen zur Beseitigung der militärischen Gefahr. Hiervon läßt sich die UdSSR auch in ihren Beziehungen zu den USA leiten. Der militaristischen Hysterie, dem Anheizen von Feindseligkeit, der Aushöhlung der Entspannung stellt die UdSSR eine positive Arbeit zwecks Gesundung der Lage, ein Programm positiver Maßnahmen entgegen, deren Verwirklichung die internationalen Beziehungen normalisieren, die Herde von Konfliktsituationen zum Erlöschen bringen und das Wettrüsten hemmen würde.

Seinerzeit vermochten es die Friedenskräfte, den Umschwung vom kalten Krieg zur Entspannung herbeizuführen. Die heutige Aufgabe ist nicht minder wichtig: die Spannungen abzubauen, das Hineinschlittern in die Konfrontation aufzuhalten. Diese Aufgabe wird bewältigt, wenn die Bemühungen der friedliebenden Staaten mit denen aller Menschen guten Willens verschmelzen. Schon seit 35 Jahren lebt die Menschheit im Frieden. Die Zickzacklinie der Konfrontation ist ihr zu krumm.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 20 MAI 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FIODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Entspannung oder Konfrontation!	1
I. Trofimowa — Schild des Friedens	5
V. Maschin — UdSSR—Polen. Blickfeld Zukunft	6
V. Gustschin — Der Appell von Budapest	8
W. Gawilewski — Abschied von Präsident Tito	8
K. Karagesian — „Niederlage für Strauß“	9
I. Iwanow — Zum Besuch einer IKP-Delegation in Peking (Aus der chinesischen Presse)	10
A. Uswatow — Am Westufer schwelt es	11
S. Goljakow — Afghanistan. Gewerkschaften entstehen	12
B. Wesnin — Sorge, Hoffnung, Kampf	13
Notizen ♦ Glossen	16
D. Wolski — Mittlerer Osten. Turban oder Helm!	18
J. Kobelew — Patriot und Internationalist (Zum 90. Geburtstag Ho chi Minhs)	20
J. Gudkow — USA—Lateinamerika. Nichts Neues	22
V. Gribatschow — Kuba im Visier des Pentagon	22
Biographisches: Edmund S. Muskie, Kanaan Banana	23, 27
J. Botschkariow — Tschad. Kein Frieden in N'Djamena	24
T. Schkolnikowa — UdSSR—Japan. Im beiderseitigen Interesse	26
B. Assojan — Simbabwe. Wenn der Alltag beginnt	26
E. Babajan — Rauschgiftsucht — ein soziales Übel	28
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



25 Jahre sind vergangen, seit in Warschau der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen den sozialistischen Ländern Europas unterzeichnet wurde. Der Warschauer Vertrag ist ein Verteidigungsbündnis, das die Sicherheit der Bruderländer gewährleistet und den Frieden schützt.

Foto: A. Semeljak

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Ploščad

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Die Völker der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, die fortschrittliche Weltöffentlichkeit haben feierlich den 35. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus begangen. Am 9. Mai, dem Tag des Sieges des Sowjetvolkes im Großen Vaterländischen Krieg, besuchten Leonid Breschnew und andere führende Persönlichkeiten der KPdSU und des Sowjetstaates das Lenin-Mausoleum und legten einen Kranz im Namen des ZK der KPdSU, des Präsidiums des Obersten Sowjets und des Ministerrats der UdSSR nieder. Ein Kranz wurde gleichfalls am Grabmal des Unbekannten Soldaten niedergelegt. Um 19.00 Uhr wurde in einer Schweigeminute an die Helden erinnert, die in den Kämpfen für die Freiheit und Unabhängigkeit der Heimat gefallen sind. Am 9. Mai wurden in den Städten und Dörfern der UdSSR die Kriegsveteranen geehrt.

Das ZK der KPdSU nahm den Rechenschaftsbericht der Delegation der KPdSU zum Pariser Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas für Frieden und Abrüstung entgegen und billigte ihre Tätigkeit (siehe S. 13).

Das Volk der Deutschen Demokratischen Republik beging am 8. Mai den 35. Jahrestag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus. Leonid Breschnew und Alexej Kossygin richteten an Erich Honecker und Willi Stoph eine Grußbotschaft: „Unter Bedingungen der komplizierter gewordenen internationalen Lage sind die Geschlossenheit und das enge Zusammenwirken der Bruderländer das wichtigste Unterpfand eines erfolgreichen Kampfes für Entspannung und dauerhaften Frieden. Bei der Lösung dieser aktuellen Aufgaben hat die Deutsche Demokratische Republik ein gewichtiges Wort mitzureden.“

Am 9. Mai feierte das Volk der Tschechoslowakei den 35. Jahrestag der Befreiung des Landes von den faschistischen Eindringlingen. Leonid Breschnew und Alexej Kossygin richteten an Gustáv Husák, Generalsekretär des ZK der KPTsch und Präsident der CSSR, und an den Vorsitzenden der CSSR-Regierung, Lubomir Štrougal, eine Gratulation, in der es heißt, daß sich „heute auf der festen Grundlage des sozialistischen Internationalismus die mannigfachen und fruchtbarsten Verbindungen — auf der Ebene von Partei und Staat, in Wirtschaft und Kultur — umfassend und ständig zwischen unseren Völkern entwickeln“.

Leonid Breschnew und Alexej Kossygin richteten an den Ersten Sekretär des ZK

„NEUE ZEIT“ 20-80



Moskau, den 9. Mai. Vor dem Grabmal des Unbekannten Soldaten

Fotos: TASS



der KP Kubas, den Vorsitzenden des Staatsrates und des Ministerrates der Republik Kuba, Fidel Castro Ruz, eine Grußbotschaft zum 20. Jahrestag der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der UdSSR und Kuba. „Geleitet von dem internationalistischen Geist der sowjetisch-kubanischen Erklärung von 1974 wird die Sowjetunion auch in Zukunft alles tun, um unsere brüderliche Freundschaft und Zusammenarbeit zu vertiefen, wird sie fest auf seiten der gerechten Sache des kubanischen Volkes stehen.“

Vom 6. bis 8. Mai weilte Edward Babiuch, Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP und Vorsitzender des Ministerrates der VR Polen, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in der UdSSR. Am 6. Mai empfing Leonid Breschnew Edward Babiuch. Auch Alexej Kossygin führte Gespräche mit Edward Babiuch (siehe S. 6).

Am 8. Mai wurde Josip Broz Tito, der Präsident Jugoslawiens und Vorsitzende des BKJ, in Belgrad beigesetzt. An der Trauerzeremonie nahmen Delegationen aus vielen Ländern teil. Die Partei- und Staatsdelegation der UdSSR stand unter der Leitung von Leonid Breschnew.

Leonid Breschnew hatte am 7. und 8. Mai in Belgrad Begegnungen und Gespräche mit der Führung Jugoslawiens, mit Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, sowie mit Kim Il Sung, Generalsekretär des ZK der Partei der Arbeit Koreas und Präsident der KVDR. Ferner empfing Leonid Breschnew die indische Ministerpräsidentin Indira

Gandhi zu einem Gespräch. Leonid Breschnew lud sie zu einem offiziellen UdSSR-Besuch ein. Indira Gandhi ihrerseits lud Leonid Breschnew zu einem offiziellen Besuch Indiens ein.

Am 7. Mai empfing Leonid Breschnew im Kreml den IOC-Präsidenten Lord Killanin. In dem Gespräch wurde betont, daß die Sowjetunion voll und ganz die übernommenen Verpflichtungen erfüllt und alles tut, damit unter den heutigen komplizierten internationalen Bedingungen der edle Geist der olympischen Bewegung bewahrt bleibt.

Am 8. Mai trafen Boris Ponomarew und Wadim Sagladin, Kandidat des ZK der KPdSU und erster stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, im ZK mit Olof Palme, dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens, zusammen.

Am 12. Mai begann der Abzug einer weiteren Gruppe sowjetischer Panzer- und Kampftechnik aus der DDR. Diese Einheiten sollen in den europäischen Regionen der Sowjetunion stationiert werden.

Vom 5. bis 7. Mai fand in Moskau die 95. Tagung des RGW-Exekutivkomitees statt. Die Tagungsteilnehmer konstatierten, daß das Nationaleinkommen der RGW-Länder in vergangenen 30 Jahren auf das 9,5fache und die Industrieproduktion auf das 15fache gestiegen sind — 2,4- bzw. 3mal soviel wie in den kapitalistischen Industrieländern. Das Exekutivkomitee befaßte sich mit der Koordinierung der Volkswirt-

schaftspläne der RGW-Länder, dem weiteren Ausbau und der Vertiefung der Spezialisierung und Kooperation ihrer Produktion.

Vom 8. bis 10. Mai tagte in Budapest das Präsidium des Weltfriedensrates. Die fast 300 Vertreter der Öffentlichkeit aus 75 Ländern und von 12 internationalen Organisationen nahmen den Appell „Achtung: Kriegsgefahr!“ an (siehe S. 8).

Vom 5. bis 11. Mai wurde in den europäischen Ländern auf Beschluß des Weltfriedensrates eine Aktionswoche für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit durchgeführt.

Am 10. Mai ging in Warschau ein europäisches Frauentreffen zu Ende. Die Vertreterinnen der Frauenorganisationen der europäischen KSZE-Teilnehmerstaaten, der USA und Kanadas sowie die Delegation der Internationalen Demokratischen Frauenföderation nahmen eine Erklärung an, die der tiefen Besorgnis über die Verstärkung des Wettrüstens Ausdruck verleiht.

Das Außenministerium der VR Kampuchea veröffentlichte eine Erklärung, in der es die vom Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC) angenommene Resolution für die Einberufung einer „internationalen Konferenz zur humanitären Hilfe“ für Kampuchea als illegitimen Versuch einschätzte, die Probleme Kampucheas ohne die Beteiligung und die Zustimmung des Revolutionären Volksrates, des einzigen rechtmäßigen Vertreters des kampucheanischen Volkes, zu lösen.

Am 9. Mai stattete Hua Guofeng, Vorsitzender des ZK der KPCh und Premier des Staatsrates der VR China, Rumänien einen eintägigen Besuch ab. Er

führte Gespräche mit dem RKP-Generalsekretär und Präsidenten der SR Rumänien, Nicolae Ceaușescu.

Vom 9. bis 11. Mai weilte der Generalsekretär des ZK der Partei der Arbeit Koreas und Präsident der KVDR, Kim Il Sung, in Rumänien.

Am 12. Mai wurde in Brüssel die 4. Konferenz der Interparlamentarischen Union für Zusammenarbeit in Europa eröffnet.

Die USA begannen im Karibikraum das Großmanöver Solid Shield-80. Dies löste Empörung und Proteste bei der friedliebenden Öffentlichkeit in vielen Ländern aus (siehe S. 22).



In ganz Kuba fanden Großkundgebungen gegen die jüngste antikubanische Kampagne Washingtons statt. TASS-Foto: Eine Kundgebung in Havanna

Im Iran fand am 9. Mai die zweite Runde der Parlamentswahlen statt. (Im ersten Wahlgang waren 98 Abgeordnete gewählt worden; das Parlament soll 270 Vertreter haben). Wegen der Spannungen in Iranisch-Kurdistan und einigen anderen Regionen wurden die Wahlen in 22 Städten des Iran erneut verschoben.

US-Präsident Carter, der am 8. Mai vor dem Rat für Weltangelegenheiten in Philadelphia auftrat, gab zu verstehen, daß die Vereinigten Staaten umfassende interventionistische Aktionen gegen den Iran planen, und drohte der iranischen Führung offen, indem er erklärte, daß die „Integrität und Unabhängigkeit ihres Landes leiden können“ (siehe S. 18).

Am 11. Mai fanden im BRD-Bundesland Nordrhein-Westfalen Landtagswahlen statt (siehe S. 9).

Am 12. Mai erklärten der Premierminister Ägyptens, Mustapha Khalil, und die von ihm geleitete Regierung auf Anweisung von Präsident Anwar Sadat ihren Rücktritt.

Am 8. Mai wählte die Parlamentsfraktion der Partei Neue Demokratie in Athen den Außenminister Georgios Rallis zum neuen Führer dieser griechischen Regierungspartei. Den Usancen zufolge wurde Georgios Rallis Ministerpräsident und bildete im Auftrag des Präsidenten die neue Regierung.

Am 9. und 10. Mai fand in Nizza die 7. französisch-afrikanische Gipfelkonferenz statt. An ihr nahmen der Präsident Frankreichs und führende Politiker aus 25 afrikanischen Staaten teil. Im Mittelpunkt standen Probleme des ungerechten Charakters der Beziehungen zwischen den kapitalistischen Industriestaaten und den Entwicklungsländern.

In Ugandas Hauptstadt Kampala ist die Lage gespannt. Das Militärkomitee der Nationalen Befreiungsfront Ugandas unter Arbeitsminister Muwanga wandte sich gegen die Entscheidung von Präsident Binaisa, den Stabschef der Armee, Ojok, abzusetzen. Das Komitee entzog dem Präsidenten die Vollmachten und übernahm seine Funktionen.

Die Repressalien der israelischen Okkupanten im Westjordanland, insbesondere die unrechtmäßige Ausweisung der Bürgermeister zweier Städte und des Vorsitzenden eines islamischen Gerichts, riefen den verstärkten Widerstand der arabischen Bevölkerung der Westbank hervor (siehe S. 11).



Unser Bild [v.l.n.r.] Der PLO-Vertreter Yasser Abd-Rabbou sowie kürzlich aus dem Westjordanland ausgewiesene Patrioten — der Vorsitzende des islamischen Gerichts, Sheikh Rajab at-Tamimi, der Bürgermeister von Khalkul, Mohammed Milhem, und der Bürgermeister von El Khalil, Fahd Al-Kawasyim, auf einer Pressekonferenz in Beirut.

Foto: AP—TASS

Der Beschluß der imperialistischen westlichen Kreise, Mittelstrecken-Atomraketen — Flügel- und Pershing-2-Raketen — zu bauen und in Europa zu stationieren, ist eine ernste Bedrohung für alle europäischen Völker. Als Carter und seine Helfer den Beschluß durchdrückten, glaubten sie, die Welt in den kalten Krieg zurückwerfen zu können. Außerdem gibt die neue Runde im Wettrüsten den Industriebaronen der USA eine Möglichkeit zu noch größeren Profiten. Das beispiellose Anschwellen des Militäretats der USA und die Tatsache, daß sie die Ratifizierung des SALT-II-Vertrags auf Eis gelegt haben, beweisen stichhaltig die Aggressivität des Imperialismus.

Servando CABALLERO RRIETO
Madrid

Aus dem Beitrag Boris Wessins „Ein Drittes gibt's nicht! (Zum Pariser Treffen der Kommunisten Europas)“ in Ihrem Heft 17 ist mir klar geworden, daß die imperialistischen Kräfte und manche Repräsentanten linker Kreise gemeinsam versucht haben, dieses Treffen zu vereiteln, weil es „einseitig“ sein und weil nur die UdSSR es brauchen würde. Das Pariser Treffen hat aber dennoch stattgefunden und mit Erfolg. Es hat gezeigt, daß die Kommunisten im Friedenskampf führend sind. Ich meine, Sie sollten mehr Beiträge wie den von Wessin bringen.

P. WASSILEW
Gorki, RSFSR

Die Rechten, die Maoisten und anderen Feinde der UdSSR in Neuseeland hetzen zum Abbruch aller Verbindungen mit ihr. Unsere Geschäftsleute aber haben Realitätssinn genug, um einzusehen, daß der Handel mit der UdSSR für Neuseeland wichtig ist. Sie kauft Wolle, Hammelfleisch und Butter bei uns. Schlechter steht es mit den kulturellen Verbindungen. Aus Verschulden unseres Landes wurden z. B. die Gastreisen sowjetischer Musiker zu uns abgesagt und das Gastspiel eines georgischen Tanzensembles aufgeschoben.

William MCLEOD
Wellington, Neuseeland

SCHILD DES FRIEDENS

Irina TROFIMOWA

Die Tagung des Politischen Beratern-Ausschusses der Staaten des Warschauer Vertrages in der polnischen Hauptstadt wurde auf den 25. Jahrestag unseres Verteidigungsbündnisses gelegt. Sie wird die Erfahrungen des Bündnisses verallgemeinern. Wir wollen dieser Analyse nicht vorausgreifen. Daß die europäischen Völker all diese Jahre im Frieden leben, zeigt am deutlichsten, wie effektiv das konstruktive Wirken der Organisation des Warschauer Vertrages ist. Das verdankt Europa vor allem der Friedenspolitik der sozialistischen Länder.

Nach dem zweiten Weltkrieg schien es, als sei der jahrhundertalte Traum der Völker Europas von einem dauerhaften Frieden seiner Verwirklichung nahe. Der Faschismus war zerschlagen. Nichts hätte die Teilnehmer der Antifaschistenkoalition, die es gelernt hatten, einander selbst in den schwersten Jahren zu verstehen, daran gehindert, den Weg der Eintracht und der Zusammenarbeit weiterzugehen. Doch das sollte nicht so einfach sein: Schon bald zogen sich über Europa erneut Wolken zusammen.

Das Signal zur Offensive der aggressiven imperialistischen Kräfte auf die Errungenschaften der europäischen Völker, die unter so schweren Opfern erzielt worden waren, gab bekanntlich die berühmte Rede Churchills am 5. März 1946 in Fulton. Dieser Auftritt ist keineswegs als isolierte Aktion der britischen Diplomatie zu sehen. Sie war zusammen mit der US-Administration sorgfältig geplant. Im Winter 1945/46 hielt sich der Führer der britischen Tories einige Monate in den USA auf. Er traf mit Präsident Truman und den führenden Mitarbeitern des State Department zusammen. Eben bei diesen Treffen wurde ein gemeinsamer außenpolitischer Kurs erarbeitet. Unmittelbar vor seinem Auftritt fuhr Churchill in einen Kurort nach Florida, wo er an den Hauptthesen seiner Rede feilte. Dann begab er sich zusammen mit Truman nach Fulton. Die Anwesenheit des US-Präsidenten beim Auftritt des Tory-Führers im Westminster College dieser amerikanischen Kleinstadt sollte die Abstimmung zwischen Washington und London demonstrieren.

Worauf lief die Fulton-Rede Churchills hinaus? Die Sowjetunion, hieß es,

sei die Hauptbedrohung für Sicherheit und Freiheit der Völker, und deshalb müßten sich alle unter englisch-amerikanischer Führung vereinigen, um der Bedrohung entgegenzutreten. Das wurde nur ein Jahr gesagt, nachdem die Sowjetunion unter schwersten Opfern die Völker Europas befreit hatte; nachdem die Sowjetarmee den Hauptstoß von Hitlers Kriegsmaschinerie auf sich genommen hatte und England auf diese Weise der unausweichlich scheinenden Niederlage entgehen konnte; zu einer Zeit, da die UdSSR gigantische Anstrengungen unternahm, um eine Nachkriegsordnung in Europa zu schaffen, die neue militärische Konflikte für immer ausschließen sollte.

So wurde in Fulton das Zeichen gesetzt, um Militärblöcke gegen die Sowjetunion und die anderen Länder, die den sozialistischen Weg gehen wollten, zu schaffen. 1949 wurde die NATO gegründet. Bei der feierlichen Unterzeichnung des Nordatlantikvertrages hielten seine Schöpfer tönende Reden über die „Verteidigung des Friedens und der Demokratie“, das „Wall Street Journal“ (USA) aber veröffentlichte einen Tag später einen Beitrag, in dem es ganz offen die Dinge beim Namen nannte. Das Blatt charakterisierte das aus der Taufe gehobene Bündnis sehr genau, als es davon sprach, daß das Gesetz des Dschungels über die internationale, weltweite Zusammenarbeit gesiegt habe.

Die Weltöffentlichkeit zollte der Zurückhaltung der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder Tribut. Selbst nach der Unterzeichnung der Pariser Abkommen im Jahre 1954, die grünes Licht für die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und für ihren Beitritt zur NATO gaben, suchten die sozialistischen Staaten eine gemeinsame Sprache mit dem Westen zu finden, um eine gefährliche Entwicklung zu verhindern. Doch die Antwort auf ihre Initiativen, einschließlich des Vorschlages, eine Konferenz der europäischen Staaten zur Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa einzuberufen, war ein kategorisches Nein.

Die NATO-Strategen waren an all dem nicht interessiert, sie hatten ganz andere Sorgen. 1954 gab es auf dem Territorium der westeuropäischen NATO-Länder bereits 125 Militärflughä-

fen und 40 weitere wurden gebaut; 300 Objekte für Fernverbindungen, Radaranlagen und andere Militärobjekte waren in Betrieb oder entstanden. Auf der Linie Azoren—Marokko—Libyen—Saudi-Arabien wurden Stützpunkte der US Airforce angelegt, auf denen Bomber der strategischen Luftwaffe stationiert wurden, die atomare Schläge gegen die sozialistischen Länder Osteuropas führen sollten.

Die Politik des Westens konfrontierte die sozialistischen Staaten mit der Notwendigkeit, ihre Sicherheit zu festigen, ein zuverlässiges System für die kollektive Verteidigung ihrer Länder und Völker zu schaffen. So entstand am 14. Mai 1955 die Organisation des Warschauer Vertrages — sechs Jahre nach Gründung der NATO, als Washington zusammen mit seinen Partnern daranging, einen neuen Kriegsherd in Europa zu schaffen.

Nicht nur, weil wir jetzt den 25. Jahrestag des Warschauer Vertrags begehen, ist es sinnvoll, an die internationale Lage zu erinnern, in der unser Verteidigungsbündnis entstand. Die Geschichte kann Klarheit schaffen, wo unsere ideologischen Gegner heute Verwirrung stiften wollen. Sobald die imperialistischen Kreise, vor allem die USA, zur Gegenattacke auf die Entspannung ansetzen, wurde erneut Lärm um eine „sowjetische Bedrohung“ geschlagen. Glauben eigentlich diese Leute selbst an das Bestehen einer derartigen Bedrohung, mit der sie Menschen, die von Politik nicht sonderlich viel verstehen, ins Boxhorn jagen wollen? Daran glaubte nicht einmal ein fanatischer Kommunistenhasser wie John Foster Dulles, der direkt an der Entstehung der NATO beteiligt war. Später schrieb er: „Der Sowjetkommunismus... vermeidet alles, was den Krieg eines Volkes gegen ein anderes voraussetzt... Die meisten sachkundigen Beobachter neigen zu der Meinung, daß keine unmittelbare Gefahr einer Invasion der Roten Armee aus Rußland nach Westeuropa oder nach Asien... besteht.“

Warum mußte die Lüge von der angeblichen Gefahr seitens der sozialistischen Länder jetzt erneut aufgetischt werden? Gegenüber Lord Moran sagte Winston Churchill einmal: „Die Wahrheit ist so kostbar, daß sie von einer Lügeneskorte begleitet werden sollte.“ Nach dem Rezept des großen Heuchlers

und Tory-Führers verfahren die USA und nicht nur sie. In jüngster Vergangenheit sollte diese „Lügeneskorte“ die Wahrheit über die Ziele der NATO-Gründung verbergen. Jetzt dient sie als Deckmantel für eine weitere Runde des Waffentrügens, für die Pläne zur Stationierung neuer Typen nuklearer Mittelstreckenraketen in Westeuropa und für militärische Abenteuer.

Die sozialistischen Länder handeln mit offenem Visier. Sie haben es nicht nötig, ihre außenpolitischen Ziele zu verbergen. Ihre Zusammenarbeit im Rahmen des Warschauer Vertrages läuft auf folgendes hinaus:

die Koordinierung der außenpolitischen Bemühungen im Kampf dafür, gemeinsam die Sicherheit der Teilnehmerstaaten zu gewährleisten, Frieden und Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt zu bewahren und zu festigen;

die Zusammenarbeit der Teilnehmerstaaten bei der Verteidigung zum gemeinsamen Schutz ihrer Souveränität und Unabhängigkeit und zur wirksamen Abwehr aller Aggressionsversuche des Imperialismus.

Die Vereinten Streitkräfte der Staaten des Warschauer Vertrages schützen zuverlässig die Arbeit der Erbauer der neuen Gesellschaft und die Sicherheit der Grenzen der sozialistischen Gemeinschaft in Europa. Zu ihnen gehören Landstreitkräfte, die Luftverteidigung, Luft- und Seestreitkräfte, die Kampfaufgaben selbst unter den schwierigsten Bedingungen erfüllen können. Die Länder der sozialistischen Gemeinschaft halten ihr Verteidigungspotential auf der Höhe, damit niemand in Versuchung gerät, die historische Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus gewaltsam zu lösen.

Die sozialistischen Länder sind entschieden gegen eine Aufteilung der Welt in einander gegenüberstehende Blöcke. Wiederholt haben sie ihre Bereitschaft zur Auflösung der Organisation des Warschauer Vertrages erklärt, wenn der Nordatlantikpakt ebenfalls dazu bereit ist. Als erster Schritt sollten die militärischen Organisationen beider Gruppierungen aufgelöst werden. Doch solange die NATO weiterbesteht, müssen die Mitglieder unseres Verteidigungsbündnisses alles tun, um ihren Völkern zuverlässige Sicherheit zu gewährleisten.

Die NATO besteht aber nicht nur weiter, sie forciert ihr Aggressionspotential und trachtet nach militärischer Überlegenheit. Hinzu kommt das zunehmende Abenteuerertum ihrer amerikanischen Führung. Wie Leonid Breschnew betonte, verpflichten uns alle bisherigen Erfahrungen, die internationale Lage und besonders die Entwicklungen der letzten Zeit, das Pulver trocken zu halten.

Die sozialistischen Staaten weisen auf

die gefährlichen Tendenzen in der Weltpolitik hin, die durch die Handlungen Washingtons hervorgerufen wurden. Doch trotz allem halten sie einen solchen Lauf der Dinge für abwendbar. Das lehren uns die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit. Erinnern wir uns an die Jahre des kalten Krieges in Europa. John Foster Dulles, der Vater der Strategie der „massiven Vergeltung“, rief die USA immer wieder auf, wann und wo auch immer dazu bereit zu sein, einen atomaren Schlag zu führen. Die aufeinanderfolgenden BRD-Regierungen unter Adenauer, Erhard und Kiesinger stellten offenen Gebietsansprüche an Nachbarländer und erklärten, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges revidieren zu wollen. Der Westen erklärte die Wirtschaftsblockade und die Diskriminierung im Handel gegenüber den sozialistischen Ländern zur Staatsdoktrin. Dennoch gelang es, diesen Teufelskreis der Kriegshysterie zu durchbrechen.

Niemand kann bestreiten, daß die Staaten des Warschauer Vertrages bei der Umstellung der internationalen Beziehungen von Konfrontation auf Zusammenarbeit die entscheidende Rolle

gespielt haben. Schon auf der ersten Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses im Januar 1956 in Prag wurde eine Erklärung verabschiedet, in der das Friedensstreben der Völker der sozialistischen Länder Ausdruck fand und konkrete Vorschläge für die europäische Sicherheit unterbreitet wurden. Jede Tagung des Ausschusses, der gemeinsam die Hauptrichtungen unserer Außenpolitik ausarbeitet und unsere Aktionen koordiniert, bereicherte die europäische und die gesamte internationale Gemeinschaft mit neuen Ideen, die von humansten Zielen diktiert waren: das Waffentrüsen zu beenden, den Konfrontationsstand der beiden starken militärischen Gruppierungen im Zentrum Europas zu senken und Raum für die Entwicklung allseitig vorteilhafter wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und kultureller Verbindungen zwischen den Völkern zu schaffen. Viele dieser Initiativen sind heute Wirklichkeit. Sie lagen den Beschlüssen bedeutender internationaler Foren zugrunde oder fanden ihren Niederschlag in einigen wichtigen bilateralen Dokumenten.

Doch der Kampf für die Entspannung war nicht leicht. Erinnert sei nur an die

UdSSR—POLEN

BLICKFELD ZUKUNFT

Jedes Treffen der führenden Politiker sozialistischer Staaten wird von der Weltöffentlichkeit aufmerksam verfolgt. Ein besonders großes Echo finden diese Begegnungen, wenn die politische Lage Komplikationen aufweist. Sind ja, wie sich schon wiederholt gezeigt hat, gerade die sozialistischen Staaten — um die sich alle scharen, die an der Bewahrung des Friedens, an der Entwicklung gleichberechtigter, gegenseitig vorteilhafter Beziehungen zwischen den Völkern interessiert sind —, die wahrhaft reale Kraft, die eine gefährliche Entwicklung der Ereignisse verhindern kann.

Ebendeshalb fanden der offizielle Freundschaftsbesuch von Edward Babiuch, Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP und Vorsitzender des Ministerrats der VR Polen, in der Sowjetunion, sein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Leonid Breschnew, und die Unterredungen mit Alexej Kossygin, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR, allgemeines Interesse.

Die Welt hat erneut gesehen, daß

angesichts der abenteuerlichen Politik militaristischer Kreise, die die Spannungen in vielen Regionen schüren, die Sowjetunion und Polen — die beiden Länder, die die größten Verluste im Kampf gegen den Faschismus im zweiten Weltkrieg erlitten haben —, fest entschlossen sind, den Frieden sowie alles Gute und Nützliche in den internationalen Beziehungen zu verteidigen, was in 35 Nachkriegsjahren erreicht wurde.

Babiuchs Moskaubesuch hat gezeigt, daß die sozialistischen Länder den Umtrieben reaktionärer imperialistischer Kräfte, ihrem hysterischen Hin und Her und der politischen Unvernunft Ruhe, Konsequenz und Prinzipienfestigkeit bei der Verwirklichung ihrer friedliebenden Außenpolitik, bei der Festigung der politischen Solidarität, des Wirtschafts- und Verteidigungspotentials entgegenzusetzen.

Die Sowjetunion und die VR Polen haben ihre feste Entschlossenheit bekundet, eine Verletzung des militärisch-strategischen Gleichgewichts zum Schaden der sozialistischen Gemeinschaft nicht zuzulassen. Beide Länder werden aktiv zur Vertiefung der internationalen Entspannung

Vorbereitung der gesamteuropäischen Konferenz. Als der Politische Beirat der Ausschuss 1966 eine solche Konferenz vorschlug, hielt kaum jemand diesen Gedanken für realisierbar. Noch skeptischer wurde die Möglichkeit gesehen, dabei Vereinbarungen zu erreichen, selbst wenn das Treffen der 35 Staaten zustande kommen sollte. Wiederholt wurde der Versuch unternommen, diese Initiative zunichte zu machen. Und obgleich Jahre nötig waren, um den Weg nach Helsinki zu bahnen, gewannen letztlich doch die Vernunft, die Ideen der friedlichen Koexistenz, die Oberhand.

Für die Völker Europas hatte zwar kein „goldenes Zeitalter“ begonnen — die Entspannungsgegner hielten sich damals zurück, doch traten sie keinesfalls von der internationalen Bühne ab — doch zumindest eine Zeit relativ ruhiger Entwicklung. Der „Geist von Helsinki“ führte auch zu einer Normalisierung des globalen politischen Klimas. Die Geschäftsverbindungen, der Kulturaustausch und der Tourismus zwischen Ost und West wurden intensiver.

So sieht für die internationale Gemeinschaft die berüchtigte „sowjetische

Gefahr“ aus! Wenn die abgestimmte Außenpolitik der Staaten des Warschauer Vertrages irgend etwas bedroht, dann nur die Pläne jener, die Aggressionsgelüste haben, die die Kriegspsychose schüren und sich skrupellos in die Angelegenheiten anderer Länder einmischen.

Heute, angesichts der Verschärfung der Weltlage, beweisen die Sowjetunion und ihre Verbündeten größte Zurückhaltung. Der Eskalation der Spannungen setzen sie konstruktives Handeln entgegen, um die von Washington künstlich aufgeladene politische Atmosphäre allmählich zu entspannen, all das Wertvolle zu bewahren, was die Entspannung den internationalen Beziehungen gebracht hat, und bei der Festigung des Friedens weitervorzuschreiten. Heute geht es vor allem darum, das mörderische Wettrüsten einzudämmen. Die Einberufung der von den Warschauer Vertragsstaaten vorgeschlagenen Konferenz für militärische Entspannung und Abrüstung in Europa ist wichtig wie nie zuvor.

Unter den zwei Wegen — einem ebenen, breiten oder einem kurvenreichen, von Schlaglöchern durchzogenen,

der an gefährlichen Abhängen vorbeiführt — wählen alle vernünftigen Menschen den ersten. Vor der gleichen Wahl stehen jetzt auch die Politiker. Es ist nicht vorstellbar, sagte Leonid Breschnew, daß sich in Europa Staaten finden, die die Früchte der Entspannung jenen, die diese zertreten wollen, vor die Füße werfen wollen.

Auf der Tagung des Ausschusses der Außenminister der Warschauer Vertragsstaaten im Dezember v. J. erfolgte ein Meinungsaustausch zum bevorstehenden 25. Jahrestag unseres Verteidigungsbündnisses. Die Minister erklärten, daß dieses Jubiläum im Geist der Freundschaft, der Zusammenarbeit, der Einheit und der Geschlossenheit ihrer Staaten begangen wird; im Zeichen des Kampfes für die Beendigung des Wettrüstens und für den Übergang zur Abrüstung, für die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa; im Zeichen eines aktiven und konstruktiven Wirkens der Warschauer Vertragsstaaten bei der Lösung der internationalen Fragen, bei der Entwicklung gleichberechtigter und freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Staaten zum Wohl aller Völker. ■

beitragen, zu Maßnahmen für die Zügelung des Wettrüstens und für die Abrüstung, für den Abbau der militärischen Konfrontation sowie die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa. Die UdSSR und die VR Polen erklärten, daß sie für Verhandlungen über die atomaren Mittelstreckenraketen in Europa eintreten. Der Weg zu solchen Gesprächen wäre offen, falls der NATO-Beschluß für die Produktion und Stationierung neuer US-Raketen in Westeuropa aufgehoben oder zumindest seine Erfüllung offiziell ausgesetzt würde. Die UdSSR und Polen bekräftigten die Bedeutung des Vorschlages der sozialistischen Länder, eine Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa nach Warschau einzuberufen. Ferner wurde betont, daß das Madrider KSZE-Nachfolge treffen sorgfältig vorbereitet werden muß, um positive Ergebnisse zu gewährleisten. Die Regierungschefs Polens und der UdSSR bekundeten ihre Unterstützung für die nationale Befreiungsbewegung und verurteilten jegliche Versuche der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten, die Methoden der Erpressung und die Aggressionsakte gegen die jungen Völker.

Polen und die Sowjetunion sind den ruhmreichen Weg der brüderli-

chen Zusammenarbeit gegangen und sind heute zusammen mit den anderen Ländern der Gemeinschaft an neue Ufer gelangt. Viele Betriebe in Polen wurden mit technischer Unterstützung der UdSSR errichtet. Sie bilden den Kern so bedeutender Wirtschaftszweige wie der Hüttenindustrie, der Chemieindustrie, des Maschinenbaus und der Bauindustrie. Diese Betriebe erzeugen 65% des polnischen Roheisens, fast 60% des Stahls, 27% des Koks und 15% des Stroms. Polen seinerseits hat besonders in den letzten Jahren aktiv zur Entwicklung der industriellen Basis der Sowjetunion beigetragen. Allein im laufenden Planjahr fünf wird die VR Polen der Sowjetunion Anlagen für 100 Industrieobjekte sowie Dutzende von Hochseefrachtern und Fischereischiffen liefern.

Polen liegt an zweiter Stelle im sowjetischen Außenhandel. Die UdSSR ist der wichtigste Außenhandelspartner Polens. Der gegenseitige Warenaustausch hat sich in den letzten fünf Jahren mehr als verdoppelt und steigt weiter.

Doch die quantitative Seite ist nur ein Aspekt. Bei den Verhandlungen wurde betont, daß Kooperation und Spezialisierung in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern wie im Rahmen der ganzen sozialistischen Gemein-

schaft immer größere Bedeutung erlangen. Die weitere Entwicklung dieser Richtungen der Zusammenarbeit verlangt, wie in den Gesprächen konstatiert wurde, eine intensive Suche nach neuen Möglichkeiten und Lösungen, die in gleicher Weise im wirtschaftlichen Interesse beider Länder liegen. Hier muß man es verstehen, die Aufgaben schöpferisch anzugehen, sie richtig einzuschätzen und die Zusammenarbeit auch im Hinblick auf eine fernere Perspektive auszubauen.

Hierfür wurde das in Moskau unterzeichnete sowjetisch-polnische Langzeitprogramm für die Entwicklung der Spezialisierung und Kooperation der Produktion bis 1990 erarbeitet. Eben diesem Ziel dienen die Vereinbarungen über die weitere Entwicklung und Vervollkommen der Koordinierung der Staatspläne. Beide Seiten konstatierten, wie wichtig es ist, daß die UdSSR und Polen an der Verwirklichung des 1971 angenommenen Komplexprogramms für die weitere Vertiefung und Vervollkommen der Zusammenarbeit und der Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der RGW-Länder sowie der Langzeitzielprogramme für die Zusammenarbeit teilnehmen.

V. MASCHIN

DER APPELL VON BUDAPEST

Victor Hugo nannte den Frieden die Tugend, den Krieg das Verbrechen der Zivilisation. Heute sind Millionen vom Bewußtsein erfüllt, daß die Menschheit kein höheres und würdigeres Ziel als den Schutz des Friedens hat, es läßt sie zum Kampf aufstehen, sich zusammentun und aktiv gegen die Abenteuerpolitik der Kriegsbrandstifter vorgehen. Hier nur einiges aus der jüngsten Chronik dieses Kampfes. „Den Frieden sichern — keine Atomraketen in Westeuropa!“ lautete die Losung des Grenztreffens des Friedens in Aachen. In Frankreich begann in 42 Departements eine Unterschriftensammlung für die Forderung, die Raketenpläne des Pentagon und der NATO aufzugeben, das Wettrüsten einzustellen und eine gesamteuropäische Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung einzuberufen. Mehr als 300 000 Franzosen haben sie schon unterzeichnet. „Unser Treffen hat ergeben, daß alle Frauen in Frieden leben und ihre Kinder vor Krieg bewahren wollen“, sagte IDFF-Präsidentin Freda Brown nach dem Warschauer Treffen von Vertreterinnen der Frauen-

organisationen Europas, der USA und Kanadas.

Mit dem Appell von seiner Budapest Tagung macht sich das Präsidium des Weltfriedensrates zum Sprecher von Millionen, wenn es besorgt, aber entschlossen erklärt: „Am 35. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus und der Beendigung des 2. Weltkrieges in Europa appelliert der Weltfriedensrat an alle, die inmitten von Schutt und Asche gelobten, alles zu tun, um einen neuen Weltkrieg zu verhindern; an alle, die von der ständig zunehmenden Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen alarmiert sind; an die Jugend, die Anspruch auf ein Leben in einer besseren Welt hat; an die Völker und Regierungen der Welt:

Achtung: Kriegsgefahr!“

Nicht Panik und Furcht vor denen, die das Wettrüsten anheizen und zum Krieg treiben, soll dieser Alarmruf auslösen. Heute, da die Menschheit im Kampf um die friedliche Koexistenz vielleicht an einem Wendepunkt steht, und die Entspannungsfeinde va banque spielen, ruft der Weltfriedensrat zu er-

höhter Wachsamkeit, zur Aktionseinheit der Friedenskräfte gegen die Kriegsgefahr. Die Zeiten, in denen die Militaristen über die Geschicke der Völker verfügen konnten, sind vorüber. Wort und Tat der Völker, denen der Frieden am Herzen liegt, sind zu einer einflußreichen internationalen Kraft geworden und, wie Marx sagte, imstande, „Frieden zu gebieten, wo diejenigen, die ihre Herren sein wollen, Krieg schreien“.

Der Krieg ist nicht unausbleiblich, wurde in Budapest gesagt. Noch ist es möglich, das unaufhaltsame Anwachsen der Rüstungen zu stoppen und vor allem zu verhindern, daß im Herzen Europas neue Kernwaffenarsenale entstehen.

In der Resolution der Tagung zu Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa heißt es: „Die Lehren der Vergangenheit sind völlig klar: Nie wieder darf die Geißel des Krieges die Welt ins Unglück stürzen. Im Ergebnis eines langen und schwierigen Kampfes, in dem die Friedensbewegung eine hervorragende Rolle spielte, wurde die Gefahr eines neuen Weltkrieges abgewandt. Die Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki 1975 stellte einen Höhepunkt im Kampf für Sicherheit

JUGOSLAWIEN

ABSCHIED VON PRÄSIDENT TITO

Das trauernde Vaterland begleitete seinen treuen Sohn auf dem letzten Weg. Mehr als eine halbe Million jugoslawische Bürger zogen am Sarg mit der sterblichen Hülle Josip Broz Titos in der Skupština der SFRJ vorbei. Als der Trauerzug in die Knez-Miloš-Straße und dann in den Boulevard der Oktoberrevolution einbog, wurde die Menschenmenge immer größer: Ganz Jugoslawien trauerte um seinen großen Sohn. Nur Trommelwirbel und der feste Schritt der Garde, die Banner von Titos legendären Partisanentrupps vorantrugen, war zu vernehmen. Hinter dem Serg des Präsidenten der SFRJ und Vorsitzenden des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens schritten seine Gemahlin, die Söhne, die höchsten Führer von Partei und Staat, Kriegsveteranen und Volkshelden. Vertreter der Arbeiterklasse des Landes — Bergleute und Metallarbeiter — begleiteten Josip Broz Tito auf seinem letzten Weg. Auch

Tito war ja in seiner Jugend Metallarbeiter gewesen.

Der Trauerzug bewegte sich an einem Einzelhaus vorbei, in dem das Politbüro der KP Jugoslawiens unter dem Vorsitz Josip Broz Titos unmittelbar nach dem Angriff Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion unter den Bedingungen der Konspiration zusammengekommen war. Dort wurde der historische Beschluß gefaßt, sich zum bewaffneten Aufstand gegen die Okkupanten zu erheben. Marschall Tito leitete den heroischen Kampf der Völker Jugoslawiens gegen die Faschisten, für die nationale und soziale Befreiung. Nun sollte er den ruhmreichen 35. Jahrestag des Sieges nicht mehr erleben...

Sehr dankbar sind die Bürger Jugoslawiens dem Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Leonid Breschnew, dafür, daß er an diesem schweren Tag unter ihnen

weilte. Bei einer Zusammenkunft mit der Führung Jugoslawiens sagte Leonid Breschnew: „Schwer und schmerzlich ist mir der Gedanke, daß Genosse Tito von uns gegangen ist. Langjährige herzliche Beziehungen haben mich mit ihm verbunden. Das alles ist mir sehr teuer.“ Die sowjetische Führung wünscht, wie Leonid Breschnew betonte, daß in den sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen stets gegenseitiges Verständnis und Vertrauen, Herzlichkeit und absolute Gleichheit herrschen. Viele Jahre der Zusammenarbeit zeugen davon, daß die Völker Jugoslawiens in der UdSSR einen treuen und zuverlässigen Freund haben. Die sowjetischen Menschen wollten und wollen stets das brüderliche Jugoslawien als einheitliches, geschlossenes und blühendes Land sehen, das erfolgreich den Sozialismus errichtet.

In Belgrad sind die Führer der anderen sozialistischen Länder, namhafte Politiker der Nichtpaktgebundenen, Staatsoberhäupter und Regierungschefs vieler westlicher Länder, Vertreter nationaler Bewegungen und internationaler Organisationen zusammengekommen. Beobachter verwiesen auf die Abwesenheit des US-Präsidenten. „Eine erstaunliche Taktlosigkeit“ — so nannte die Londoner „Sunday Times“ diese



Überall auf der Welt ringen Friedenskämpfer um das Glück der Menschen. Unser Foto zeigt eine Antikriegsdemonstration in Köln.

Foto TASS

und Zusammenarbeit in Europa dar. Selbst als das Dokument unterzeichnet wurde, gab es Kräfte, die

Entscheidung der Carter-Administration.

Die Werktätigen Jugoslawiens nahmen Abschied von Josip Broz Tito. Der Menschenstrom in der Uzička-Straße wollte kein Ende nehmen. Hier befand sich seit Oktober 1944, gleich nach der Befreiung Belgrads durch Einheiten der Jugoslawischen Volksbefreiungsarmee und der Sowjetarmee, die Residenz des SFRJ-Präsidenten, hier war auch sein Park. Am liebsten saß er in der Blumenallee. Hier, in dem „Cvečara“ (Blumengarten), hat Josip Broz Tito in einer Grabstätte aus weißem Marmor seine letzte Ruhe gefunden.

Die Werktätigen Jugoslawiens wissen, daß das Schicksal des Landes in ihren Händen liegt. Hüttenarbeiter und Bergleute, Textilarbeiter und Maschinenbauer traten auf Arbeitswacht. Viele von ihnen beschlossen, während der Staatstrauer auch am Wochenende zu arbeiten. Tagtäglich überbieten Arbeitskollektive die Produktionspläne. Die Völker Jugoslawiens sind fest entschlossen, alles zu tun, damit die Heimat, die Josip Broz Tito so geliebt hat und der er sein ganzes heldenhaftes Leben widmete, auch weiterhin erstarkt und gedeiht.

W. GAWILEWSKI
Eigenbericht

Belgrad, im Mai

bereits ein Wiederaufleben des kalten Krieges planten.“ Aber in der Politik haben Heuchelei und Doppelzüngigkeit niemandem Erfolg gebracht, sondern früher oder später unweigerlich Schande und Bankrott. Wer heute glaubt, zu politischem Kapital zu kommen, wenn er mit der einen Hand Verträge für Frieden und Entspannung und mit der anderen Beschlüsse zum Antreiben des Wettrüstens unterzeichnet, setzt nicht nur Vertrauen und Achtung aufs Spiel, sondern unterschreibt auch eigenhändig sein politisches Todesurteil.

Als Warnung vor politischen Spekulationen und Abenteuern, vor dem Versuch, entgegen dem Willen der Völker in die ausgefahrenen Geleise des kalten Krieges zurückzukehren, wurde in Budapest die Forderung erhoben, die Schlußakte von Helsinki uneingeschränkt zu verwirklichen, von jeglichen Vorbedingungen für die Einberufung des Madrider Treffens über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa abzuweichen und es in konstruktivem Geiste durchzuführen.

Die Teilnehmer der WFR-Tagung halten es für ein Gebot der Stunde, die USA und ihre NATO-Verbündeten von der Stationierung der nuklearen Mittelstreckenraketen und der Pershing 2 in Westeuropa abzubringen, unverzüglich den SALT-II-Vertrag zu ratifizieren, unter den Signatarstaaten der KSZE einen Vertrag über die Nichterstanwendung von Kern- und konventionellen Waffen abzuschließen, Forschungen und Handlungen zu unterstützen, die die Rüstungsproduktion auf zivile Belange umstellen, und die Kontakte in Europa zu erhalten und auszubauen.

Der Kampf für diese Ziele wird die europäischen und die Weltöffentlichkeit mobilisieren helfen und zum Erfolg des bevorstehenden Weltfriedensforums der Völker beitragen, wurde in Budapest betont. Aber noch ehe es in diesem Herbst in Sofia zusammentritt, erheben die Völker in ihrem unbeugsamen Friedenswillen ihre Stimme für Entspannung, gegen das Abgleiten nicht nur in einen heißen, sondern auch in einen kalten Krieg.

V. GUSTSCHIN

NZ KOMMENTAR

„NIEDERLAGE FÜR STRAUSS“

In Bonn ist das Echo der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen vom 11. Mai noch nicht verhallt. Die Wahlen in diesem Bundesland galten stets als „Generalprobe“ für die Bundestagswahlen, die in diesem Jahr am 5. Oktober stattfinden werden.

Bislang entsprach das Kräfteverhältnis im nordrhein-westfälischen Landtag dem Parteienspiegel im Bonner Bundestag. Die Sozialdemokraten stellten zusammen mit den Freien Demokraten die Mehrheit und die Regierung. Obwohl die CDU die stärkste Fraktion im Landtag bildete, stand sie in der Opposition.

Da die Christdemokraten keine Möglichkeit sahen, diese Koalition zu spalten, versuchten sie alles, um die absolute Mehrheit zu erringen. Wenn das gelungen wäre, hätte die Opposition noch vor den Bundestagswahlen im Bundesrat alle ihr nicht genehmen Regierungsvorlagen blockieren können. Zudem hätte ein Sieg der CDU die Stellung des Kanzlerkandidaten der CDU/CSU, Strauß, gefestigt.

Doch es kam anders: Die Christdemokraten erlitten eine schwere Niederlage. Sie verloren 3,8 Prozent der Wähler gegenüber den vorhergehenden Wahlen. Die Sozialdemokraten errangen die absolute Mehrheit im Landtag. Doch ihr Koalitionspartner, die FDP, übersprang die 5-Prozent-Hürde nicht.

Den eigentlichen Grund für den Erfolg der Sozialdemokraten sieht man hier darin, daß sie Fragen, die die bundesdeutsche Bevölkerung bewegen, in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes gestellt haben. „Die SPD stellte Schmidt als Garanten der Friedenspolitik dar“, schrieb die „Frankfurter Allgemeine“. „Die Politik der Union unter Strauß ... werde die Kriegsangst vergrößern, den Frieden zumindest unsicherer machen.“

So haben also die Wahlen in Nordrhein-Westfalen verdeutlicht, was die Menschen in der Bundesrepublik von den Regierungsparteien erwarten und warum sie der Rechtsopposition eine Abfuhr erteilt haben. Selbst in den Reihen der CDU wurden die Wahlergebnisse als „Niederlage für Strauß“ beurteilt.

K. KARAGESIAN
Eigenbericht

Bonn

ZUM BESUCH EINER IKP-DELEGATION IN PEKING

Aus der chinesischen Presse

Bekanntlich war eine Delegation der Italienischen Kommunistischen Partei vor kurzem zu einem offiziellen Besuch in Peking. Äußerungen über die Beweggründe, den Verlauf und die Resultate der Verhandlungen, die in der Presse Chinas erschienen sind, werden die NZ-Leser zweifellos interessieren.

Die Chinesen machten bei den Vorbereitungen zu dem Besuch und während des Besuchs selbst kein Hehl daraus, daß sie ihn in Verbindung mit ihrer Weltpolitik sehen. Ungeniert und ausgiebig propagierten sie bei den Gästen ihre bekannten Auffassungen von der Weltentwicklung und der internationalen Gegenwartsfrage einschließlich der antisowjetischen Ideen.

Diese Auffassungen entsprechen dem höchsten Ziel der chinesischen Außenpolitik, wie es auf dem XI. Parteitag der KP Chinas und auf den nachfolgenden Nationalen Volkskongressen formuliert wurde. Es wurde auch in letzter Zeit von Spitzenpolitikern Chinas mehrfach wiederholt. Die Hauptaufgabe bestehe darin, „sich mit allen Kräften auf der Welt zu vereinigen, mit denen man gemeinsam gegen den sowjetischen Hegemonismus kämpfen kann“. Wer gemeint ist, weiß jeder. Die chinesische Führung hat sich, besonders in letzter Zeit, vor allem mit den reaktionärsten Kräften der Welt „vereinigt“ und diese Verbindungen ausgebaut, mit solchen wie den amerikanischen „Falken“, den britischen Konservativen, den NATO-Generälen, den japanischen Militaristen, mit Pinochet und mit dem gestürzten Schah. Im Januar 1980 erklärte Deng Xiaoping, der stellvertretende Vorsitzende des ZK der KP Chinas und stellvertretende Premier des Staatsrates der VR China, Harold Brown, dem Verteidigungsminister der USA, China, die USA, Westeuropa und Japan müßten eine gemeinsame Front gegen die UdSSR bilden. Er sagte:

„Die Regierung Carter muß dem zustande kommenden amerikanisch-

chinesischen Bündnis konkreten Inhalt geben.“

Im selben Sinne äußerte sich der chinesische Außenminister Huang Hua: „Die USA müssen die Interessen der ganzen Welt gegen die UdSSR verteidigen.“ Von ihm stammt auch der Ausspruch: „China steht positiv zur EG und zur NATO und ist der Meinung, daß sie Moskau gegenüber nicht die geringsten Beschwichtigungsversuche machen dürfen.“ Vor kurzem erklärte Hua Guofeng belegend: „Japan muß seine Wehrfähigkeit, besonders seine Luftwaffe, verstärken, um der sowjetischen Kriegsdrohung Herr zu werden.“

Es ist bezeichnend, daß während der Vorbereitungen zum Besuch der IKP und während des Besuchs selbst China sich weiter intensiv dem Imperialismus und der Weltreaktion annähert und seinen politischen, ideologischen und diplomatischen Kampf gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder sowie gegen die fortschrittlichen frei gewordenen Staaten verstärkt hat. Peking zerterte weiter gegen die „zunehmende sowjetische Bedrohung“ und gegen die Entspannung, rief alle zum Rüsten auf und malte das Schreckgespenst eines nahenden „großen und sogar nuklearen Krieges“ an die Wand. Trotz des Scheiterns der Aggression Chinas von 1979 gegen Vietnam und trotz deren Verurteilung durch fast alle kommunistischen Parteien und Fortschrittskräfte sagt Peking, es sei durchaus möglich, daß Vietnam eine „neue Lektion“ erteilt werden wird, und mischt sich weiter in die Angelegenheiten seiner asiatischen Nachbarn ein.

Am Tag vor der Ankunft der italienischen Gäste erklärte Deng Xiaoping zynisch, China fürchte sich vor keinem Weltkrieg, denn es sei so arm, daß es nicht viel zu verlieren hätte. Während des Besuchs wiederholte er das bekannte Mao-Wort von der Unvermeidlichkeit eines neuen Weltkriegs: „Früher oder später wird es zum Krieg kom-

men... Was China angeht, so wäre es wünschenswert, daß das zumindest in den nächsten 20 Jahren nicht geschieht.“

Deng hat unverhohlen auch Pekings Kurs auf eine Annäherung an den US-Imperialismus bekräftigt. „Freundschaftliche Beziehungen unseres Landes zu den USA sind nicht durch konjunkturbedingte Erwägungen veranlaßt, sie sind eine ausichtsreiche, strategische Politik.“

Trotz der Versicherung, daß das Treffen der Führer der KP Chinas und der IKP nicht gegen dritte Parteien gerichtet sein werde, gaben ihm die Pekinger Führer eine unverkennbar antisowjetische Note. Bei Empfängen und auf Pressekonferenzen anlässlich des Besuchs stellten sie außer Zweifel, daß sich ihre Politik gegen die UdSSR und die KPdSU richtet.

Hua Guofeng sagte ausdrücklich, daß die chinesisch-sowjetischen Beziehungen nicht besser werden würden. Deng Xiaoping berief sich wieder auf die ausgedachte Bedrohung Chinas durch die Sowjetunion: „Die Beziehungen haben den Rahmen der Polemik schon gesprengt... Wir sehen uns einer ernstesten Bedrohung von seiten der Sowjetunion gegenüber, da geht es nicht mehr um eine bloße Polemik.“

Hu Yaobang, der Generalsekretär des ZK der KP Chinas, hat die Möglichkeit von Kontakten seiner Partei mit der KPdSU von der Hand gewiesen. Die Führung der KP Chinas maßte sich die Rolle des obersten Arbiters in der kommunistischen Weltbewegung an, der zu bestimmen hätte, ob die Politik einer Partei richtig oder falsch sei. Als Gradmesser für ihre „Richtigkeit“ dient „die Distanzierung“ von der KPdSU und „der entschlossene Kampf“ gegen sie.

Während des Aufenthalts der IKP-Delegation in China, in den der 110. Geburtstag Lenins fiel, wimmelten die chinesischen Propagandaschriften zu diesem Anlaß von massiven Anwürfen gegen die UdSSR.

Mit einigen Aspekten der chinesischen Politik konnte sich die Delegation der italienischen Kommunisten nicht einverstanden erklären. Enrico Berlinguer, der Generalsekretär der IKP, sagte: „Wir sind nicht damit einverstanden, in der UdSSR einen Feind zu sehen.“ Nicht einverstanden erklärten sich die Vertreter der IKP auch damit, daß Peking ein Bündnis mit den USA, mit den Ländern Westeuropas und mit Japan plant; ebenso mit der Einstellung der KP Chinas zu den Pro-

AM WESTUFER SCHWELT ES

Die palästinensische Bevölkerung des Westjordanlandes wird sich mit der Willkür der israelischen Eindringlinge nicht abfinden. Tel Avivs Beschluß, den Arabern weitere 12 000 ha Land zu nehmen, um dort Wehrdörfer anzulegen, hat buchstäblich das ganze Westjordanland aufgebracht. Viele Beobachter sehen in den jetzigen Unruhen den Vorboten eines Volksaufstandes.

Die Besatzungsbehörden gehen gegen alt und jung mit Massenrepressalien vor und haben große Verstärkungen herangebracht. Tote, Verwundete und endlose Verhaftungen sind zu verzeichnen.

Drei prominente Palästinenser, die Bürgermeister von El Khalil [Hebron] und Khalkhul und ein moslemischer Richter aus El Khalil, wurden ohne Anklage mit verbundenen Augen per Hubschrauber außer Landes gebracht.

All das nennt der israelische Verteidigungsminister Weizmann, in dessen Auftrag die Strafkommandos handeln, „Kampf um israelischen Boden“, und bekennt sich damit zu der Absicht der Zionisten, ihre Herrschaft über die okkupierten Gebiete zu verewigen.

Aber diesen Kampf führt Tel Aviv nicht nur im Westjordanland. In der Nacht zum 8. Mai stieß israelische Soldateska tief in libanesisches Gebiet vor.

Das dreiste Vorgehen Israels im Westjordanland und gegen Libanon wurde auf einer Sondersitzung des UNO-Sicherheitsrates verurteilt. Was Washingtons Freundschaftsbeteuerungen für die arabischen Völker wert sind, demonstrierte erneut der USA-Vertreter, als er nicht für die israel verurteilende Resolution stimmte.

Sogar die israelische Zeitung „Haaretz“ gesteht, daß z. B. die Verschleppung der palästinensischen Bürgermeister und die Zerstörung arabischer Häuser den Haß auf Israel „nur verstärken“. Offenbar ahmt die Regierung Begin die US-Taktik nach, wenn sie aus innenpolitischen Erwägungen die Lage im Nahen Osten absichtlich verschärft.

A. USWATOW

blemen von Krieg und Frieden und mit der chinesische Aggression gegen Vietnam.

Über die Ergebnisse des Besuchs wurde kein gemeinsames Dokument ausgegeben. Von chinesischer Seite ist der Besuch als „Ereignis von historischer Bedeutung“ und als „neue Entwicklungsphase“ bezeichnet worden.

Hu Yaobang sagte beim Empfang Berlinguers im Peking Flughafen am 14. April, er betrachte die Beziehungen zwischen der KP Chinas und der IKP als „bereits normalisiert“. Bei einer Zusammenkunft mit der IKP-Delegation erklärte Deng Xiaoping: „15 Jahre ging es im Zickzack, bei Ihnen und bei uns sind Veränderungen eingetreten. Endlich sind die Partei Chinas und die Partei Italiens zusammengekommen.“ In einem Interview mit italienischen Journalisten sagte er: „Es ist sinnlos, ein Hehl daraus zu machen, daß Meinungsverschiedenheiten bestehen. Heute aber ... lassen wir sie beiseite.“ Auf die Frage, wie er dazu stehe, daß die IKP einige Aspekte der Politik Chinas verurteilt, sagen wir die Aggression Pekings gegen Vietnam, antwortete Deng: „Das hat nichts zu bedeuten.“

Die chinesische Presse betont insbesondere „die Unabhängigkeit der IKP von der UdSSR“, ihr Einverständnis mit der Integration Westeuropas und ihre Weigerung, einen kompromißlosen Kampf gegen die Politik der NATO zu führen. Zugleich behauptet sie, daß die Verbindungen mit der UdSSR die IKP daran hindern, in die Regierung Italiens einzutreten, weil solche Verbindungen bei den anderen Parteien Italiens Befürchtungen erweckten.

Die Veröffentlichungen der chinesischen Presse lassen eindeutig erkennen, daß die Aktion zur Wiederherstellung der Parteiverbindungen mit der IKP in Peking als Bestandteil einer allgemeinen Strategie zur Bildung einer „breiten Kampffront“ gegen die UdSSR, ja gegen die ganze sozialistische Ländergemeinschaft gedacht war. Peking sucht unverkennbar die Herstellung von Parteiverbindungen mit der IKP zu benutzen, um sein Ansehen bei den Kommunisten, bei allen demokratischen, revolutionären Befreiungskräften der Gegenwart wiederzugewinnen und zugleich seine aggressive, proimperialistische Außenpolitik beizubehalten. Man erkennt den Ver-

such, die kommunistische Bewegung zu spalten. In Peking möchte man sich auf das Ansehen der IKP stützen, um sich intensiver in den Kampf der Völker für nationale Befreiung, gegen den Imperialismus einzumischen. Da man in Peking ebenso wie in Washington kein Hehl aus den identischen „strategischen Interessen“ der beiden Länder macht, nimmt diese Tendenz einen besonders unheilvollen Sinn an. Washington will China als Trojanisches Pferd in der revolutionären Freiheitsbewegung benutzen.

Es sei erwähnt, daß während des Besuchs der IKP-Delegation in China in der US-Presse eifrig dessen Rolle und die der chinesisch-amerikanischen Allianz als eines Faktors im Kampf gegen die revolutionäre Bewegung abgehandelt wurde. So sagte Michael Pillsbury, Senatsberater für Landessicherheit, der als Experte für die chinesische Strategie gilt, ganz unverblümt, „eventuelle gemeinsame chinesisch-amerikanische Aktionen in Asien würden die NATO weitgehend entlasten“. Und weiter ohne alle Umschweife: „Für die USA wäre es nützlich, wenn ihnen Peking sagen würde, welche Stellung wer in den revolutionären Bewegungen des Auslands einnimmt. Amerikanischen Amtspersonen fällt es schwer, die Differenzen zwischen revolutionären Führern zu beurteilen. Das ist Chinas Sache, darin könnte es uns anleiten... Angola hätte z. B. kein solches Fiasko für Amerika zu sein brauchen, wenn wir uns mit den Chinesen beraten hätten. In den 80er Jahren werden Situationen wie in Angola noch öfter entstehen.“

Nach Ansicht der chinesischen Führung bleibt der Sinn des Treffens in Peking also keineswegs auf die Normalisierung der Beziehungen zwischen der KP Chinas und der IKP beschränkt. Man knüpft weitgehende Kalküle und Pläne daran.

Die chinesische Presse tut alles, um den chinesischen Kommunisten und der kommunistischen Weltbewegung zu zeigen, daß der Besuch der IKP den Kurs der chinesischen Führung nicht verändert, sondern vielmehr bestärkt hat. Objektiv gesehen, scheint das auch der Fall zu sein, obwohl sich die Positionen der IKP von denen Pekings unterscheiden.

I. IWANOW

GEWERKSCHAFTEN ENTSTEHEN

Es gehört zu den Hauptaufgaben der afghanischen Revolution zu erreichen, daß sich die Werktätigen gewerkschaftlich organisieren, daß sie sich aktiv an den demokratischen und sozialen Umgestaltungen und am Kampf für größere Landessicherheit beteiligen. Wie geht es damit voran? Davon, was schon getan ist und wie die Aussichten sind, berichtet hier Azim Shahbal, Mitglied und Sekretär des Zentralvorstands der Gewerkschaften Afghanistans:

In unserem Land ist die Gewerkschaftsbewegung dank der Aprilrevolution entstanden. Vor deren Sieg gab es so gut wie keine Gewerkschaften, weil sowohl das königliche Regime als auch die Regierung Daud, die es ablöste, eine organisierte Arbeiterklasse fürchtete.

Dennoch wurde 1972 auf Initiative der damals illegalen Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) ein Schöfverband gegründet. Er hatte rund 2000 Mitglieder, bestand aber nicht lange. Unter Daud wurde er aufgelöst.

Die Gründung von Fachverbänden stieß in Afghanistan außer auf die Willkür der Behörden auch auf Schwierigkeiten, die von der Lage der Industriearbeiter in dem unterentwickelten Land herrührten. In Afghanistan entwickelte sich der Kapitalismus unter besonderen Verhältnissen. Hier wurden die Arbeiter mit raffiniertesten Methoden unter-

drückt und waren ihre Arbeitsverhältnisse äußerst schwer. Beim Festsetzen der Löhne ging der einheimische Unternehmer davon aus, wieviel der Arbeiter mindestens brauchte, um arbeitsfähig zu bleiben. Um die Bedürfnisse der Arbeiterfamilie kümmerte er sich nicht.

Deshalb mußten die meisten Arbeiter ihre Familien ins Dorf schicken bzw. dort lassen. Daher hatten selbst Fachkräfte feste Verbindung mit dem flachen Land. Das führte zu einer großen Fluktuation, zur saisonbedingten Ab- und Zuwanderung — Arbeiter gingen oft zu den Feldarbeiten aufs Land.

Die Verbundenheit mit dem Dorf frug auch dazu bei, daß sich bei den Arbeitern immer wieder kleinbürgerliche Einflüsse geltend machten und daß die Bildung einer proletarischen Ideologie, eines Klassenbewußtseins gehemmt war.

Bis Mitte der 60er Jahre konnte in Afghanistan nur von Keimformen einer Arbeiterbewegung die Rede sein. Es kam nur vereinzelt zu Aktionen der Arbeiter. Sie forderten höhere Löhne, ihre pünktliche Zahlung, ein Aufhören der Erpressungen usw. Nachdem aber am 1. Januar 1965 die DVPA gegründet worden war, wurden die Aktionen organisierter und zielstrebig.

Die illegale DVPA hatte ständige Verbindung zu den fortschrittlichen Arbeitern und anderen Werktätigen. Ihrem Rückhalt war weitgehend der Sieg der Aprilrevolution zu verdanken, die ein starker Anstoß dazu war, daß die Gewerkschaftsbewegung organisierte Form annahm. Auf den zahlreichen Kundgebungen und Versammlungen der Werktätigen, die den Sieg über das Despotenregime begrüßten, wurde immer öfter von der Notwendigkeit gesprochen, Gewerkschaftsverbände der Arbeiter zu gründen und Fonds zur Unterstützung der Revolution anzulegen.

Als erste entstand die Gewerkschaftsorganisation in dem großen Textilbetrieb in Bagrami, einem Vorort von Kabul. Schon drei Monate nach dem Sturz des Daud-Regimes waren über 100 000 Arbeiter und Angestellte Gewerkschaftsorganisationen beigetreten und deren Zahl fast auf 40 gestiegen.

Das Entstehen der Verbände wurde

durch das verbrecherische Treiben Amins und seines Anhangs gestört. Die Rechtswidrigkeiten und der Terror zogen auch viele gesellschaftlich aktive Arbeiter in Mitleidenschaft. Die Leiter der Gewerkschaftsorganisationen, die das Vertrauen und die Unterstützung der Arbeiter genossen, wurden abgesetzt oder eingesperrt. Die Mitglieder verloren das Interesse an ihren Organisationen.

Mit dem Anbruch der neuen Phase der Aprilrevolution wich diese Stimmung, fährt Azim Shahbal fort. Im Land herrscht wieder eine demokratische Atmosphäre. Die von Amin eingesperrt gewesenen aktiven Arbeiter nahmen ihre Arbeit wieder auf. Oft wird die Gewerkschaftsführung von Arbeitern aufgefordert, sich energischer zu betätigen und ihre Organisationen zu unterstützen. Vor allem aber verlangen sie demokratisch gewählte Gewerkschaftsführer. In einer Anzahl auch für unsere Begriffe großer Betriebe haben solche Wahlen schon stattgefunden. Bald wird das auch in allen anderen Gewerkschaftsorganisationen geschehen. Schnell fassen die Werktätigen wieder Vertrauen zu ihren Verbänden. Neue werden gegründet. Jetzt gehören unseren Verbänden im ganzen Land 140 000 Arbeiter und Angestellte an.

Die Tagesaufgaben jeder Gewerkschaftsorganisation richten sich natürlich nach der Art des betreffenden Betriebs und nach der Zahl der Mitglieder. Aber gemeinsam für die ganze Gewerkschaftsarbeit ist jetzt folgendes: Besonderes Gewicht wird darauf gelegt, den Klassengesichtskreis jedes Gewerkschaftsmitglieds zu erweitern, sein Bildungsniveau zu heben und das Analphabetentum auszumerzen.

Jetzt sind in jeder Gewerkschaft Ausschüsse gebildet worden, die die Voraussetzungen für die kulturelle Förderung der Arbeiter, für Laienkunst und Sport zu schaffen haben.

Immer reger wird die internationale Betätigung der afghanischen Gewerkschaften. In den letzten Monaten haben sie Arbeiterdelegationen nach vielen Ländern entsandt. Andererseits besuchen viele Gewerkschaftsdelegationen Afghanistan.

Azim Shahbal schließt mit den Worten: „Die Unterstützung und das Verständnis unserer Klassenbrüder in aller Welt für die Ziele unserer Revolution geben den afghanischen Werktätigen neue Kraft. Zwar steckt unsere Gewerkschaftsbewegung noch in den Kinderschuhen, sie wird dem Volk auf seinem Weg in eine helle Zukunft aber bestimmt eine starke Stütze sein.“

S. GOLJAKOW
Eigenbericht

Kabul, im Mai



Im Kraftfahrzeugreparaturwerk von Dschungalak, das mit Unterstützung der UdSSR errichtet wurde.

Foto: G. Nadeshdin (TASS)

SORGE, HOFFNUNG, KAMPF

Boris WESNIN

Der diesjährige 9. Mai mahnte uns erneut daran, daß die Vergangenheit stets in die Gegenwart und Zukunft hineinreicht. An diesem Tag, da die Welt das 35jährige Jubiläum des Sieges über den Faschismus beging, wurde im sowjetischen Funk und Fernsehen der Beschluß des ZK der KPdSU zu den Ergebnissen des Pariser Treffens der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas „Für Frieden und Abrüstung“ durchgegeben. Am Tag des Sieges unterbreitete die KPdSU ein weiteres Dokument, in dem der unbeugsame Wille bekundet wird, alles zu tun, um einen neuen Krieg zu verhindern.

Im Pariser Hotel „Mérédien“, wo sich Vertreter von 22 kommunistischen und Arbeiterparteien Europas trafen, sprach man viel und Diverses über den 35. Jahrestag des Sieges.

So sagte Carlos Aboin Ingles, Mitglied des ZK der Portugiesischen KP: „Das Pariser Treffen findet kurz vor einem denkwürdigen Jubiläum, dem 35. Jahrestag des Sieges über den Faschismus, statt. Dank den beharrlichen Anstrengungen der Völker der europäischen Länder besteht auf unserem Kontinent seit 35 Jahren der Frieden, und in den 70er Jahren wurde eine Wende vom kalten Krieg zur friedlichen Koexistenz, zur Entspannung und Zusammenarbeit zwischen den Staaten herbeigeführt.“

Karl Heinz Schröder, Mitglied des Präsidiums und des Sekretariats des Vorstands der Deutschen Kommunistischen Partei, berichtete seinerseits, daß die Kommunisten der BRD zusammen mit anderen fortschrittlichen Kräften zum 35. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus mehrere Aktionen durchführen.

Der Delegierte der Partei Ernst Thälmanns sagte: „Dies ist nicht nur eine historische Erinnerung. Krieg und Faschismus kosteten 50 Millionen Menschen das Leben. Allein 20 Millionen Sowjetbürger fielen im Kampf für den Frieden und die Freiheit der Völker. Wer könnte dies je vergessen?“

Pariser Sturmglocken

Der von den Völkern so teuer bezahlte Sieg über den Faschismus begründete den europäischen Frieden. Vor fünf Jahren festigte die Helsinki-Konferenz diese Grundlage. In der von den Staats- und Regierungschefs aller europäischen

Länder sowie der USA und Kanadas angenommenen Schlußakte wurden die Kriegsergebnisse als unumkehrbar anerkannt und reale Wege zur weiteren Festigung der Sicherheit in Europa gewiesen. Damals erklärten sich alle Konferenzteilnehmer einmütig bereit, zu handeln, um die von ihnen gestellten Aufgaben in vollem Umfang zu erfüllen.

Hieß das, daß der europäische Frieden nun für alle Zeit garantiert ist? Man hätte das so gern geglaubt.

Doch Wunsch und Wirklichkeit sind zweierlei, und die Wirklichkeit lehrt: Während im sozialistischen Teil Europas das Streben nach dauerhaftem Frieden durch wichtige praktische Schritte untermauert wird, während auch die westeuropäische Öffentlichkeit in ihrer überwiegenden Mehrheit in dieser Richtung zu handeln bereit ist, zeigen die imperialistischen Kräfte, diejenigen, die ihre egoistischen Ziele auf Kosten anderer Völker und Länder erreichen wollen, nicht den Wunsch, dem Helsinki-Kurs strikt zu folgen. Zu dem Schluß gelangte schon die Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas (Juni 1976). In ihrer Entschließung hieß es: „Die reaktionären Kreise des Großkapitals versuchen, ... die Politik der Entspannung und aktiven Zusammenarbeit zu verhindern, die Ergebnisse der Konferenz von Helsinki zu untergraben und in den zwischenstaatlichen Beziehungen erneut eine Atmosphäre der Spannung und Konfrontation zu schaffen.“

Das war eine zutreffende und rechtzeitige Warnung. In der Tat zwang der USA-Imperialismus noch 1975, d. h. im Jahr der Helsinki-Konferenz, der NATO den Beschluß über die Modernisierung der atlantischen Nuklearkräfte in Europa auf.

Drei Jahre später, als in New York 1978 die UNO-Abrüstungstagung lief, faßte die Washingtoner NATO-Ratstagung den traurig berühmten Beschluß, die Militärausgaben der NATO unabhängig von der Entwicklung bis zum Ende des Jahrhunderts ständig zu erhöhen.

Ein Jahr später, 1979, beschloß die Brüsseler NATO-Ratstagung, mit der Produktion amerikanischer Mittelstreckenraketen zu beginnen, die später in einigen europäischen Staaten, u. a. in der BRD und in Italien, stationiert werden sollen. So geschehen nur ein paar Monate

nach der Unterzeichnung von SALT II.

Parallel dazu wurden zahlreiche andere Entscheidungen und Maßnahmen getroffen, die letzten Endes eine ganze Doktrin und die für alle offensichtliche Praxis der Anti-Entspannung ergeben haben.

In Paris waren 22 kommunistische Parteien vertreten. Eine jede bezieht ihre eigene Position. Bisweilen stimmen diese Positionen in gewissen Aspekten nicht überein. Zwei von den 22 Parteien hatten Beobachter entsandt. Doch waren sich die 22 Diskussionsteilnehmer völlig einig bei der Einschätzung der neuen Situation auf dem Kontinent: Ihr Merkmal ist ein unheilvolles Abgleiten zum kalten Krieg und die Zunahme der Kriegsgefahr.

Alexander Lilow, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der Bulgarischen KP, meinte: „Die Welt ist heute mit dem Versuch des Imperialismus konfrontiert, eine neue Wende zum kalten Krieg, zu einer neuen Konfrontation zwischen Ost und West herbeizuführen. Es ergibt sich eine Weltlage, die bei den heutigen quantitativen und qualitativen Rüstungsausmaßen als gefährlich bezeichnet werden muß.“

Und hier die Äußerung Joseph Turfs, des stellvertretenden Vorsitzenden der KP Belgiens, der dem Treffen als Beobachter beiwohnte: „Das Wettrüsten und die Versuche, den kalten Krieg wiederaufleben zu lassen, gefährden den Frieden und rufen bei den Kommunisten und der Öffentlichkeit des Landes tiefe Besorgnis hervor.“

Die Einmütigkeit in dieser Frage fand einen adäquaten Ausdruck in dem abschließend angenommenen Appell an die Völker Europas. Darin wird klar und präzise, aber auch mit großer Besorgnis und Unruhe betont, welch schweren Schaden die in letzter Zeit geschürte Kriegspsychose, die das Wiederaufleben des kalten Krieges zum Ziel hat, dem Frieden, der Entspannung, dem Vertrauen und der internationalen Zusammenarbeit zufügt.

Die Pariser Sturmglocken haben den ganzen Kontinent, haben alle wachgerüttelt, denen es um die Zukunft Europas, um das Überleben der europäischen Völker geht.

Hier sei folgendes eingeflochten. Daß heute die Sache des Friedens gefährdet ist, wird von sehr vielen anerkannt. Sehr viele rufen auch

zum Kampf gegen die Kriegsgefahr und zum Schutz des Friedens auf. Unzählige Deklarationen zu diesem Thema liegen vor. Nicht selten bleiben sie jedoch auf dem Papier. Warum?

In jedem einzelnen Fall ließen sich wohl konkrete Gründe nennen. Doch gibt es einen Grund, der für viele zutrifft.

Um einen Menschen zu heilen, muß man bekanntlich zuerst den Krankheitserreger ermitteln. Dann erst kann man eine Medizin dagegen finden. Wird aber die Krankheitsursache nicht richtig erkannt, so kann die Behandlung sogar Schaden anrichten.

Ebenso steht es um den Kampf gegen die Kriegsgefahr. Es genügt nicht, zuzugeben, daß sie besteht oder sogar zugenommen hat. Man muß den Grund dieser Erscheinung und die Schuldigen ermitteln. Doch wenn sich ziemlich alle darüber einig sind, daß die Kriegsgefahr steigt, so gehen die Meinungen über die Ursachen auseinander. Genauer gesagt, werden zu dieser Erscheinung häufig falsche Meinungen geäußert, die in letzter Instanz den Friedenskampf stören.

Wer ist schuld!

Das wurde auch auf dem Pariser Treffen ausführlich erörtert. Die meisten Teilnehmer betonten, daß gegenwärtig besonders krampfhaft versucht wird, die Sachlage in falschem Licht darzustellen und die Menschen von den wirklichen Quellen der zunehmenden Kriegsgefahr abzulenken. So behaupten gewisse Kreise der westlichen Öffentlichkeit z. B., die wachsende Kriegsgefahr sei nicht nur auf die Handlungsweise des (vor allem des US-amerikanischen) Imperialismus zurückzuführen, sondern auch auf die Aktion der UdSSR, die Afghanistan bei der Verteidigung seiner Unabhängigkeit und Souveränität Hilfe erweist.

Die Redner in Paris unterstrichen, daß solche Behauptungen nicht den Tatsachen entsprechen. Wie schon gesagt, begann die Zuspitzung der Lage, die Steigerung der Kriegsgefahr schon lange vor den Ereignissen in Afghanistan.

Außerdem ist eine solche Fragestellung grundsätzlich falsch. Hilfeleistung an einen Staat, wenn es darum geht, ihn vor Anschlägen des Imperialismus zu schützen, kann nicht eine Gefahrenquelle bilden. Eine solche Hilfe trägt vielmehr zum Schutz des Friedens bei.

Die Kriegsgefahr geht auch heute vom Imperialismus aus.

Vor kurzem wurde die 110. Wiederkehr des Geburtstages Lenins begangen. Überall auf unserem

Planeten wurde anlässlich des Jubiläums u. a. auf die unvergängliche Richtigkeit von Lenins Analyse des Imperialismus hingewiesen. In der Tat bestätigen diese Analyse alle Fakten der neuesten Geschichte, die Vergangenheit und Gegenwart. Wovon spricht aber die von Lenin gelieferte Analyse? Davon, daß das Monopol seiner Natur nach das Streben nach Herrschaft und die Versuche der imperialistischen Kräfte hervorbringt, eine solche Herrschaft im Weltmaßstab zu errichten, daß die logische Fortsetzung dieser Politik der Krieg, darunter der Weltkrieg, ist.

Das Streben der imperialistischen Kräfte verschiedener Länder nach der Umverteilung der Welt, um fremde Reichtümer an sich zu reißen, führte zum ersten Weltkrieg. Das Streben Hitlerdeutschlands und seiner Verbündeten nach der Weltherrschaft verursachte den zweiten Weltkrieg. Heute meldet der USA-Imperialismus seine Weltherrschaftsansprüche an. Davon rührt eine Politik her, die die Kriegsgefahr vergrößert. Das ist der Ausgangspunkt der marxistischen Analyse einer Sachlage.

Der Westen rüstet gegenwärtig zur nächsten NATO-Ratstagung. In Brüssel haben sich die Kriegsmi-nister versammelt, später wollen die Außenminister zusammenkommen. Wie bereits angekündigt, werden sie nur eines erörtern, nämlich wie man den Rüstungswettlauf und die Kriegsvorbereitung anheizt.

Inzwischen trafen sich in der Hauptstadt Polens Vertreter der Länder des Warschauer Vertrages. Sie begingen den 25. Jahrestag ihres militärisch-politischen Bündnisses. Welch ein Kontrast zwischen diesen beiden Treffen!

In Brüssel spricht man von Krieg, in Warschau werden Probleme des Friedenskampfes erörtert. In Brüssel spricht man von weiterem Wett-rüsten, in Warschau erklärt man sich bereit, alles zu tun, damit es eingestellt wird. In Brüssel erörtert man, wie der Einfluß der NATO auf die anderen Regionen auszudehnen ist und wie neue Militärbündnisse gegründet werden können; in Warschau betont man erneut sein Streben danach, daß mit der Blockpolitik Schluß gemacht wird, daß die Blöcke überhaupt aufgelöst werden.

Dies muß wieder einmal gesagt werden, denn die bürgerliche Presse der westlichen Länder verbreitet im Zusammenhang mit dem Pariser Treffen die Lesart, seine Teilnehmer hätten sich für eine „einseitige Orientierung“ entschlossen und unterstützen den einen Block (lies: den Warschauer Vertrag) gegen den anderen (d. h. gegen die NATO). Mitunter heißt es, das Pariser Tref-

fen habe die Verantwortung für die Zuspitzung der Lage ausschließlich dem westlichen Militärblock, vor allem den USA, zugeschrieben.

In der Tat war in Paris davon die Rede, daß die Verantwortung für die gegenwärtige Steigerung der Kriegsgefahr den USA- und NATO-Imperialismus trifft. Doch ist es nicht eine „zugeschriebene“ Beschuldigung, vielmehr eine Tatsache, die allgemein zugegeben wird, darunter von vielen amerikanischen und west-europäischen Presseorganen.

In der Tat war in Paris davon die Rede, wie günstig die Außenpolitik der sozialistischen Länder für den Frieden ist. Doch ergab sich diese Feststellung nicht aus „Blocksympathien“, sondern daraus, daß diese Länder wirklich eine Friedenspolitik betreiben.

Über diese Frage sprach auch Boris Ponomarew, Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, als Leiter der KPdSU-Delegation offen auf dem Treffen. Er verwies auf die friedlichen Zielsetzungen des Warschauer Vertrages und sagte u. a.:

„Wir stellen die Frage nicht etwa so: Schaltet euch in die Politik des einen Militärbündnisses gegen das andere ein. Die Frage steht anders: für die Politik der Entspannung oder für die Politik der Spannung sein. Hier besteht für die Vertreter der Arbeiterbewegung, für die wirklich gegen den Krieg kämpfenden Kräfte kein dritter Weg. Eine solche Fragestellung bedeutet nicht, daß man sich über alle Unterschiede in der Lage der einzelnen Länder hinwegsetzt. Wir möchten einfach vor der Illusion warnen, man könnte die Probleme von Krieg und Frieden zugunsten des Friedens lösen, wenn man die NATO und den Warschauer Vertrag einander gleichsetzt. Diese Organisationen sind ihrem ganzen Wesen, ihrem Charakter nach einander diametral entgegengesetzt.“

Die Völker dürfen sich nicht betrogen lassen, denn sonst wird der Krieg unvermeidlich!“

Die Notwendigkeit, einen neuen Betrug an den Völkern zu verhindern, betonten viele Redner in Paris. Sie hatten Gründe genug dafür.

Der zweite Weltkrieg wurde mit Hilfe der Zweckklüge von der bolschewistischen Bedrohung vorbereitet. Das Militärbündnis der Aggressoren hieß der Antikominternpakt, doch sein Endziel war die Eroberung von Rohstoffen und Absatzmärkten anderer Staaten. Gegenwärtig wird versucht, die wirkliche Gefahrenquelle durch das Gefasel über die „sowjetische Bedrohung“, durch die Lügenmärchen von den Handlungen und Absichten der UdSSR zu verbergen. Daran erinnerte Armand Magnin, Generalsekretär der Par-

tei der Arbeit der Schweiz. Wie er berichtete, wurde auf dem letzten ZK-Plenum seiner Partei die Verantwortlichkeit des Imperialismus für die Verschlechterung der Weltlage hervorgehoben; das Plenum verurteilte die antisowjetischen und antikommunistischen Kampagnen im Westen, die die Öffentlichkeit vom aggressiven Handeln des Imperialismus ablenken sollen.

Friedliche Offensive der Kommunisten

Wie muß gekämpft werden? Das ist eine wesentliche Frage, denn die Schwäche vieler Friedensdeklarationen, von denen oben die Rede war, besteht darin, daß sie die Gefahr lediglich konstatieren, ohne die Richtungen des Kampfes gegen sie anzugeben.

Das Pariser Treffen der Kommunisten hat solche Richtungen klar gewiesen. In Heft 19/80 hat die „Neue Zeit“ den Pariser Appell gebracht. Wir wollen hier nur eines hervorheben.

Der Appell enthält sieben Forderungen, und jede handelt letztlich von der Notwendigkeit, den Kampf für Abrüstung zu aktivieren. Unter den sieben Forderungen gibt es keine einzige, die sich nicht direkt auf diese Aufgabe bezieht.

Ich sagte schon, daß bestimmte Kreise im Westen die Sache so hinstellten, als diene das Pariser Treffen nur den Interessen des einen Blocks. Ähnlich behaupten sie, die in Paris formulierten Forderungen seien „nur für die UdSSR gut“.

Aber wenn unter den Bedingungen von Gleichheit und gleicher Sicherheit effektive Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen in Europa beginnen, entspräche das nur den sowjetischen Interessen? Nicht die UdSSR strebt ja die Überlegenheit über die anderen an. Sie ist bereit, ihre Rüstungen, beliebige ihrer Waffen abzubauen, wenn andere ein Gleiches tun. Entspräche die Ratifizierung von SALT II und die Begrenzung der strategischen Rüstungen nur den sowjetischen Interessen? Es ist wohl klar, daß alle Völker der Erde davon profitieren würden.

Würde ein Fortschritt bei den Wiener Abrüstungsgesprächen oder die Schaffung kernwaffenfreier Zonen in Europa einem seiner Völker schaden? Wer ist dagegen, daß die KSZE-Schlußakte voll realisiert wird?

Welches Volk litte Schaden, wenn in Warschau eine gesamteuropäische Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung zusammentritt oder wenn die Empfehlungen der UNO-Sonderabrüstungsta-

gung in die Tat umgesetzt werden?

Und schließlich: Läge es im „egoistischen Interesse“ der UdSSR, wenn die durch Abrüstung freigegebenen Mittel Entwicklungszwecken und der Bekämpfung des Hungers zugeführt würden? Diese Forderung der nichtpaktgebundenen Länder entspricht den Interessen der ganzen Welt.

Somit sind die Positionen der Leute, die die Pariser Beschlüsse als „einseitig“ bezeichnen, doch recht wacklig.

Übrigens sind sie, wenn man will, in gewisser Weise einseitig: einseitig auf den Schutz des Friedens, auf den Kampf gegen den Krieg gerichtet. Eine solche Einseitigkeit liegt jedoch im Interesse jedes Menschen und der ganzen Erdbevölkerung. Eine solche Einseitigkeit heißt im Grunde anders, nämlich wahre Prinzipienfestigkeit.

Einige Kommentare der bürgerlichen Presse lassen die Einsicht in die Tatsache erkennen, daß das Pariser Treffen nur auf den Frieden und die Sicherheit der Menschen abzielte. So mußte der französische „Figaro“, wenn auch widerwillig, zugeben, das Pariser Treffen habe den Themen Entspannung und Abrüstung „eine ausgezeichnete Reklame gemacht“. Die „Washington Post“ formulierte es dahingehend, daß in Paris eine Plattform für den Beginn einer umfassenden Friedensoffensive angenommen wurde.

Eine solche Offensive ist eigentlich seit langem im Gange. Jetzt tritt sie, wie die „Nhan Dan“ (Hanoi), das Organ des ZK der KP Vietnams, mit Recht betont, in eine neue Etappe.

Was kennzeichnet diese Etappe? Die Konzentration auf die Hauptfrage unserer Zeit: auf den Kampf für die Einstellung des Wettrüstens. Der breite Zusammenschluß der Friedenskräfte: Die Teilnehmer des Pariser Treffens riefen alle Menschen guten Willens, Kommunisten, Sozialisten, Christen und Vertreter anderer Glaubensbekenntnisse, auf, die breitesten Kontakte herzustellen und einen möglichst umfassenden Dialog im Interesse des Friedens durchzuführen.

Das Echo aus vielen Ländern Europas und nicht nur Europas zeigt, daß der Pariser Appell gehört und aufgegriffen worden ist. Die Kommunisten — die Bruderparteien nicht nur der Teilnehmerländer des Treffens, sondern auch anderer europäischer und nichteuropäischer Staaten — veröffentlichten Erklärungen, in denen sie sich zu den Ideen von Paris bekennen und ihr Bestreben kundtun, gemeinsam gegen die Kriegsgefahr zu kämpfen. Der Pariser Appell wird auch von anderen Kräften der Gesellschaft

aufgegriffen. Am 8. und 9. Mai wurden anlässlich des 35. Jahrestags des Sieges in vielen europäischen Städten in Ost und West Kundgebungen und Demonstrationen unter Losungen abgehalten, die im Grunde mit denen des Pariser Treffens übereinstimmen. Die Tagung des Präsidiums des Weltfriedensrates, die an denselben Tagen in Budapest stattfand, sowie das Treffen der Frauen Europas in Warschau veröffentlichten Erklärungen, die im Geiste des Pariser Appells gehalten sind.

Auf einen Vorschlag der KP Finnlands beginnen demnächst Konsultationen über ein Treffen der friedliebenden demokratischen Kräfte Europas zu den Problemen von Entspannung und Abrüstung. Zweifellos werden dieser Initiative weitere folgen.

Wie es im Beschluß des ZK der KPdSU heißt, unterstützt unsere Partei die in Paris formulierten Initiativen für Frieden und Abrüstung: „Die KPdSU ist bereit, auf ihrer Grundlage sowie mit Rücksicht auf eventuelle andere in derselben Richtung erfolgende Vorschläge mit allen kommunistischen und Arbeiterparteien Europas, mit allen anderen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen zusammenzuarbeiten, um diese vordringlichen Ziele zu erreichen.“

Der Frühling 1980 ist ein Frühling der Besorgnis, aber auch der Hoffnung und des Kampfes.

Maxime Gremetz, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der Französischen KP, brachte die Gefühle aller Teilnehmer des Pariser Treffens zum Ausdruck, als er sagte: „Die Kräfte des Friedens sind in der Lage, das Gespenst des Krieges auf dem europäischen Kontinent zu bändigen. Ein entschlossener und beharrlicher Kampf der Völker kann den Imperialismus und seine militanten Anschläge eindämmen und ihn zum Rückzug zwingen.“

Im Kampf für den Frieden in Europa beginnt eine neue Etappe. Aber wie gesagt, setzt sie nur den Kampf fort, den die Kommunisten Europas bereits führen, um dauerhaften Frieden und die Sicherheit für alle seine Völker zu erreichen.

Die Linie dieses Kampfes führt vom Tag des Sieges über die Helinski-Konferenz zur Gegenwart, in der wir heute für einen friedlichen Himmel über den europäischen Ländern kämpfen. Alles für dieses hohe Ziel zu tun ist die heilige Pflicht jedes Menschen, der sich für seine und seiner Kinder Zukunft, für die Zukunft unseres Kontinents, für das Leben und Glück aller Menschen verantwortlich fühlt.

LECK IM PENTAGON

Es besteht eine „ungesunde (obgleich unausweichliche) Abhängigkeit Europas von den USA bei der Gewährleistung seiner militärischen Sicherheit... Eine Abhängigkeit, die die Tendenz hat, den Willen der Europäer noch weiter zu schwächen“. Nicht irgendein westeuropäischer Spitzenpolitiker, der über das nicht gerade einem Gentleman gerecht werdende Verhalten des Verbündeten jenseits des Atlantik empört ist, sagte das in höchster Verzweiflung. Es handelt sich vielmehr um den Auszug aus einem Geheimreport des Pentagon, über den die „Washington Post“ berichtete. Die USA sollten nach Meinung der Reportverfasser ihre Verpflichtungen im Rahmen der NATO stark abbauen und ihre Truppen aus Westeuropa fast vollständig abziehen. Westeuropa müsse gezwungen werden, für sich selbst zu sorgen. Es solle sich nicht auf

Schutz und Schild Uncle Sams verlassen dürfen.

Warum kommt man plötzlich im Pentagon auf einen Abzug der Truppen aus Westeuropa zu sprechen, während das US-Kriegsministerium seine Truppen dorthin schickt und keinesfalls beabsichtigt, seine Aktivitäten zu drosseln? Noch eine andere Frage drängt sich auf: Warum gelangen solche Geheimreports so leicht an die Öffentlichkeit?

Offenbar ist der neue Pentagon-Report nicht von ungefähr in die Presse „durchgesickert“ — und zwar gerade „rechtzeitig“ nach dem Kommandounternehmen im Iran. Offenbar wollte man jenseits des Atlantik den herrschenden Kreisen der europäischen Partner, die über die abenteuerlichen Handlungen Washingtons beunruhigt sind, einen kleinen Schrecken einjagen. Das Pentagon gibt zu verstehen, daß es von den Verbündeten einen noch größeren Beitrag zur NATO verlangen kann, wenn jene den antiranischen Kurs der USA nicht energischer unterstützen.

G. SIDOROWA

POLITISCHE PHONSTÄRKEN

„Gebt keine weißen Stimmzettel ab! Stimmt für den Rock!“ — mit diesem Aufruf an die Jugend führt die „Partei des Rock and Roll“, ein Unikum in der italienischen Politik und Pop-Musik, den Kampf für die Kommunalwahlen im Juni.

Doch die „Rock-Partei“ verfolgt durchaus ernste Ziele. So will sie in Mailand das Palazzo Marino (die dortige Stadtverwaltung) erstürmen und ihre Leute dort placieren. Mit 15 000 Stimmen wür-

den die Rock„politiker“ dort zwei Sitze erhalten. An dem Wahlkampf der neuen Partei beteiligten sich 20 Rockgruppen.

Kaum war die „Rock-Partei“ aufgetaucht, da erhielt sie als Weihnachtsgeschenk einen gut geschmierten Propagandaapparat: zentnerweise Flugblätter, „Fankomitees“ und sogar — für die Zeit der Wahlen — eine Tageszeitung. Im Hintergrund stehen dabei das Big Business und die „hohe“ Politik. Da Jugendliche die potentiellen Wähler der „Partei des Rock and Roll“ sind, rechnet man sich aus, daß die für die „Rocker“ abgegebenen Stimmen ja den Linksparteien, vor allem den Kommunisten, verlorengehen. Warum sollte man dann nicht Phonstärken für politische Zwecke einsetzen?

L. MAKAREWITSCH

Unser Bild: Ein Wahlkampf-Flugblatt der „Rock-Partei“ in Form einer 10 000-Lire-Banknote

Foto aus der Zeitschrift „Panorama“



GALGENHUMOR

Auf diesem idyllischen Foto aus der US-Zeitschrift „Fortune“ demonstrieren die Akteure wahren Galgenhumor. Das Bild zeigt den südkoreanischen Premier Sin Hyon Hwak, seine Gattin und den Oberkommandierenden der vereinigten amerikanisch-südkoreanischen Streitkräfte, General John Wickham jun. Sie lächeln — passend zum Zweckoptimismus des Artikels in „Fortune“.

Doch unschwer kann man sich vorstellen, wie sich der Gesichtsausdruck dieser beiden Gentlemen veränderte, nachdem sich der Foto-

reporter gebührend fern hatte, und Sache kamen. In der Lage in Südkorea die Herrschenden noch mit Galgen zu ertragen.

So oder ähnlich dann offenbar auf Gespräch, das, wie sich denken kann, Premier Hwak neben wurde.

„Ich weiß nicht, General, wie mit den Studenten gehen soll. Sie verten Sitzstreiks, Kibungen und Demonstrationen.“

Sie verlangen Demokratisierung des Bildungswesens, der Freilassung der Re-



HAMMEL JA, GELD NEIN

Nach dem ungewöhnlichsten Gipfeltreffen in der Geschichte der Europäischen Gemeinschaft sind, wie die „Financial Times“ die Ergebnisse der Luxemburger Tagung des Europäischen Rats kommentierte, „die Politiker böse geworden und in Depression verfallen“ — alle, mit Ausnahme der britischen Ministerpräsidentin.

Als Margaret Thatcher vor einem Jahr ihre Regierung bildete, wurde sie von der westlichen Presse sogleich die „eiserne Lady“ tituliert. Nach dem Luxemburger „Sieg“ kam in Westeuropa für sie der Name „Mrs. No“ auf.

Wegen „Mrs. No“ wurde nicht nur die Debatte über den britischen Beitrag zur gemeinsamen EG-Kasse, dessen drastische

Verrin auf di bliebe ebens und d schen Frank Zum gens „Non“ sen nie zeugni wollen fleisch mit bri schen Die fechter sion.



und Professoren, die mit Pak Tschung Hi kollaborierten, ja sogar eine Aufhebung des Kriegsrechts. Fünf Rektoren mußten bereits ihren Rücktritt erklären. Präsident Choi rief kürzlich die Studenten auf, ihre politischen Aktivitäten zu beenden. Ach wo! Es kam so weit, daß wir erneut den Ausnahmezustand über das ganze Land verhängen, die Armee und die Polizei

in Kampfbereitschaft versetzen und die Bewachung der Regierungseinrichtungen verstärken mußten...

„Ihre Studenten waren stets rauflustig.“

„Wenn das nur die Studenten wären! Unter den Arbeitern kommt es ebenfalls zu Unruhen und Streiks — in Seoul ebenso wie in Pusan und in anderen Städten.“

„Womit sind diese Leute eigentlich unzufrieden?“

„Es gibt ehrlich gesagt genug Gründe dafür. In der Industrie herrscht Stagnation. Nicht mehr nur kleine, sondern auch mittlere Betriebe müssen schon schließen. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Offiziell liegt sie bei 4,2 Prozent, doch in Wirklichkeit ist sie, wie Sie wohl verstehen werden, bedeutend höher. In den vergangenen fünf Jahren haben sich die Preise verdoppelt. In den ersten Monaten d. J. hat die Inflation bereits 30% erreicht; nach den Prognosen von Wirtschaftswissenschaftlern wird sie gegen Jahresende auf 50% geklettert sein. Und die Löhne machen bei uns auch ohnedies z. B. nur ein Fünftel dessen aus, was die Arbeiter in benachbarten Japan erhalten. Schlecht bestellt ist es auch um die Zahlungsbilanz: 1979 betrug das Defizit 4 Md. Dollar.“

Doch wenn in diesem Augenblick erneut ein Fotoreporter aufkreuzte, dann würden Hwak und Wickham wieder ihr „keep smiling“ aufsetzen.

N. SCHIMMEL



Zeichnung: W. Tschakiridis

London kategorisch fordert, Bank geschoben. Ungelöst die Agrarpreisordnung wegen der Energiewirtschaft. Auch über den britischen Hammelfleisch nach dem man sich nicht einigen. Punkt sagt „Mrs. No“ über dieses Mal sagt man in Paris französischen Schafzüchter wissen mit ihren eigenen Erzeugnissen. Händler aus der City aber nicht mit billigem Hammelfleisch — und das nicht einmal sondern mit neuseeländischem.

europäischen Integrationsverhandlungen allen Grund zur Depres-

P. ANDREJEV

LOBLIED AUF DIE NEUTRONENBOMBE

„Sauber“, „moralisch“ und „christlich“ — all das soll die ... Neutronenbombe sein. So wurde sie in einem dieses Frühjahr in Frankreich erschienenen Buch unter dem interessanten Titel „Die Niederlage des Krieges“ offeriert. Das Loblied auf die neue Waffe, aufgemacht als Antikriegspropaganda, ist nicht die einzige Überraschung des Buches. Allein schon das Zusammenwirken der beiden Autoren — Sam Cohen, Vater der Neutronenbombe und Pentagon-Forscher, und Marc Geneste, Oberst der französischen Armee, ist eine kleine „Sensation“.

Um Westeuropa vor einer Aggression der Russen zu retten, schlagen die Autoren vor, an der Grenze zum Osten einen speziellen Landstreifen für den Beschuß mit Neutronengeschossen zu „reservieren“. Vernichten ja die Neutronengeschosse alles Leben, lassen aber die materiellen Werte fast unberührt.

Deshalb muß die Bevölkerung in diesem Streifen umgesiedelt werden oder doch zumindest lernen, sich schnell in Bunker zu verkriechen. Die Verteidigung der von Neutronenwaffen geschützten neuen „Magionot-Linie“ soll Cohen und Geneste zufolge von Armee-Einheiten in Bunkern übernommen werden, die in eben diesem Streifen in mehreren Linien gestaffelt sind. Die Autoren haben sogar errechnet, daß die Neutronenwaffensperre bei einer Länge von 1000 km nur 12 Md. Dollar kosten würde.

Der mangelnde Enthusiasmus bei den NATO-Ländern und die Proteste der europäischen Öffentlichkeit zwangen 1978 Washington, den Bau der entsetzlichen Waffen zu verschieben. Jetzt hat man unter dem Vorwand der verschärften internationalen Lage jenseits des Atlantik diese Idee wieder aufgegriffen und versucht erneut, sie in Westeuropa gegen alle Widerstände zu realisieren.

In dieser Absicht arrangierten die Neutronenwaffenverfechter eine großangelegte Propagandatournee für Cohen. Er veranstaltete ein Kolloquium im Pariser Sheraton-Hotel, meldete sich in Presse und Fernsehen zu Wort und brachte sogar ein Buch zusammen mit einem französischen Militär heraus, einem von denen, die die Welt durch die NATO-Brille sehen.

Doch die großen Töne der Neutronenbombenbejaher haben hier kaum jemanden mitreißen können. Nach Berechnungen von Cohen selbst würden beim Einsatz von Neutronenwaffen auf jeden getöteten Militärangehörigen 3–4 tote Zivilisten kommen.

A. IGNATOW

Paris

Menschenrechtsapostel

In Washington wurde wieder einmal eine Pressekonferenz abgehalten. Der Sprecher des State Department lavierte geschickt mit den Fragen, scherzte und war überhaupt um eine „familiäre Atmosphäre“ bemüht.

Doch da kam eine unerwartete Frage: Wie reagiert die US-Administration eigentlich auf den Beschluß der chinesischen Führung, in nächster Zukunft aus der Verfassung der VR China die Artikel zu streichen, die zumindest auf dem Papier die Rede- und Diskussionsfreiheit, das Recht der freien Meinungsäußerung und des Aushängens von Wandzeitungen garantieren? Beabsichtigt die Administration, die ja den „Menschenrechten“ so große Aufmerk-

samkeit widmet, irgendwelche Sanktionen wegen dieser offenkundigen Menschenrechtsverletzung zu unternehmen? Der Zeitungsmann schlug sogar ganz konkret vor, Peking die Meistbegünstigung zu verweigern...

Der Sprecher des State Departments wollte das wie üblich mit einem Scherz abtun. Doch der Journalist bohrte weiter und verlangte eine Antwort. Da mußte der Sprecher eingestehen, daß Washington nicht im geringsten daran denkt, Peking zu „bestrafen“. Er bekräftigte also, was auch ohnedies kein Geheimnis war: Washington sucht krampfhaft nach angeblichen „Menschenrechtsverletzungen“ vor allem in jenen Ländern, deren Politik den USA mißfällt.

F. JURJEV

TURBAN ODER HELM?

Dmitri WOLSKI

Erst vor kurzem schworen die USA-Führer sozusagen beim Bart des Propheten, daß sie die „Werte und Traditionen des Islam“ achten, und versicherten die Moslemvölker ihrer Freundschaft. Noch Anfang d. J. zeichneten Karikaturisten Brzezinski, wie er in Kaftan und Turban Allah lobte. Die „Neue Zeit“ druckte damals eine viel mehr aussagende Zeichnung aus einer BRD-Zeitung nach: das NATO-Emblem in Kombination mit dem islamischen Halbmond, was recht genau die Bestrebung der atlantischen Strategen widerspiegelte, die Islambewegung den eigenen Zielen unterzuordnen und gegen die UdSSR, gegen die Linkskräfte im Nahen und Mittleren Osten auszurichten.

Es vergingen jedoch kaum vier Monate, da vertauschten die Washingtoner Politiker ihren orientalischen Turban mit dem Kolonial- bzw. Stahlhelm. Das unglückselige Piratenstück „zur Befreiung der amerikanischen Geiseln“ führte vor Augen, wie wenig die Imperialisten die Souveränität der moslemischen Länder achten. Die meisten dieser Länder, selbst konservative Monarchien, standen aufseiten Irans. Eine Woge antiamerikanischer Aktionen rollte erneut über den Nahen und Mittleren Osten. Im Kreuzfeuer der Proteste sahen sich auch jene NATO-Mitglieder, die so oder anders den Kurs des Seniorpartners billigten.

Von einer Allianz NATO-Islam konnte keine Rede mehr sein, wenn sie dem Imperialismus auch höchst gelegen käme. Nur sehr gewichtige Faktoren konnten das Fundament eines politischen Gebildes untergraben, dessen Errichtung mit solchem Eifer begonnen worden war.

Globale Ansprüche

Man fing da keineswegs beim Nullpunkt an. Schon die britischen Kolonialherren gründeten ihre Politik auf ein Bündnis mit den moslemischen Herrschern, denen es an Unterstützung von außen lag. Vor 15–20 Jahren gehörte ein britischer Berater ganz einfach zum Hof eines Sultans oder Emirs. Heute nun wollte man den widersprüchlichen Charakter der anwachsenden moslemischen Bewegung und ihre bunte Zusammensetzung dazu benutzen, um einem solchen Bündnis eine breitere soziale Basis zu geben. Es war in der Tat verlockend, einem kleinen Dorf-mullah mit dem „gottlosen Kommu-

nismus“ oder einem Krämer vom Basar mit der „radikalen Verstaatlichung“ angst zu machen. Woher diese Gefahren kämen, sei ja klar, wurde ihnen eingeflößt. Folglich könne nur der Westen sie davor schützen, vor allem könnten es die USA mit ihren finanziellen und militärischen Möglichkeiten, mit ihrer Treue zur religiösen Weltanschauung und zum freien Unternehmertum.

Im Einklang mit dieser Logik zogen sich die imperialistischen Politiker an den Ereignissen in Afghanistan hoch. Sie versuchten, unter der grünen Islamflagge einen Block von Staaten und politischen Kräften zur Unterstützung der afghanischen Konterrevolution zusammenzuzimmern. Es ging jedoch nicht nur um Afghanistan. Das benachbarte Pakistan sollte ein zuverlässiges, langfristiges Aufmarschgebiet abgeben, von dem aus man den Mittleren Osten und Südasien im Visier haben könnte. Ferner hegte man die Hoffnung, die iranische Revolution zum Krebsgang zu zwingen und sie von antiimperialistisch auf antisowjetisch umzuorientieren. Schließlich wollte man durch die hysterische Kampagne um Afghanistan die arabischen Völker vom Widerstand gegen die israelische Expansion und das Kapitulantentum Kairis ablenken. Kurz, es war eine breit angelegte, beinahe globale Konzeption. Die westliche Presse zitierte, ohne mit der Wimper zu zucken, den Chef einer der nach Afghanistan eingeschleusten Banden: „Wir werden Samarkand, Bucharan nehmen ... und eines Tages auch Moskau.“

Das ist gewiß lächerlich. Nur haben die imperialistischen Strategen allen Ernstes versucht, die gegen die UdSSR und die sozialistische

Ländergemeinschaft gerichteten NATO-Pläne mit dem Aufziehen einer antisowjetischen Allianz im Mittleren Osten zu verknüpfen.

Im Brüsseler Hauptquartier

Am 19. April schrieb die Londoner „Financial Times“: „Bei den Strategen im Hauptquartier der NATO am Rande von Brüssel ... nehmen schon mehrere Schlüsse — einige endgültig, andere noch provisorisch — Gestalt an. Der wichtigste lautet, daß Anstrengungen zu unternehmen sind, um sowohl die Länder Südasien“ (gemeint sind offenbar die prowestlichen konservativen Staaten, z. B. Pakistan und Saudi-Arabien) „zu stützen als auch Westeuropa zu festigen. Die NATO als solche ist vielleicht nicht in der Lage, außerhalb ihres Bereiches vorzugehen, die Truppen der einzelnen Mitgliedstaaten können es jedoch, und die Seestreitkräfte der USA, Großbritanniens und Frankreichs werden ihre Fahnen im Indischen Ozean zeigen — wenn sie es nicht schon tun. Die NATO-Länder können dem Raum am Persischen Golf Wirtschafts- und Militärhilfe erweisen, ohne dieser ein NATO-Etikett anzuhängen.“

Unter Berufung auf dieselben NATO-Strategen droht das Blatt direkt mit einer „Eskalation der Feindseligkeiten, die unmöglich auf den Golf-Raum beschränkt werden können, wo der Westen eine verlorene Schlacht führen würde“, und betont: „... mächtige NATO-Streitkräfte sind in Europa notwendiger denn je.“

Es geht demnach um eine Mittelostfiliale der NATO, nur eben „ohne das NATO-Etikett“. Man muß da an Dulles denken, der Mitte der 50er Jahre ebenfalls „Tochterunternehmen“ der NATO aufzog: die CENTO

Teheraner protestieren vor USA-Botschaft gegen die Provokation in der Wüste.



im Mittleren Osten und die SEATO in Südostasien. Die beiden Blöcke haben bekanntlich die internationale Entspannung nicht überlebt. Heute will man sie wiederaufleben lassen: Der Manila-Vertrag, der die juristische Grundlage der SEATO bildete, wird aus der Versenkung hervorgeholt und der Mittlere Osten mit den Projekten einer „gemeinsamen Verteidigung“ des Persischen Golfes, der Straße von Hormus und sogar der „Heiligtümer von Mekka“ bedacht.

Die heutigen Projekte sind weit gefährlicher als die von Dulles, weil die imperialistischen Kreise die Mittelostkrise zu einem Spannungsherd, zur Quelle einer globalen Kriegsgefahr ausbauen und als Vorwand benutzen, um die militaristischen Vorbereitungen zu verstärken, auch in Westeuropa, wie das Zitat aus der „Financial Times“ über die Erwägungen der NATO-Strategen in Brüssel bezeugt. Die Pekinger Führer spielen dabei eine provokatorische Rolle: Mit penetranter Hartnäckigkeit fordern sie dazu auf, angesichts der Situation im Mittleren Osten eine antisowjetische „weltweite Einheitsfront“ zu errichten. Gerade in diesem Geist wurde der pakistanische Präsident Zia-ul-Haq in Peking wo er Anfang Mai war, bearbeitet.

Wer kann unter diesen Umständen glauben, daß die Entwicklung in Afghanistan oder die amerikanischen Geiseln die Hauptursache der explosiven Lage im Mittleren Osten waren? Die Berufungen auf die Erdölinteressen des Westens waren ebenfalls nur ein Tarnmanöver. Es liegt ja auf der Hand, daß nur eine friedliche Entwicklung der Länder am Persischen Golf reibungslose Erdöllieferungen von dort sichern kann. Nein, dahinter steckt etwas anderes: die Hoffnung des Imperialismus, das weltweite Kräftegleichgewicht zu seinen Gunsten zu verändern, wozu er u. a. die Situation im Mittleren Osten ausnutzen will.

Doch zeigte gerade der Mittlere Osten, wie vergeblich solche Hoffnungen sind.

Die Masken sind gefallen

Die jüngsten Ereignisse in dieser Region haben die Widersprüche zwischen Washington und seinen Bündnispartnern wegen der jüngsten Ereignisse in dieser Region ganz deutlich zutage gefördert. Es ist verständlich, warum die westeuropäischen Länder und Japan das abenteuerliche Vorgehen Carters so ungern unterstützen. Der Anteil des Erdöls aus den Ländern am Persischen Golf am Verbrauch der USA beträgt 16%, der der EG-Länder und Japans aber 67% bzw. 70%! Nun kommt ein noch wichtiger Um-

stand hinzu, der den Imperialismus hindert, den Mittleren Osten in seine globalen strategischen Pläne einzubeziehen. Wir meinen die Art, wie die Moslemländer auf seine Anbiederungsversuche reagieren.

Es sei gleich gesagt, daß diese Länder unterschiedliche Positionen beziehen. Außerdem hat sich die Politik mehrerer Islamstaaten noch nicht eingependelt, sie formt sich erst. Selbstverständlich wirken sich die Propaganda, der politische und wirtschaftliche Druck auf sie aus. So wurde die Mitgliedschaft Afghanistans in der Islamkonferenz rechtswidrig ausgesetzt. Noch immer werden dorthin konterrevolutionäre Banden aus Pakistan eingeschleust. Einige alte Konflikte, z. B. zwischen Iran und Irak, werden nicht ohne Erfolg geschürt. Es wäre beinahe zu einem direkten militärischen Zusammenstoß gekommen, von dem natürlich nur die Imperialisten profitiert hätten. Diesen nutzen begreiflicherweise auch die Kampagnen gegen die Linkskräfte. Keineswegs unblutig, flackern solche Kampagnen bald in dem einen, bald in dem anderen Land des Mittleren Ostens auf, darunter in Ländern, zwischen denen ohnehin Konflikte bestehen. Gewisse Politiker und Zeitungen bekennen sich zur berühmten Konzeption von den „beiden Supermächten“, die angeblich im Mittleren Osten gleiche Politik betreiben. Auch so etwas nützt den Neokolonialisten.

Trotz alledem zog die Associated Press Anfang Mai zu Recht folgenden Schluß: „Es ist den USA nicht gelungen, einen Erfolg in diesem Raum zu erzielen.“ In der Tat kann man jetzt schon feststellen, daß sich die moslemische Welt insgesamt weigert, bei der antisowjetischen Strategie Washingtons mitzuhalten oder ein Juniorpartner der NATO zu werden. Die fortschrittlichen Staaten haben in der gegenwärtigen komplizierten Situation Festigkeit und Realitätssinn bekundet, auch die Treue zu den Prinzipien des antiimperialistischen Kampfes, die sich z. B. beim Gipfel der arabischen Front der Standhaftigkeit und des Widerstands im April zeigte. Die dort gefaßten Beschlüsse über die Aktivierung des Kampfes gegen die Politik Kairo, über die Gründung gemeinsamer politischer und militärischer Organe, über die Anerkennung des Rechts Afghanistans auf Selbstverteidigung und schließlich über die Festigung

DER ISLAM



und DIE NATO

Als „Die Welt“ (BRD) diese Zeichnung im Januar brachte, war bei ihr bestimmt der Wunsch der Vater des Gedankens.

der Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten sind eine unmißverständliche Antwort auf die Versuche der USA, die moslemische Welt in den politischen Feldzug gegen den Sozialismus einzubeziehen.

Gewiß, von den Staaten mit konservativen Regimes konnte eine so eindeutige Antwort nicht erwartet werden. Trotzdem hat keiner von ihren Spitzenpolitikern gewagt, öffentlich die amerikanische Aufforderung zur politischen Allianz anzunehmen — keiner außer Sadat, aber

dessen Elogen für die USA-Politik sind eben die Ausnahme, die die Regel bestätigt. Selbst der einzige arabische Verbündete des ägyptischen Präsidenten, der Sultan von Oman Kabus, der laut Pressemeldungen mit den USA ein Abkommen schloß, um ihnen „Zugang zu Militärstützpunkten“ zu ermöglichen, hat Angst, das Abkommen publik zu machen. Die „New York Times“ teilte mit: „Oman wies die USA darauf hin, daß es das Vorhandensein eines Abkommens abstreiten werde.“ Ja, solche Dokumente scheuen das Licht. Nicht von ungefähr verlangten die somalischen Führer, wie dasselbe Blatt schreibt, von den Amerikanern für das Recht, die Militärprojekte zu nutzen, sage und schreibe 2 Md. Dollar, d. h. fast 20mal soviel, wie Washington zu zahlen bereit war. Zia-ul-Haq nannte die Hilfe von 0,4 Md. Dollar, die die USA Pakistan angeboten haben, einen „Tropfen auf den heißen Stein“.

Geschäft bleibt zwar Geschäft, aber die Führer, die Washington Geld abzuknöpfen versuchen, haben wohl auch andere Motive. Man merkt ihnen die Befürchtung an, daß ihre Dienste für den Imperialismus starke politische Unzufriedenheit auslösen könnten. Die Befürchtung ist begründet — man denke an die Massendemonstrationen im Mai auf Bahrein, wo gegen die Nutzung seines Territoriums durch USA-Truppen protestiert wurde.

In Pakistan erklärte Fliegermarschall a. D. Asghar Khan, ein namhafter Vertreter der Opposition, es wäre „dumm“, das Land zu einem „Aufmarschgebiet für Operationen gegen Afghanistan“ zu machen, und die Führung der einflußreichen Pakistanischen Volkspartei verlangte, die dort wirkenden „Organisationen afghanischer Rebellen“ zu verbieten und sofort Verhandlungen mit der Regierung Babrak Karmals aufzu-

nehmen. Der Londoner „Guardian“ schreibt dazu: „Die Instabilität der innenpolitischen Lage in Pakistan findet ihre Bestätigung im kürzlichen Versuch eines Militärputsches. Jüngere Offiziere wollen, daß die Armee die politische Tätigkeit aufgibt.“ In Saudi-Arabien ist die soziale Atmosphäre noch immer geladen. Unter diesen Umständen sind die Führer der konservativen Islamländer in einer Zwickmühle: Sie wollen, daß Washington ihnen Ministerposten bzw. Throne garantiert, weichen jedoch jeder direkten Verpflichtung ihm gegenüber aus oder hängen, wie der listenreiche Sultan Kabus, ihre Abkommen nicht an die große Glocke. Selbst die alten Freunde des Westens, seine herkömmlichen „Kunden“, müssen sich fragen, wozu sie animiert werden: zur Teilnahme an verderblichen internationalen Konflikten? Zum Bürgerkrieg im eigenen Lande?

Was die nationale Bourgeoisie betrifft, so weiß sie bei all ihren Schwankungen und Widersprüchen sehr gut um den tödlichen Zugriff der transnationalen Konzerne. Deren Interessen sind mit denen ihrer schwächeren Konkurrenten ebenso wenig zu vereinbaren wie das Weltbild der moslemischen Geistlichkeit mit vielen Aspekten der „westlichen Lebensweise“. Wichtig ist aber, daß in den Stürmen von heute die Aktivität der Volksmassen zunimmt; sie gewinnen politische Erfahrungen und lernen zwischen Freund und Feind zu unterscheiden.

Von großer Bedeutung dafür ist zweifellos die Tatsache, daß Washington das Palästina-Problem, das die ganze arabische Welt bewegt, nicht lösen kann. Dieses Problem steht keineswegs isoliert da. Eben deshalb weigern sich die USA, die legitimen Rechte der Palästinenser befriedigen zu helfen, weil sie den israelischen Expansionismus im Kampf gegen die Befreiungsbewegung im Nahen und Mittleren Osten brauchen. Alle Schritte Washingtons zeigen, daß es dieser heterogenen, breiten Bewegung feindlich gegenübersteht, auch den Formationen, die unter der Flagge des Islam vorgehen. Westliche Zeitungen schreiben heute nicht mehr von einer Allianz NATO—Islam, sondern von der Wahrscheinlichkeit eines „heiligen Minikriegs gegen die Moslemwelt“, den die Regierung Carter verursachen könnte. Sie schreiben darüber mit Besorgnis, und das Wörtchen „Mini“ mindert diese kaum.

Die Operation „Turban“ ist gescheitert, das steht fest. Der Grund ist klar: Die Bestrebungen des Imperialismus sind mit den Interessen der Völker des Ostens unvereinbar.

PATRIOT UND INTERNATIONALIST

Jewgeni KOBELEW

Anatoli Lunatscharski, der erste sowjetische Volkskommissar für Bildungswesen und ein Mitstreiter W. I. Lenins, schrieb in seinen Erinnerungen, daß Wladimir Iljitsch einen Charakterzug der Zeit der Oktoberrevolution in deren einmaligen Ausstrahlung sah. Lenin selbst, fügte Lunatscharski hinzu, habe diese einzigartige Ausstrahlung jener Zeit besessen.

Somit spiegelte sich die Größe der Oktoberrevolution in der Persönlichkeit ihres Führers wider. Genauso war Ho chi Minh der Inbegriff, die Verkörperung der vietnamesischen Revolution.

Ein flammender Revolutionär, standhafter Marxist und Leninist, ein konsequenter Kämpfer für Freiheit, Gerechtigkeit, Sozialismus und Kommunismus, ein aufrechter, bescheidener, schlichter Mensch: Das war Genosse Ho chi Minh, dem alle fortschrittlichen Menschen der Welt ein ehrendes Andenken wahren.

Ho chi Minh ist ein weiterer Beweis dafür, daß die marxistisch-leninistischen Ideen Titanen des politischen Denkens und revolutionären Handelns hervorbringen. Ho chi Minhs Entscheidung, für die Befreiung des vietnamesischen Volkes von der kolonialen und kapitalistischen Unterdrückung zu kämpfen, war wesentlich davon beeinflusst, daß er 1920 Lenins Schriften zur nationalen und kolonialen Frage kennenlernte. Der Führer der vietnamesischen Revolution überprüfte seine Tätigkeit und die Politik der von ihm gegründeten Partei ständig an den unschätzbaren Leninischen Erfahrungen, in denen er auch auf die kompliziertesten Fragen des Lebens eine Antwort fand.

Schriftlich und mündlich betonte Ho chi Minh, daß der Sieg der Revolution und der erfolgreiche sozialistische Aufbau in Vietnam nur deshalb möglich wurden, weil die vietnamesischen Kommunisten konsequent die Hauptthesen der Lehre Lenins von der nationaldemokratischen und der sozialistischen Revolution in die Tat umsetzten. Er pflegte zu sagen, daß der Leninismus „die Sonne ist, die unseren Weg zum Endsieg, zum Sozialismus und Kommunismus, beleuchtet“.

Die vietnamesischen Kommunisten verwirklichten Lenins Lehre schöpfe-

risch, indem sie den komplizierten Verhältnissen in Vietnam Rechnung trugen. Kennzeichnend dafür ist der langjährige, schwere Kampf des Volkes gegen die barbarische Aggression der USA-Imperialisten, für die Befreiung des vietnamesischen Südens. Ho chi Minh und die von ihm geleitete Partei konnten erreichen, daß die nationalen Anstrengungen die breiteste internationale Unterstützung fanden. Sie sorgten für eine kluge Verbindung des bewaffneten, des politischen und des diplomatischen Kampfes, wobei diese drei Kampfformen je nach der Situation in verschiedenem Verhältnis zueinander standen.

In einem seiner ersten Bücher, „Der Weg der Revolution“, schrieb Ho chi Minh, die künftige marxistisch-leninistische Partei Vietnams werde sich vor allem auf den Kampf gegen die Kolonialherren, für die nationale Befreiung konzentrieren. Deshalb könne und müsse die Partei eine so große Kraft wie den Patriotismus heranziehen. Später ermöglichte es der ursprünglich nur kleinen Partei der Kommunisten, auf der entscheidenden Etappe der Geschichte das ganze Volk in den Kampf zu führen. Die Strategie einer breiten nationalen Front aller patriotischen Kräfte der Nation wurde zuerst 1941—1945 und dann 1946—1954, im Kampf gegen die japanischen Okkupanten und dann gegen die französischen Kolonialherren, angewandt. Die Viet-Minh-Front unter der Führung der Kommunisten sicherte der August-Revolution von 1945 einen glänzenden Sieg. In der imperialistischen Umkreisung entstand in Südostasien der erste volksdemokratische Staat, die Demokratische Republik Vietnam.

Mehr als 20 Jahre, 1954—1975, dauerte der Kampf für die Befreiung des vietnamesischen Südens von den USA-Aggressoren und ihren einheimischen Marionetten. Die vietnamesischen Kommunisten wandten erneut die bewährte Strategie an und errichteten die Nationale Befreiungsfront Südvietnams, in deren Reihen Arbeiter, Bauern, Vertreter der nationalen Bourgeoisie und Intelligenz, Geistliche, Studenten und selbst Militärs des Saigoner Regimes

Zum 90. Geburtstag

Ho chi Minhs

am 19. Mai

kämpften. Sie alle einte die große Kraft des Patriotismus. Dank der von Ho chi Minh erarbeiteten Strategie, dem Heldenstum des vietnamesischen Volkes und der wirksamen Hilfe seiner Freunde wurde der langjährige Traum Ho chi Minhs Wirklichkeit: 1975 verschwand die Demarkationslinie, die das Land halbierte, von der Karte Vietnams. Dieses war nun einheitlich, frei und begann mit dem sozialistischen Aufbau.

Auch in der neuen Situation, in der Zeit, die Ho chi Minh nicht mehr erleben sollte, bleibt die Strategie der breiten nationalen Front eine Waffe seiner Mitstreiter und Nachfolger. Ho chi Minhs Ausspruch „Nichts geht über Unabhängigkeit und Freiheit!“ inspiriert auch heute die 50 Millionen Vietnamesen bei der Überwindung der unvermeidlichen Entwicklungsschwierigkeiten und im Kampf gegen die Wühler der hegemonistischen Kräfte. Alle Patrioten des Landes — Kommunisten, Mitglieder der anderen Parteien, Atheisten, Katholiken und Buddhisten — sind in der Vaterländischen Front Vietnams im Kampf für den sozialistischen Aufbau vereint.

Der Führer der vietnamesischen Revolution wußte um die Kraft des Patriotismus, war er doch auch selbst Patriot. Er fühlte die Rechtlosigkeit und Unterdrückung seines Volkes schon in seiner Jugend und gelobte, sein Leben der

Befreiung der Heimat zu widmen. Diesem Ziel blieb er bis zu seinem Tod treu. Häufig nannte er sich einen „Soldaten, der auf des Volkes Geheiß in den Kampf zieht“.

Ho chi Minh war auch ein flammender Internationalist. Der erste vietnamesische Kommunist studierte den Marxismus-Leninismus zuerst in Frankreich, dann in Sowjetrußland; aktiv arbeitete er in der Komintern. Er beherrschte mehrere Sprachen und kannte gut die Entwicklung der Länder des Westens und des Ostens. Dank Ho chi Minh war die vietnamesische Revolution von Anfang an fest mit der Komintern, mit der kommunistischen Weltbewegung, mit der KPdSU und den anderen Bruderparteien verbunden.

Der Internationalismus Ho chi Minhs, seiner Kampfgenossen und der ganzen Partei ersparte der vietnamesischen revolutionären Bewegung jene Fehler, die der chinesischen KP und den revolutionären Organisationen einiger Länder Südasiens zum Verhängnis geworden sind. Der verderbliche Einfluß des Maoismus berührte die KP Vietnams praktisch nicht und konnte sie nicht vom Hauptziel — vom sozialistischen Aufbau und antiimperialistischen Kampf — abbringen. Ho chi Minh schrieb: „Wir konnten alle Schwierigkeiten überwinden und unser Volk zu ruhmreichen Erfolgen führen, weil die Partei die revolutionäre Bewegung in unserem Lande niemals von der revolutionären Bewegung des Weltproletariats und den nationalen Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker trennte.“

Das theoretische und praktische Wirken Ho chi Minhs und seiner Nachfolger erlangt von Jahr zu Jahr größere internationale Bedeutung. Am Beispiel Vietnams überzeugen sich die Revolutionäre davon, welch große lebenspendende Kraft der Marxismus-Leninismus unter den konkreten Verhältnissen der asiatischen Länder sein kann. Unter Führung

Ho chi Minhs erfüllten die vietnamesischen Kommunisten die Aufgaben der nationaldemokratischen und der sozialistischen Revolution, ohne von den Grundthesen der Theorie von Marx, Engels und Lenin auch nur ein Jota abzuweichen. Das beweist einmal mehr, wie künstlich die Behauptung ist, eine „asiatische Variante des Marxismus-Leninismus“ sei nötig. Solcherlei „Theoretiker“ parasitieren an der revolutionären Terminologie, um zu verbergen, daß sie die Ideale der Revolution verraten und vor Imperialismus und Reaktion kapitulieren. Ebendeshalb studieren die Revolutionäre vieler Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas die Werke Ho chi Minhs und die Dokumente der KP Vietnams so aufmerksam.

Ho chi Minh lebt fort in dem, was heute vollbracht wird. Das einheitliche, unabhängige, sozialistische Vietnam erstarkt, Laos beginnt mit dem sozialistischen Aufbau, in Kampuchea hat die Volksrevolution gesiegt. Die Sache, für die Ho chi Minh, der an der Wiege der nationalen Befreiungsbewegung, der kommunistischen Bewegung in Indochina stand, sein Leben lang kämpfte — diese Sache triumphiert.

Die Sowjetbürger bringen Ho chi Minh auch deshalb Liebe gegenüber, weil er sich aktiv für die Freundschaft zwischen Vietnam und der UdSSR einsetzte. Er lebte oft und lange in der Sowjetunion, studierte u. a. an der Kommunistischen Universität der Völker des Ostens, an der Internationalen Lenin-Schule, an der Hochschule für nationale und koloniale Probleme, auch war er in der Abteilung Orient des Exekutivkomitees der Komintern tätig. Nach dem Sieg der vietnamesischen Revolution führte der Vorsitzende des ZK der Partei der Werktätigen Vietnams und Präsident der DRV Partei- und Regierungsdelegationen in die UdSSR, beteiligte sich an Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau und kam auch zur Erholung in die UdSSR. Die unzähligen sowjetischen Menschen, mit denen Ho chi Minh zusammentraf, werden sein sympathisches Lächeln nie vergessen. Dieser treue Sohn des vietnamesischen Volkes war groß in seiner Schlichtheit und schlicht in seiner Größe.

Präsident Ho chi Minh bei der Arbeit. Das Porträt, das der Volkskünstler der RSFSR Alexander Shitomirski 1960 in Hanoi zeichnete, trägt ein Autogramm Ho chi Minhs.



NICHTS NEUES

Am 9. Mai haben die USA im Karibischen Meer unmittelbar vor der kubanischen Küste große Manöver begonnen. An der Machtdemonstration sind 42 Kriegsschiffe, 350 Kampfflugzeuge und 20 000 Soldaten beteiligt. B 52, bereit zum Verminen des Manövergebietes, kreisen über der Karibik. Im Golf von Florida wird das Zusammenwirken von Landungsschiffen mit Marineinfanterie und Hubschraubern an Bord geprobt. Auf Anordnung von Carter ist in Florida, dem Zufluchtsort der aus kubanischen Konterrevolutionären gebildeten Terrorgruppen, der „Ausnahmezustand“ verhängt worden. Lange vor dem Militär startete die Presse ihr Manöver.

Zumindest bisher hat es die US-Administration nicht wie ihre Vorgänger gemacht, erst „gute Nachbarschaft“ beteuert und dann Gewalt angewandt: Einfall in Guatemala unter Eisenhower, Landung in der Schweinebucht unter

Kennedy, Intervention in der Dominikanischen Republik unter Johnson, blutige Einmischung der CIA in die inneren Angelegenheiten Chiles unter Nixon. Miles Wortman, Lateinamerika-Experte an der Universität des Staates New York, versichert seinen Lesern: „In den Beziehungen zwischen den USA und Lateinamerika treten unmerkliche, aber bedeutende Veränderungen ein. Ohne viel Lärm ist die Carter-Regierung von konservativer und halb-interventionistischer Politik zur

Kubanische Konterrevolutionäre in Florida proben Nahkampf.

Foto aus „Daily World“



KUBA IM VISIER DES PENTAGON

Wenn die USA urplötzlich einen Teil der Welt zur „Gefahrenzone“ erklären, heißt das, die dortigen Länder sind vom Weißen Haus mit seiner Interventionspolitik aufs Korn genommen worden. Diesmal will Washington in der Karibik, vor allem in Kuba, „seine Interessen verteidigen“.

In Washington weiß man sehr wohl um die Ursachen für die sozialen und politischen Wandlungen in Lateinamerika. Dennoch erklärt man sie für „Umtriebe Kubas“, hinter denen, derselben Logik folgend, die Sowjetunion stecke. Deshalb eben fielen im vorigen Jahr praktisch sämtliche Massenmedien des Landes über Kuba her. Erst war es die angebliche Präsenz einer „sowjetischen Militärbrigade“, dann waren es auf höchster Ebene geäußerte Drohungen. Die antikubanische Kampagne wurde weiter betrieben, denn die „kubanische Bedrohung“ war (zusammen mit der sattsam bekannten „sowjetischen“) ein neuer großartiger Vorwand für eine militärische Faust in der Karibik.

Heute übt sich das Pentagon darin, diese Faust zu gebrauchen, die Militärstützpunkte in Lateinamerika werden verstärkt. Die Carter-Administration schickt wieder Spionageflugzeuge nach Kuba, hat einen Karibik-Stab gebildet und beim Kongreß Wirtschaftshilfe für die Anliegerstaaten angefordert, um „die Völker besser zu befähigen, sich sozialen Wandlungen und einer eventuellen kommunistischen Herrschaft zu widersetzen“. In offenkundig provokatorischer Absicht schüren die herrschenden Kreise der USA die Kampagne um die „kubanischen Flüchtlinge“, die von den US-Geheimdiensten absichtlich zum Problem gemacht worden sind. In Washington werden derlei Leute als „politische Flüchtlinge“ ausgegeben, obwohl es sich bei den Renegaten, die in die USA gehen, wie die kubanische Regierung erklärte, um „gesellschaftsfeindliche

Elemente, Verbrecher und Rauschgiftsüchtige“ handelt. Die Einwanderungsbehörden der USA müssen zugeben, daß darunter viele Personen ohne bestimmte Beschäftigung und Kriminelle sind. Die CIA-Leute, die unter den „politischen Flüchtlingen“ Agenten für Wühlarbeit gegen Kuba anwerben, stört das indessen nicht im mindesten.

Das Propagandamanöver um das „Flüchtlingsproblem“ ist eine weitere Provokation gegen Kuba, mit der seine sozialistische Ordnung in Mißkredit gebracht und gleichzeitig die Vergrößerung der militärischen Macht der USA in der Karibik gerechtfertigt werden soll.

Zuallererst sollen also die Kubaner eingeschüchtert werden. Hat aber das Weiße Haus die starke Protestreaktion auf seine politischen und militärischen Provokationen vorausgesehen? Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Bruderländer und die lateinamerikanischen Völker, um die sich das Weiße Haus so „bemüht“, weisen die antikubanische Kampagne zurück. Protestkundgebungen gegen Washingtons Wühlaktionen werden aus der DDR, der Schweiz, Syrien, Kolumbien, Kanada und Grenada gemeldet. Die Teilnehmer einer Festveranstaltung anlässlich des 20. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und Kuba in Moskau haben in ihrer einmütig angenommenen Resolution der Insel der Freiheit ihre Solidarität gegen die zunehmenden Provokationen des US-Imperialismus versichert. Die Protestwelle sagt unmißverständlich: Kuba steht nicht allein!

V. GRIBATSCHOW

STAATSEKRETÄR DER USA
EDMUND SIXTUS MUSKIE

Die Revolution in Nikaragua war nichts Isoliertes, sondern hatte das ganze Volk erfaßt. In Guyana und auf Jamaika waren schon fortschrittliche Veränderungen eingetreten. In Grenada, Santa Luzia und Dominica fielen die despotischen Regimes. In Guatemala und El Salvador entbrennt der Befreiungskampf. „Nikaragua hat deutlich gezeigt, wo selbst in kleinen und schwachen Staaten die Grenzen der amerikanischen Macht liegen“, bekannte „Christian Science Monitor“. „Selbst sie haben ihre eignen Entwicklungsgesetze.“

Der scheinbar feste Damm gegen die Befreiungsbewegungen ist an vielen Stellen gleichzeitig gebrochen, und Washington mußte sich zurückziehen. Die „Entwicklungsgesetze“ sind stärker als die US-Bajonette. „Statt um die Erhaltung des Status quo bemüht zu sein, suchen die USA die offenbar unausbleiblichen Veränderungen unter ihre Kontrolle zu bringen“, schreibt „Wall Street Journal“. Darauf also wollen die Korrekturen an der US-Politik hinaus.

Der plötzliche Hang zur „Demokratie“ ist zuweilen eine unverhohlene Farce. Die langjährige Herrschaft des Hauses Duvalier brachte Haiti Gesetzlosigkeit, brutalsten Terror und führte das 5-Millionen-Volk ins Elend. Um dem Regime Ansehen zu verleihen, hat Washington den „Präsidenten auf Lebenszeit“ vor 10 Monaten veranlaßt, Oppositionsparteien und sogar eine „haitische Liga für Menschenrechte“ zu gründen. Heute sitzt einer der Parteiführer im Gefängnis, und sein Parteibüro ist von Duvaliers Geheimpolizei zerstört worden. Der Präsident der „Liga für Menschenrechte“ wurde in einer Sitzung seiner Institution verprügelt, mit ihm ausländische Diplomaten, aus Versehen sogar ein Vertreter der USA.

Komplizierter und in seinen Folgen weitaus dramatischer ist das Demokratiespiel Washingtons in El Salvador. Dieses dicht besiedelte lateinamerikanische Land war fast 50 Jahre, länger als die andern, unter dem Stiefel von Generalen. 1979 wurde die Militärdiktatur Romero gestürzt. Eine militärisch-zivile Junta wurde eingesetzt, die vor allem radikale, aus der Lage der Werkstätten erwachsende Veränderungen verhindern soll.

„Progressive“ berichtete jüngst, ein ganzes Dorf sei von Truppen und Agenten der Terrororganisation „Orden“ eingekreist und niedergebrannt worden. 40 Personen (darunter 28 Kinder) wurden an Ort und Stelle umgebracht, zahlreiche verschleppt, und von einem Gerichtsverfahren ist bis heute nichts bekannt. Der junge Professor Fabio Castellano und seine Frau wurden verschleppt und umgebracht, nur weil er dem Kurs der neuen Regierung nicht zustimmte, Generalstaatsanwalt Mario Zamora in seinem eigenen Hause er-

Am 29. April gab Präsident Carter bekannt, daß er anstelle des zurückgetretenen Cyrus Vance Edmund Sixtus Muskie, einen Senator aus der Demokratischen Partei, zum Staatssekretär ernennet.

Dieser ist 1914 in Rumford (Maine) als Sohn eines polnischen Einwanderers geboren, der ursprünglich Marciszewski hieß und seinen Namen amerikanisierte.

Vor Ausbruch des zweiten Weltkriegs schloß er sein Jurastudium an der Cornell-Universität ab und trat 1942 den Dienst bei der US-Marine an. 1945 wurde er als Leutnant demobilisiert. Danach war er Anwalt und unterrichtete. Die politische Tätigkeit nahm er nach seinem Beitritt zur Demokratischen Partei auf. 1946 wurde er in die Gesetzgebende Versammlung von Maine, 1954 nochmals in diese Versammlung sowie zum Gouverneur des Bundesstaats und 1958 in den US-Senat gewählt.

Muskie ist ein einflußreicher Politiker der Demokratischen Partei. 1968 kandidierte er für die Vizepräsidentschaft und 1972

für die Präsidentschaft, verzichtete aber auf den Wahlkampf.

Vor seiner Ernennung zum Staatssekretär war er Vorsitzender der Etatkommission im Senat und gehörte dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten an.

Der „Christian Science Monitor“ schreibt, mit Muskies Ernennung zum Staatssekretär hofft Carter, „seinen erschütterten Einfluß im Kongreß wiederherzustellen ... und die Befürchtungen im Lande wie auch bei den Alliierten zerstreuen zu können, daß die USA einen allzu kriegerischen außenpolitischen Kurs einschlagen könnten“.

schossen, als er die Repressalien einzustellen forderte. Dasselbe Geschick ereilte bekanntlich den Erzbischof von El Salvador, Oscar Romero.

Der „Weg der Reformen“ ergibt sich aus den weitreichenden Kalkulationen Washingtons, die das „freie Unternehmertum“ als Alternative zu den revolutionären Umgestaltungen erhalten und festigen wollen. Ein offizieller Vertreter der USA erklärt diese Ziele am Beispiel El Salvador so: „Früher erhielten einige wenige Großgrundbesitzer alle Bankkredite. Heute können sie kleinen Farmern und Genossenschaften gegeben werden. An Konservatismus tut es niemand den kleinen Farmern gleich, und wir züchten Kapitalisten wie Kaninchen.“

Aber auch dieser Plan wird von der Habgier der einheimischen Reichen und der amerikanischen Multis zunichte gemacht, die auf ihre Vorrechte nicht verzichten wollen. Aus den karibischen Ländern erhalten die USA den größten Teil ihres Aluminiumimports, durch die Karibik befördern die Tanker mehr als die Hälfte des importierten Erdöls, jeden fünften Auslandsdollar haben die US-Monopole in Lateinamerika investiert.

Das alles bestimmt die Politik der USA. Nachdem Washington, vom Volkszorn beeinflusst, kurze Zeit auf „links“ gemacht hat, greift es nun wieder zur militärischen Einmischung oder wenigstens zur Machtdemonstration. Fast unmittelbar nach dem Sturz der Militärdiktatur in El Salvador lieferten die USA den dortigen „Sicherheitskräften“ eiligst Tränengas, kugelsichere Westen und Gasmasken. Jetzt folgen Militärausrüstungen.

Ohne Zweifel hat die jetzige Administration mit der Gründung des Karibik-Stabs ihre Vorgänger übertrumpft. Die vom Präsidenten unterzeichnete Direktive 52 bedeutet laut „Saturday Review“, daß der Verband „erforderlichenfalls Luftlandetruppen, Kriegsschiffe, Marineinfanterie und alles andere erhält, was nach Absprache mit dem Komitee der Stabschefs für Zügelungsoperationen in der Karibik gebraucht wird.“ Die zweite Staffel der „Eingreiftruppe“! Hinter dem Gerede von einer neuen Politik also der alte Trend zu internationaler Piraterie.

J. GUDKOW
Eigenbericht

New York

KEIN FRIEDEN IN N'DJAMENA

Juri BOTSCHKARJOW

Seit fast zwei Monaten hören in N'Djamena, der Hauptstadt von Tschad, die bewaffneten Kämpfe nicht auf, die zwischen den Streitkräften Präsident Goukouni Ouedéi und denen des unlängst abgesetzten Verteidigungsministers Hissène Habré toben. Fünfmal schlossen sie einen Waffenstillstand, und fünfmal wurde er verletzt. Nach Meldungen von Presseagenturen zu urteilen, hat keine der beiden Seiten eine nennenswerte Überlegenheit erlangt. Die Gegner stehen im allgemeinen auf den anfänglichen Positionen und beschießen einander mit Schützenwaffen sowie mit leichten und schweren Geschützen. Niemand kann die genaue Zahl der Opfer angeben, aber ebenfalls nach Agenturmeldungen sind mindestens 2000 Personen gefallen und rund 5000 verwundet worden.

Über der weitgehend zerstörten Stadt steigen immer wieder schwarze Rauchwolken auf. Die Einwohner fliehen in Pirogen oder watend ans andere Ufer des seichten Flusses Chari, nach Kamerun. Dort befinden sich schon etwa 120 000 Flüchtlinge aus N'Djamena, fast die halbe Einwohnerschaft. Sie haben kein Dach über dem Kopf und keine Existenzmittel.

Hat keine der beiden Seiten bisher eine nennenswerte Überlegenheit erlangt, so steht Habré politisch schlechter da. Im Lande selbst ist er isoliert, während der Präsident die meisten militärisch-politischen Gruppierungen hinter sich hat, die der jetzigen Übergangsregierung der Nationalen Einheit angehören. Da Habré im Lande keine Verbündeten hat, orientiert er sich, der westlichen Presse zufolge, auf Beistand von auswärts, namentlich von Frankreich (dem ehemaligen Mutterland) und Ägypten. Kein Wunder, daß sich die Regierung Ouedéi am 25. April entschloß, Habré wegen „Putschens“ vom Posten des Staatsministers für Landesverteidigung abzusetzen. Gleichzeitig sind noch zwei Minister abgesetzt worden, die seiner Gruppierung angehören —

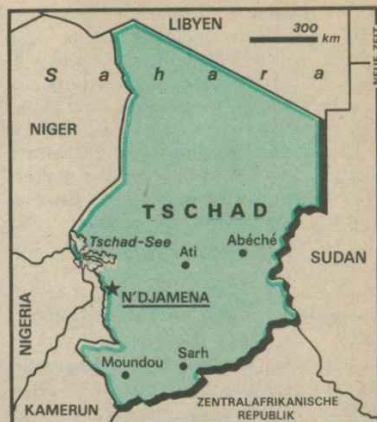
sie nennt sich Streitkräfte des Nordens.

Über den Waffenkonflikt, der im März in N'Djamena ausbrach, schreiben westliche Kommentatoren gewöhnlich, er rühre von einer persönlichen Rivalität zwischen dem Ex-Verteidigungsminister und dem Präsidenten her. Dieses Urteil ist aber oberflächlich und lenkt von den wirklichen Ursprüngen des Bürgerkriegs ab, der faktisch schon seit 15 Jahren in Tschad im Gange ist.

In Wirklichkeit ist er auf die Gegensätze zwischen dem äußerst zurückgebliebenen, von Moslems (darunter auch von Stämmen, die ethnisch den Arabern nahestehen) bevölkerten Landesnorden, wo Nomadenviehzucht betrieben wird, und dem höher entwickelten agrarischen Süden zurückzuführen, dessen negroide Stämme sich in ihrer Mehrheit zu afrikanischen Glaubenslehren bekennen.

Im Süden gibt es auch Christen. Sie machen etwa 14% der etwas mehr als 4 Millionen Landesbewohner aus. Aber auch unter dem kolonialen und dem neokolonialistischen Regime, das an seine Stelle trat, nachdem 1960 die Unabhängigkeit von Tschad ausgerufen worden war, waren die Schlüsselpositionen im Staat und die Kommandoposten in der Armee mit Katholiken besetzt. Die Bewohner des Nordens dagegen waren von der Führung des Staates so gut wie ganz ausgeschlossen. So blieb es unter dem ersten Landespräsidenten, Tombalbaye, der von 1960 bis 1975 regierte, und unter dem zweiten, General Malloum, der den Posten von 1975 bis 1979 bekleidete.

Wegen dieser Situation im Land gründeten die Bewohner des Nordens 1966 die Front der Nationalen Befreiung (FROLINAT) zum Sturz des neokolonialistischen Regimes, das Tschad von den Franzosen erzwungen worden war. Goukouni Ouedéi, der Vorsitzende des FROLINAT-Revolutionrates, erklärte vor kurzem, daß in Tschad in den 20 Jahren der Unabhängigkeit weder Schulen



noch Krankenhäuser gebaut wurden und daß es „nur fünf geschulte Buchhalter gibt“. Einer seiner nächsten Mitarbeiter, das Mitglied des Revolutionsrates Gamar Sileck As-said, sagte im April d. J. in Luanda, die Front sei bestrebt, „der imperialistischen Herrschaft ein Ende zu bereiten und eine demokratische Macht zu errichten“.

Habré gehörte einige Jahre auch den FROLINAT-Streitkräften an, trat aber 1978 aus und ging, wie der Pariser „Monde“ berichtet, nicht ohne französische Unterstützung eine Abmachung mit dem damaligen Präsidenten, General Malloum, ein, worauf er zum Ministerpräsidenten ernannt wurde. Damit war er zu dem Regime übergelaufen, gegen das er noch kurz vorher als Teilnehmer der FROLINAT gekämpft hatte.

Bald aber kam es zwischen Malloum und Habré zu einem Konflikt wegen der Verteilung der Befugnisse zwischen dem Staats- und dem Regierungschef. Als der Ministerpräsident den Präsidenten zu stürzen versuchte, kam es in N'Djamena zu beispiellos heftigen Kämpfen zwischen den Streitkräften der beiden rivalisierenden Klans. Damals fanden in den Straßen der Hauptstadt über 10 000 Menschen den Tod.

Die große Zahl der Opfer erklärt sich damit, daß an den Zusammenstößen die in zwei Lager gespaltene Einwohnerschaft N'Djamenas teilnimmt: die Moslems auf seiten Habrés und die Christen und Animisten (Angehörigen einer afrikanischen Glaubensgemeinschaft) auf seiten Malloums. Darin äußert sich die im jahrelangen Bürgerkrieg erhärtete Feindschaft der Völkerschaften von Nord und Süd, die verschiedene Glaubensbekenntnisse haben. Diese Feindschaft nützt nur den Kolonialkreisen und denen, die mit ihrer Hilfe über Tschad regiert haben, denn sie hindert die Volksmassen der verschiedenen Landesgebiete daran, sich ihres gemeinsamen In-

teresses an wirklicher Unabhängigkeit Tschads bewußt zu werden.

Während in N'Djamena der Krieg tobte, leiteten die FROLINAT-Streitkräfte eine große Offensive gegen Malloums Truppen ein und nahmen, obwohl diese Truppen von den französischen unterstützt wurden, Anfang 1979 das Vorgelände der Hauptstadt. Nun war es klar, daß von einer friedlichen Beilegung des Konflikts ohne die FROLINAT keine Rede sein kann. Auf einer im März in Kano (Nigeria) abgehaltenen Konferenz wurde ein Provisorischer Staatsrat unter Ouedéï gebildet. Malloum trat vom politischen Schauplatz ab. Danach wurden nach Kano zwei Konferenzen zur Bildung der Übergangsregierung einberufen, sie waren aber leistungsunfähig, denn sie waren ohne Rücksicht auf das politische Kräfteverhältnis in Tschad beschickt worden.

Erst die Konferenz in Lagos, der Hauptstadt Nigerias, vom August 1979, an der die elf militärisch-politischen Gruppierungen Tschads teilnahmen, konnte durch Vermittlung von Vertretern der afrikanischen Nachbarstaaten ein Abkommen zustande bringen, das einen gangbaren Weg zur friedlichen Beilegung des langwierigen Konflikts in diesem schwergeprüften Land bahnte. Mit Einwilligung aller Teilnehmer wählte die Konferenz Ouedéï zum Präsidenten von Tschad. Im November wurde aufgrund des Lagoser Abkommens die Übergangsregierung der Nationalen Einheit (GUNT) unter Ouedéï gebildet, und in ihr bekam Habré den Posten des Staatsministers für Landesverteidigung.

Gemäß dem Abkommen von Lagos beschloß die GUNT, vor allem N'Djamena durch Entfernung sämtlicher Truppenteile zu demilitarisieren. Das wäre ein wichtiger Schritt zur Normalisierung der Lage

in der Hauptstadt und folglich auch im Land gewesen. Als es jedoch zur Befolgung des einstimmigen Beschlusses kam, trat der Verteidigungsminister zuerst gegen eine völlige Demilitarisierung auf und sabotierte sie dann überhaupt. Mehr noch, im Februar leiteten seine Truppen im Landesinnern militärische Operationen ein, nahmen einige Ortschaften unter ihre Kontrolle und verdrängten von dort die Einheiten des Innenministers, Mahamat Abba Seïds. Damit brachte Habré die meisten Minister gegen sich auf. Die in Paris erscheinende Zeitschrift „Jeune Afrique“ schrieb über die jetzigen Kampfhandlungen in N'Djamena: „Nach Ansicht seiner Kollegen in der GUNT ist Habré der Hauptschuldige an diesem neuerlichen Gewaltausbruch.“

Ende April fand in Lagos eine Sondertagung der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten statt. Sie wurde vor allem einberufen, um die Wirtschaftsprobleme Afrikas zu erörtern, die Teilnehmer hielten es aber auch für notwendig, über die neue Zuspitzung des Konflikts in Tschad zu debattieren und ihn friedlich beilegen zu helfen. Darüber wurde in einer geschlossenen Sitzung und danach in einem Sonderausschuß der Spitzenpolitiker von elf Staaten Afrikas diskutiert. Zu keiner dieser Sitzungen wurden die in Lagos eingetroffenen Vertreter Habrés zugelassen.

In einer Sitzung sprach Präsident Ouedéï ausführlich über die jüngsten Geschehnisse in seinem Land und erlegte die ganze Schuld für den Bruch des Abkommens von Lagos und für die Entfesselung des Waffenkonflikts der Gruppe Habrés auf, die faktisch gegen die legitime Regierung geputscht habe. Ouedéï betonte: „Habré hat ehrgeizige Absichten. Er will mit Waffengewalt die Macht an sich reißen.“ Ouedéï rief Afrika und die friedliebenden Kräfte auf, der legitimen Regierung von Tschad zu helfen. Im Sonderausschuß, der den Konflikt friedlich aus der Welt schaffen soll, sagte Ouedéï, daß von Verhandlungen mit den Putschisten keine Rede sein könne. Nach der Sitzung im Sonderausschuß teilte Kodjo, der Generalsekretär der OAU, Journalisten mit, daß Ouedéï eingewilligt habe, im Interesse Afrikas in Verhandlungen über eine Feueereinstel-

lung zu treten. Habré aber hat eigentlich dadurch alle Brücken zu Verhandlungen abgebrochen, daß er erklärte, nach seinem Ausschuß aus dem Kabinett habe Tschad überhaupt keine Regierung mehr.

Kein Wunder, daß gleich nach der Sondertagung die vorübergehend eingestellten Feindseligkeiten in N'Djamena mit neuer Gewalt wieder aufflammten. Wie Pariser Zeitungen und Presseagenturen melden, haben beide Seiten von den in anderen Landesgebieten stehenden Truppenteilen Verstärkungen bekommen.

Wie aus den Äußerungen Kodjos vor den Journalisten erhellt, hat der Tschad-Sonderausschuß bestätigt, daß das Lagoser Abkommen vom August 1979 in Kraft bleibt und daß er es als Grundlage für eine friedliche Regelung in diesem Land ansieht. Ferner teilte er mit, der Ausschluß habe beschlossen, die Entsendung afrikanischer Friedenskräfte, bestehend aus Truppenteilen Kongs, Guineas und Benins, nach Tschad zu beschleunigen. Der Beschluß, Truppen der drei Länder dorthin zu schicken, wurde in Lagos schon im August v. J. gefaßt. Aber nur Kongo schickte 500 Mann und nahm sie dann wieder zurück, weil — so hieß es — die anderen beiden Länder nicht seinem Beispiel gefolgt waren.

Nach Pressemeldungen zu urteilen, will man dem schon 1979 aufgestellten Plan, in N'Djamena mit Hilfe afrikanischer Friedenstruppen eine Pufferzone zu bilden, jetzt eine feste Grundlage geben. Nigeria, Togo und Guinea haben ein Komitee gebildet, das dafür sorgen soll, daß das Abkommen von Lagos und die Vereinbarung über die Feueereinstellung befolgt werden. Nigeria und Senegal haben zugesagt, materielle und technische Hilfe zu leisten und für den Unterhalt der panafrikanischen Kräfte aufzukommen.

Am 29. April, während der neuerlichen Zuspitzung in Tschad, meldete die France Presse, daß Frankreich seine Truppen von dort zurücknehmen will, was im Lagoser Abkommen von 1979 vorgesehen ist. Dem Beschluß ist ein Besuch vorausgegangen, den ein Pariser Abgesandter N'Djamena abstattete, um mit der tschadischen Regierung „die Zurücknahme oder ein Verbleiben der französischen Truppen in Tschad“ abzusprechen. Allem Anschein nach konnte er nur über die Zurücknahme der französischen Truppen debattieren. Wie die Agentur berichtet, hat ein Teil der Truppen Tschad bereits geräumt. Sie werden nach Kamerun und Gabon verlegt.

N'Djamena. In Erwartung des Gegners

Foto aus „L'Express“



IM BEIDERSEITIGEN INTERESSE

Seit mehr als 20 Jahren arbeiten die Sowjetunion und Japan im internationalen Fischfang zusammen. Viele Meinungsverschiedenheiten traten auf, wurden aber immer im gemeinsamen Interesse gelöst.

Die Fischreichtümer der Weltmeere zu erhalten ist seit langem Anliegen vieler internationaler Foren und bilateraler Verhandlungen über Fischfang. Darum ging es auch im April in Moskau bei den Verhandlungen über den japanischen Lachsfang 1980 im Nordwestteil des Pazifik.

Trotz intensiven Fangs liegt hier noch immer eines der fischreichsten Gebiete der Weltmeere. Hier leben Makrelen, Thunfisch, pazifische Makrelenhechte, Seebarsch, Dorsch und Flunder. Der größte Reichtum aber sind Lachs, Krabben und Hering. Für die UdSSR und Japan ist Fisch ein wichtiges kalorienreiches Nahrungsmittel.

Bei den Verhandlungen 1977—1979 wurden im wesentlichen die Beziehungen der beiden Länder im Fischfang in der 200-Meilen-Zone entsprechend den nationalen Bestimmungen der beiden Staaten neu festgelegt. Die neuen bilateralen Abkommen schaffen die Voraussetzungen für vielfältigere Beziehungen.

Die Empfehlungen der Wissenschaftler haben an Gewicht gewonnen. Ehe die konkreten Beschlüsse gefaßt wurden, beschäftigte sich die gemeinsame Fischfangkommission eingehend mit den Problemen. Sowjetische Wissenschaftler bestätigten, daß die Zahl der Lachsartigen im Nordwesten des Pazifik weiterhin klein ist und der Fang wirkungsvoll geregelt werden muß.

Ebenso wie die anderen Wanderfische entwickeln sich die Lachse teils im Süßwasser, teils im Meer. Im Alter von 1 bis 3 Jahren wandern sie aus den Flüssen ins Meer und nach einigen Jahren zum Laichen zurück. Der Entwurf der Seerechtskonvention spricht

den Staaten, aus denen die Lachse kommen, auf dem gesamten Wanderweg bis zum Eintritt in die Fischfangzonen anderer Staaten Vorzugsrechte zu. Die UdSSR und Japan haben das in ihren Gesetzen schon niedergelegt. Verständlicherweise ist die Sowjetunion an der Erhaltung der Meeresbestände an Lachsartigen interessiert, die in Flüssen des sowjetischen Fernen Ostens laichen.

SIMBABWE

WENN DER ALLTAG BEGINNT

Zum erstenmal in seiner Geschichte beging Simbabwe in diesem Jahr den 1. Mai, der von der Regierung zum Volksfeiertag erklärt worden ist. In allen Städten erläuterten Regierungsvertreter auf Kundgebungen die Aufgaben, die das soeben unabhängig gewordene Land in der Anfangsperiode zu bewältigen hat.

„Wir messen diesem Feiertag der Werktätigen sehr große Bedeutung bei“, sagte Kumbirai Kangai, Minister für Arbeit und Sozialwesen von Simbabwe, in einem Interview für unseren Korrespondenten. „Unsere Wirtschaft wird sich allmählich auf sozialistischer Grundlage entwickeln, und wir wollen das Volk an die ruhmreichen Traditionen der Arbeiterbewegung heranzuführen“.

Zwar ist Simbabwe wirtschaftlich weiter entwickelt als andere afrikanische Länder, doch befanden sich die Arbeiter und Bauern, die vor der Unabhängigkeit den diskriminierenden Gesetzen des Rassistenregimes ausgesetzt waren, in einer „schrecklichen und unerträglichen“ Lage, wie Ministerpräsident Mugabe sagte. In manchen Industriezweigen liegt der Lohn unter dem Existenzminimum. Etwa 1 Million Afrikaner sind arbeitslos (Gesamtbevölkerung rd. 7 Millionen). Bei dem großen Bevölkerungszuwachs (fast 3,5% jährlich) und dem chronischen Stellenmangel wird das zu einem schwer lösbaren Problem.

Die schweren Arbeitsbedingungen

Das hat sie zu dem wissenschaftlich fundierten Vorschlag angeregt, den Lachsfang im Meer gänzlich einzustellen. Fachleute meinen, in den Flüssen ließen sich die Fische, die zu den Laichplätzen gelassen werden müssen, besser von den fangbaren unterscheiden. Diese Fischarten lassen sich auch in Flüssen besser fangen. Wichtig ist auch das Argument, daß nur geschlechtsreife Fische, die sogenannten Produzenten, zu den Laichplätzen ziehen. Auf keinen Fall werden also Jungfische gefangen, wie es im Meer ziemlich häufig geschieht.

Obwohl die sowjetischen Fischer nur in den Flußmündungen fischen, hat die Sowjetunion einer neuen Verhandlungsrunde über Modus und Bedingungen des Hochseelachsfang der

waren die Hauptursache für die landesweiten Streiks im März und April. Die Arbeiter forderten Lohn-erhöhungen und Revision der Arbeitsgesetze. Obwohl die Regierung für die Beschwerden Verständnis hat, rief sie auf, die Streiks zu beenden und die schwierige Periode mit Geduld zu ertragen.

Ein sehr großes Problem ist auch die Bodenvergabe an die afrikanischen Bauern, um so mehr als es mit einem nicht minder komplizierten eng verflochten ist — der Ansiedlung der 500 000 Flüchtlinge, die während des Befreiungskrieges obdachlos geworden sind. Noch gehören 50% der Nutzfläche weißen Farmern und großen Multis wie Anglo-American und Lonrho. 40% der afrikanischen Bauern besitzen überhaupt kein Land. In vielen Gebieten ist die Lebensmittelversorgung katastrophal; auf dem Lande wird fast die Hälfte der Schulen und Krankenhäuser nicht genutzt.

Die Regierung glaubt die Lage dadurch ändern zu können, daß sie den Afrikanern die von den Weißen verlassenen Farmen übergibt, Neuland erschließt und Genossenschaften einrichtet. Letzteres hält die Führung Simbabwes für den besten Ausweg aus der jetzigen Situation. Sie sollen rein freiwillig gegründet werden, wird unterstrichen.

In den kommenden fünf Jahren sollen außerdem für etwa 150 Mio Dollar Bewässerungssysteme auf



Kaviargewinnung in einem Fischereibetrieb im sowjetischen Fernen Osten.

Foto J. Kraminow

Fangquote für die japanischen Fischer wie im Vorjahr auf 42 500 Tonnen fest.

Dafür erstattet Japan der Sowjetunion einen Teil der Kosten für die von ihr in großem Stil betriebene künstliche Aufzucht von Lachsartigen. Diese Summe ist höher als im Vorjahr. Als Deckung liefern japanische Firmen Anlagen für die künstliche Aufzucht von Fischen und die Produktion von leicht verdaulichen Futtergranulaten.

Das in Moskau unterzeichnete Protokoll über den japanischen Lachsfang enthält auch Maßnahmen zur Fangregulierung: die maximalen Fanggrößen und die Abmessungen der Fanggeräte.

Ferner ist der Minimalabstand der zu Wasser gelassenen Netze zweier Schiffe mit 8—10 Kilometer festgelegt worden, damit Platz für die zu den Laichplätzen ziehenden Fische bleibt. Die Fangzeiten stehen genau fest.

Alle Festlegungen sind dazu angetan, die Fischzüge vor übermäßigem Fang zu bewahren. Bevollmächtigte werden über die Einhaltung wachen. Doch das befreit die Fischer nicht von ihrer Verantwortung.

„Bei Fischen wie den Lachsen wird schnell Raubbau betrieben, und deshalb ist die Verantwortung für die richtige und vernünftige Nutzung, die Erhaltung dieser Arten und die Vergrößerung der Individuenzahl außerordentlich groß“, betonte Wladimir Kamenzew, Minister für Fischereiwirtschaft der UdSSR.

T. SCHKOLNIKOWA

japanischen Fischer zugestimmt, weil sie zur Festigung der sowjetisch-japanischen Beziehungen beitragen möchte. Das Protokoll für 1980 legt die

neuen Ländereien gebaut werden. Auf diese Weise will man die Arbeitslosigkeit etwas verringern, einem beträchtlichen Teil der landlosen Bauern Wohnung und Nahrung geben und überhaupt die sozialen Widersprüche mildern.

Die Regierung ist bemüht, ihre Fürsorge für die Werktätigen mit Taten zu beweisen. Afrikanern mit erlerntem Beruf und langer Tätigkeitsdauer werden jetzt Möglichkeiten eingeräumt, die früher nur die Europäer genossen. Der afrikanische Sektor in der Industrie soll vergrößert werden.

„Wir schließen nicht aus“, sagte Kumbirai Kangai, „daß die Arbeiter bald in Planung und Leitung der Produktion mitsprechen. Arbeiterkomitees sind in den Betrieben schon im Entstehen.“

In nächster Zeit will die Regierung einen Mindestlohn festsetzen, so daß sich die materielle Lage Zehntausender Afrikaner verbessert.

Aber für die Mehrheit der Bevölkerung ist eine schnelle Verbesserung des Lebensniveaus kaum zu erwarten. Die heutige Gesellschaft in Simbabwe ist sehr kompliziert, und es wird natürlich lange dauern, bis alle Widersprüche gelöst und alle sozialen Ungerechtigkeiten beseitigt sind.

Nüchterne Beurteilung der Wirklichkeit zeichnet das Programm für die sozialen und ökonomischen Umgestaltungen aus, an dem die Regierung arbeitet.

In seinem Aufruf an das Volk erklärte Robert Mugabe am Tage vor der Unabhängigkeitserklärung, die

Regierung werde sich ganz und gar auf die Belange der Werktätigen konzentrieren. Er warnte vor übereilten und ökonomisch unhaltbaren Entscheidungen, die so manchem unabhängigen afrikanischen Land Schlimmes eingebracht haben.

Das Volk von Simbabwe weiß: Das Wichtigste ist augenblicklich, die

politische Stabilität zu sichern und die nationale Einheit zu festigen. Darin sieht es das Unterpfand für die erfolgreiche Lösung der komplizierten sozialen und wirtschaftlichen Probleme.

B. ASSOJAN
Sonderbericht

Salisbury, im Mai

BIOGRAPHISCHES



KANAAN BANANA
PRÄSIDENT VON SIMBABWE

wurde er zum Magister der Theologie erhoben.

Anfang der 70er Jahre trat er dem Afrikanischen Nationalrat (ANC) bei, dem es darum ging, die afrikanischen Massen mit legalen Mitteln zum Widerstand gegen das Smith-Regime aufzubieten. Er war Vizepräsident des Exekutivkomitees des ANC. 1975 wurde er von den rassistischen Behörden verhaftet.

Nachdem die Genfer Verfassungskonferenz für Rhodesien gescheitert war, sagte er sich Ende 1976 vom ANC los und wandte sich öffentlich gegen die

versöhnlerische Politik Bischof Muzorewas.

1977 wurde er Sekretär der Informationsabteilung der Volksbewegung, des inneren Flügels der Afrikanischen Nationalunion (ZAPU) unter Robert Mugabe, und kämpfte tatkräftig für den Sturz des Rassenregimes in Rhodesien. Nach dem Verbot der Volksbewegung wurde Banana 1977 erneut verhaftet und 2 Jahre hinter Gittern gehalten.

Am 11. April 1980 wurde er zum ersten Präsidenten des unabhängigen Simbabwe gewählt.

Die Rauschgiftsucht richtet Millionen Menschen zugrunde. Sie wird in vielen Ländern zu einer wahren Katastrophe.

Über ihre Bekämpfung hat unser Korrespondent Wladimir Rosen EDUARD BABAJAN, den Leiter einer Verwaltung im Gesundheitsministerium der UdSSR, interviewt, der dem Ständigen Komitee für Drogenkontrolle bei diesem Ministerium vorsteht und die UdSSR in der Kommission des UNO-Wirtschafts- und Sozialrats für narkotische Drogen (im weiteren kurz Drogenkommission des ECOSOC) repräsentiert.



RAUSCHGIFTSUCHT – EIN SOZIALES ÜBEL

„NZ“: In den letzten Jahren wird das Problem der Rauschgiftsucht im Westen immer akuter. Litten früher vor allem die USA mit ihren 200 000 Heroinsüchtigen darunter, so ist das Übel jetzt auch in Westeuropa weit verbreitet. In der BRD beispielsweise sind über 80 000 Personen süchtig und starben voriges Jahr mindestens 600 infolge Heroinmißbrauchs. Dort wurden 1979 insgesamt 5,4 t dieses tödlichen Gifts verbraucht und konnte die Polizei nur 207 kg beschlagnahmen.

Wie erklärt sich das alles?

E. B.: Man versucht im Westen natürlich, die Drogensucht in den einzelnen Ländern und international zu bekämpfen. Wie allgemein bekannt, kämpft man dort aber eher mit ihren Erscheinungen als mit den Ursachen, die sozialer Natur sind. In erster Linie sind es die Massenarbeitslosigkeit, die Not, die Ungeißeltheit, was der morgige Tag bringt. Die immer akuter Wirtschaftskrise und Inflation zieht vor allem die Jugend in Mitleidenschaft. Selbst nach einem Studium können viele keine Beschäftigung finden.

Man kann einwenden, daß an dieser Krankheit nicht wenige Mitglieder wohlhabender Familien leiden. Gewiß. Die Ursache liegt aber — was man übrigens im Westen nicht verhehlt — in der Enttäuschung über die Werte, auf denen die kapitalistische Gesellschaft beruht.

Um die sozialen Ursachen von der Hand zu weisen, behauptet man zuweilen, es gebe eben Menschen, deren Organismus Drogen brauche. Man führt auch noch andere biologische Ursachen an. Aber nicht darum geht es. Das Überhandnehmen der Sucht im Westen ist ein Symptom der tiefen allgemeinen Krise in der kapitalistischen Welt.

Leider gehen die Behörden mancher Länder auch den Weg des geringsten Widerstandes und versuchen es damit, den Gebrauch mancher Narkotika gesetzlich zu erlauben. Marihuana, Haschisch und andere werden als milde Drogen bezeichnet, die nicht ernsthaft schaden könnten. Das ist aber ein Irrtum. Durch beliebige Narkotika wird der menschliche Organismus, besonders der junge, noch ungefestigte, ernsthaft geschädigt.

Im August 1977 sagte Präsident Carter im US-Kongreß: „Das Leben Hunderttausender, die Drogen mißbrauchen, ist ernstlich bedroht. Die Sicherheit der Gesellschaft ist nach wie vor durch das Überhandnehmen der Verbrechen auf offener Straße gefährdet, die mit Rauschgiften zusammenhängen, und die enormen Einnahmen aus dem Schwarzhandel mit ihnen helfen, die Macht und den Einfluß des organisierten Verbrechens aufrechtzuerhalten. Unter den jungen Amerikanern zwischen 18 und 24 Jahren steht als Todesursache die Sucht an vierter Stelle und bleibt nur hinter den tödlichen Autounfällen, den Morden und Selbstmorden zurück.“

Der Präsident sagte auch, der Rauschgiftmißbrauch müsse gesetzlich rigoros bekämpft werden. Über Marihuana äußerte er jedoch folgendes: „Die Frage des Marihuana ist noch immer widerspruchsvoll. In vier Jahrzehnten der Versuche, ihren Gebrauch durch strenge Gesetze zu unterbinden, ist nichts erreicht worden. Über 45 Millionen Amerikaner haben Marihuana probiert, über 11 Millionen rauchen es regelmäßig. Ich stimme einem Gesetz zu, durch das das Bundesgesetz korrigiert wird und alle Bundesverbote, bis zu einer Unze Marihuana zu

besitzen, aufgehoben werden.“

Kein Wunder, daß sich das Marihuana durch diese Kapitulation noch mehr in den USA verbreitet. Gefährlich ist eine solche Stellungnahme auch deshalb, weil die Marihuana-raucher, wenn sie sich an dieses Kraut erst gewöhnt haben, andere Rauschgifte versuchen und alle durcheinander genießen. Dort ist es modern geworden, Mischungen aus Narkotika und psychotropen Mitteln herzustellen, was merklichen Schaden anrichtet.

Auf der am 20. April zum Abschluß gekommenen Wiener 6. Sondertagung der Drogenkommission des ECOSOC wurden Zahlen bekanntgegeben, die von einem erschreckenden Überhandnehmen der Sucht im Westen, auch in den USA, zeugen. In den amerikanischen Bundesentwöhnungsanstalten allein wurden 1978 213 400 Personen behandelt, von denen 96 969, d. h. etwa 45%, das gefährlichste Gift, Heroin, gespritzt hatten.

Die Zahlen geben aber kein vollständiges Bild. Nicht alle Süchtigen lassen sich behandeln, und außerdem bestehen Entwöhnungsanstalten der einzelnen Bundesstaaten. Nach Angaben derselben Kommission gebrauchten im Jahre 1977 16 210 000 Personen Präparate aus Cannabis (indischem Hanf), 1 640 000 Kokain, 1 780 000 Amphetamine (Aufputschmittel) usw. In dieser Situation wird eine Milderung der Gesetze selbst im Hinblick auf einzelne Narkotika, meiner Ansicht nach, sehr folgeschwer sein.

„NZ“: Ich gestatte mir, auf Westeuropa zurückzukommen. Dort ist es in allgemeinen Zügen genau wie in den USA. Jedermann weiß, wie schädlich Cannabis und das daraus hergestellte Haschisch ist. Die In-

terpol hat in ihrer Vollversammlung vom Oktober 1978 in einer einstimmig gefaßten Entschließung alle Regierungen davor gewarnt, den Cannabisgenuß zu legalisieren.

In 18 kapitalistischen Ländern bestehen aber Lobbys von Firmen, die den Anbau und Import von Cannabis und die Haschischerzeugung betreiben. In der BRD haben sie die Gesellschaft Inhale (Initiative Haschisch legal) gebildet, die eine völlige Legalisierung des Haschischs fordert. Man will sogar in Amsterdam eine „Weltkonferenz“ für eine Vereinigung der Legalisierungsbestrebungen einberufen. Die Ursachen dieser Aktivität liegen auf der Hand: Der Rauschgifthandel ist ja, ob legal oder illegal, sehr einträglich. Die Einkünfte der Drogenlieferanten, die sich zu straff organisierten multinationalen Konzernen vereint haben, sind kolossal.

E. B.: Zweifellos ist das eine der einträglichsten illegalen Branchen, und sie fügt der Allgemeinheit enormen Schaden zu. Mit den Verhaftungen und der Beschlagnahme manchmal sogar großer Drogenpartien kann das Problem nicht gelöst werden. Das Geschäft ist derart lohnend, daß es einen der größten Einnahmeposten der amerikanischen Mafia darstellt.

„NZ“: Es ist doch paradox: Je energischer die Polizei vorgeht, desto kostspieliger werden die Drogen, denn das Risiko soll ja aufgewogen werden. Selbst auf frischer Tat erappte Schmuggler brauchen nicht lange zu sitzen, denn sie haben die besten Anwälte und manchmal Verbindungen zur Polizei und zu den Fahndungsbehörden.

In Italien haben manche Politiker sogar vorgeschlagen, Rauschgifte legal an Süchtige abzugeben. Das würde, so meinen sie, dem Schwarzmarkt Boden entziehen.

E. B.: In Italien, England und einigen anderen Ländern werden „milde“ Drogen an Süchtige verabfolgt. Man glaubt, diese werden so aufhören, ein derart tödliches, halluzinogenes, den Willen und die Denkfähigkeit beeinträchtigendes Mittel wie LSD zu nehmen. Für dieses Vorgehen wird noch ein Argument angeführt. Die Überfälle fast tobstüchtiger Subjekte auf Ärzte mit der Forderung, ihnen Rezepte auszustellen, die Einbrüche in Apotheken und die im Rausch begangenen Verbrechen würden seltener werden.

So etwas ist nicht neu. Viele Jahre lang glaubte man, eine der besten Entwöhnungsmethoden bestehe darin, Drogen rationiert abzugeben. Ferner versuchte man, sie durch andere Präparate zu ersetzen.

Diese erwiesen sich aber als ebenso gefährlich wie die gängigen Rauschgifte, und später wurden sie auch auf die Kontrolllisten gesetzt.

Eine Analyse der langjährigen Erfahrungen mit der Ersetzung von Rauschgiften durch andere, noch nicht unter Kontrolle stehende Mittel oder mit der Verabfolgung von Drogenrationen hat eindeutig erwiesen, daß solche Maßnahmen nichts taugen, daß sie zu einem schnellen Persönlichkeitsverfall und zum Tode führen. Faktisch war das keine Bekämpfung der Sucht, keine Behandlung der Süchtigen, sondern sozusagen eine Aussöhnung damit, daß Narkotika ohne ärztliche Verordnung genommen werden.

Wir haben in der Drogenkommission wiederholt erklärt, daß die rationierte Verabfolgung nichts anderes als eine Abmachung des Arztes mit dem Süchtigen auf Kosten von dessen Gesundheit und Leben ist, und schließlich geht es der Gesellschaft, die die Einnahme von Rauschgiften ohne ärztliche Verordnung als unzulässig ansieht, doch um Menschenleben. Wahrscheinlich meint man, daß die legale Ausgabe von Rauschgiftrationen Ärzten, Apothekern und der Polizei Unannehmlichkeiten erspart.

Ich halte die schwerere Methode, das Verbot der Rationen, für die humanste, denn sie zielt auf den Gesundheitsschutz ab. Die Sucht ist ja eine Krankheit, und Kranke soll man planmäßig und gründlich behandeln, wie man das in der UdSSR macht, wenn nötig, sogar zwangsweise. Süchtige werden natürlich auch im Westen behandelt, aber in den meisten Fällen reichen die Mittel und die Heilanstalten nicht aus.

Die Hersteller, Schmuggler und Händler des tödlichen Giftes werden im Westen bekämpft, aber nicht überall rigoros genug. Die Praxis lehrt, daß international aufeinander abgestimmte energische Maßnahmen greifbare Resultate zeitigen. Lange war z. B. Marseille ein Umschlaghafen und Absatzmarkt von Heroin, das dort auch hergestellt wurde. Dank der Zusammenarbeit der französischen Polizei mit denjenigen anderer Länder konnte die „französische Verbindung“ abgeschnitten werden und konnte man mehrere illegale Labors schließen.

Als großes Umschlagzentrum für Rauschgifte gilt Amsterdam. Dort trieben bis vor kurzem chinesische „Triaden“ ihr Unwesen, Verbrechersyndikate, die Heroin herstellten und es in Europa und von dort in den USA einschmuggelten. In letzter Zeit konnte die Polizei ihre Handlungsfreiheit etwas einengen. Da stellen sie sich auf andere Liefer-

wege um. Es wird gemeldet, daß jetzt viel Rauschgift über die BRD geht, und ein Teil bleibt natürlich dort hängen.

Die Drogenkommission des ECOSOC untersucht nach offiziellen Angaben der Regierungen die jeweilige Situation und legt gemeinsame Maßnahmen fest. Wichtige Informationen liefert uns auch die Interpol. Die Untersuchung zeigt, daß der Schwarzhandel mit Rauschgiften in den meisten westlichen Ländern letzthin zunimmt und daß die Drahtzieher größere Welligkeit an den Tag legen.

„NZ“: Bisher sind Hongkong und das an Südchina grenzende „Goldene Dreieck“ — die Grenzgebiete Thailands, Burmas und Laos — die

„Garantiert hundertprozentiges“ reines Heroin in chinesischer Fabrikverpackung



Hauptlieferanten von Morphin und Heroin. Die im Dschungel verborgene gebirgige Gegend ist ein Tummelplatz chinesischer Schmugglerbanden. Ihnen paßt die durch Pekings aggressive Politik verursachte unsichere Lage in diesem Raum nur zu gut. Die thailändischen Behörden veranstalten dort zwar einzelne Razzien, aber ihr alleiniges Vorgehen ergibt nicht viel. Nach vereinzelt Mittellungen zu urteilen, sind jetzt sogar Labors für Heroin eingerichtet worden. Es wird auch in den Chinesenvierteln Hongkongs erzeugt.

E. B.: Ja. Die VR China nimmt nicht an der Bekämpfung des Rauschgiftschmuggels und -handels teil. Sie ist keiner einzigen Konvention über die Drogenkontrolle beigetreten und liefert weder der Drogenkommission des ECOSOC noch anderen Weltorganisationen Angaben. Erfolgreich kann der Kampf gegen die Verbrechersyndikate aber nur bei einem umfangreichen Zusammenwirken der einschlägigen Stellen vieler Staaten sein.

Eine internationale Zusammenarbeit ist auch in anderer Hinsicht wichtig: im Sinne des Austauschs von Informationen über das Aufkommen neuer Rauschgifte und ihre Wirkung, über Behandlungsmethoden und Medikamente. Außer der erwähnten Drogenkommission des ECOSOC befassen sich damit die Narkotika-Abteilung der UNO, die einschlägigen Abteilungen der Weltgesundheitsorganisation und der Internationale Rat zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Suchtgefahr.

„NZ“: Wird die sowjetische Jugend von dieser gefährlichen „Mode“ nicht angesteckt?

E. B.: Nein. Die Zahl der erfaßten und in Behandlung stehenden Süchtigen bei uns steigt nicht, sondern sinkt. Voriges Jahr waren bei uns rund 2700 Süchtige gegenüber etwas mehr als 3000 im Jahre 1978 eingetragen. Es sind meistens chronisch Kranke und Invaliden, die, um ihre Leiden zu mildern, Morphin und Kodein nehmen und dadurch süchtig geworden sind. In Einzelfällen wird Rauschgift aus wildwachsenden Hanfarten genommen. Der Anbau von indischem Hanf ist bei uns schon lange verboten, der von Opiummohn seit 1974.

In der UdSSR ist kein einziger Fall von Heroinsucht festgestellt, Heroin ist schon lange aus der Pharmakopöe gestrichen und seine Herstellung verboten. Das LSD ist bei uns unbekannt, die Kokainsucht ausgemerzt.

Wie wir das erklären? Vor allem mit den sozialen Verhältnissen. Wir

haben keine Arbeitslosigkeit, soziale Erscheinungen wie Bettelerei, Landstreicherei und Prostitution sind behoben, an den Ober- und Hochschulen herrscht eine gesunde Atmosphäre, die Jugend hat Gelegenheit, sich in nützlicher Betätigung hervorzu tun.

Ein anderer wichtiger Faktor ist die Tatsache, daß die Arzneimittelherstellung und die Apotheken in staatlichen Händen sind. Dadurch werden das Sortiment und die Menge der Narkotika je nach dem Bedarf für ärztliche und wissenschaftliche Zwecke festgesetzt, und die Abgabe in den Apotheken auf ärztliche Rezepte wird strikt kontrolliert. Ein wichtiges Moment möchte ich hervorheben. Nicht nur strenge Gesetze verhindern, daß Rauschgifte in unserem Land verbreitet werden. Wir haben Möglichkeiten zu effektiven medizinischen Maßnahmen. Bei uns bestehen z. B. narkologische Dispensare und in manchen Krankenhäusern spezielle Stationen, die Patienten werden sehr sorgfältig und, falls nötig, lange behandelt.

Für diese ganze Tätigkeit und für sämtliche internationalen Kontakte auf diesem Gebiet ist das Ständige Komitee für Drogenkontrolle beim Gesundheitsministerium der UdSSR zuständig.

„NZ“: Welche Rolle spielt die UdSSR bei der einschlägigen internationalen Zusammenarbeit?

E. B.: Darüber wäre viel zu sagen, ich will mich aber auf die wichtigsten Fakten beschränken. Die UdSSR hat sämtliche wichtigen Konventionen unterzeichnet und ratifiziert, die die Kontrolle über psychotrope Stoffe und Narkotika betreffen. Auch betätigt sie sich rege in der Kommission für Drogenkontrolle, gibt viele Anregungen und bringt Entwürfe sehr wichtiger Resolutionen ein.

Angenommen und in Kraft gesetzt wurden Resolutionen über eine strikte Kontrolle der Hanfpräparate, über ein Verbot des Heroins und der Benutzung von LSD. Leider sind sie mit einigen Veränderungen angenommen worden. Infolge der Bemühungen westlicher Länder, namentlich der USA, hat man unsere Anträge etwas „gemildert“. Unsere westlichen Partner haben Zusätze durchgebracht, laut denen die Benutzung solcher Präparate zugelassen wird. Trotzdem haben wir einige Resultate aufzuweisen.

Es erregt jedoch Besorgnis, daß die USA, obwohl dort sehr viel psychotrope Stoffe erzeugt werden, die Wiener Konvention von 1971 bezüglich einer Kontrolle über diese Mittel, unter denen höchst gefährliche sind, noch immer nicht ratifiziert

haben. Die erwähnte Tagung der Kommission für Drogenkontrolle beim ECOSOC vom Februar nahm einige Resolutionen an. Eine enthält wieder die Aufforderung an die solche Mittel erzeugenden Länder, die Ratifizierung der Konvention zu beschleunigen. Die USA zeigen aber noch immer keine Eile. Ich möchte hinzufügen, daß in den letzten zwei oder drei Jahren in der Überseepresse Meldungen aufgetaucht sind, daß in Gefängnissen an Häftlingen Experimente mit derart gefährlichen Präparaten wie LSD angestellt worden sind. Angesichts dieser Tatsachen ist auch das Verhalten der Vertreter Washingtons begreiflich, die schon 1964, 1965 und 1967 gegen strikte Maßnahmen zur Kontrolle über LSD und gegen sein Verbot auftraten.

Alles in allem entwickelt sich aber die internationale Zusammenarbeit in unserem Tätigkeitsbereich gut. Wir sind an Organen der UNO beteiligt, und ich bin Vizepräsident des Rats zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Suchtgefahr. Zu seinen Konferenzen finden sich namhafte Spezialisten aus vielen Ländern ein, tauschen ihre Meinungen aus und machen zuweilen sehr wertvolle Vorschläge.

Ersprößlich arbeiten wir auch mit der Weltgesundheitsorganisation zusammen. Sowjetische Spezialisten sind Mitglieder von Experten- und Beratergruppen und betätigen sich bei Kolloquien der WHO. 1978 und 1979 haben laut Plan der WHO in Moskau und in Sowjetrepubliken Mittelasiens Kolloquien über Rauschgiftkontrolle sowie über die unschädliche Verwendung psychotroper Mittel und Narkotika stattgefunden, an denen Vertreter von kapitalistischen und von Entwicklungsländern teilnahmen. Bei diesen Zusammenkünften haben wir erst in Moskau und dann in Usbekistan und Tadschikistan die Gäste damit bekannt gemacht, wie unsere Apotheken und Heilstätten funktionieren und wie das Ständige Komitee für Drogenkontrolle arbeitet. Nach Ansicht der Teilnehmer sind die Kolloquien erfolgreich vonstatten gegangen. Ganz besonderen Eindruck machten unsere mittelasiatischen Republiken. Es ist ja allgemein bekannt, daß es früher in Usbekistan und Tadschikistan üblich war, Opium und Haschisch zu gebrauchen. Jetzt sind sie ganz außer Gebrauch. Unsere Gäste haben konstatiert, daß dazu die günstigen sozialen Verhältnisse beigetragen haben.

Wir teilen unsere Arbeitsmethoden und unsere Erfahrungen gern den Vertretern anderer Länder mit.

In letzter Zeit habe ich mehrfach von Großangriffen vietnamesischer Truppen auf Stellungen der Pol-Pot-Armee gelesen. Das kann die Lage in ganz Südostasien noch weiter komplizieren.

Fernando da SILVA
Jaffna, Sri Lanka



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Juri Tawrowski

Zunächst möchte ich erinnern, daß die kampucheanischen Patrioten und Teile der vietnamesischen Volksarmee die regulären Truppen des Phnom-Penh-Regimes schon im Januar 1979 gemeinsam außer Gefecht setzten. Ein Teil wurde vernichtet, andere desertierten oder ergaben sich. 45 000 Pol-Pot-Banden wurden im Frühjahr und Sommer 1979 bei der Befreiung der Gebirgs- und Waldgebiete an der thailändischen Grenze unschädlich gemacht. Pol Pot, Ieng Sary und Khieu Samphan flohen mit den Resten der bewaffneten Banden nach Thailand, und von dort wagen sie sich nur selten nach Kampuchea vor.

Gegen eine nichtexistente Armee können keine „Angriffe“ geführt werden. Natürlich wird gegen kleine Banden vorgegangen, und deren Tage sind gezählt. Ich glaube, das ist auch denen im Westen klar, die schon lange eine vietnamesische „Generaloffensive“ prophezeien. Warum sie die Weltöffentlichkeit falsch informieren, will ich zu erklären versuchen.

Unter anderem soll die keineswegs den Tatsachen entsprechende Vorstellung erweckt werden, der Revolutionäre Volksrat und seine Streitkräfte seien schwach, damit die anderen Staaten nicht so bald diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik Kampuchea herstellen, weil die Regierung ja „nicht das gesamte Territorium unter wirksamer Kontrolle hat“.

Aber wohl die boshafte Absicht ist, Thailand und die anderen ASEAN-Staaten ins Bockshorn zu jagen. Ihnen wird gesagt, die kampucheanischen Regierungstruppen und die sie unterstützenden vietnamesischen Einheiten könnten jeden Augenblick in die Nordprovinzen Thailands, den Zufluchtsort der Banden, einfallen. Dann aber werde nach dem „Dominanzprinzip“ ein südostasiatischer Staat nach dem anderen „Beute der Vietnamesen“. Da bleibe nur ein Weg: die antivietnamesische und antikampucheanische Politik zu aktivieren und die ASEAN zu einem eng mit den USA und China liierten Militärblock zu machen.

Das alles zeigt doch wohl deutlich, was die imperialistischen Kreise und Peking in Südostasien vorhaben. Dort sollen Mißtrauen und Instabilität erzeugt und die indochinesischen mit den anderen Staaten dieser großen Region verfeindet werden. Die Beweise: Die USA liefern der thailändischen Armee immer mehr Waffen. Peking hat Thailand für einen „vietnamesischen Angriff“ Hilfe zugesagt.

Während Washington und Peking

provokatorisch die Spannung zu schüren trachten, bleiben Hanoi, Vientiane und Phnom Penh fest, bewahren Sicherheit und Ruhe und koordinieren ihre Friedensbemühungen. Schon bei ihrem Außenministertreffen im Januar d.J. schlugen die drei Staaten vor, mit jedem einzelnen ASEAN-Land einen Nichtangriffsvertrag zu schließen, und sie bemühen sich weiter, die Lage zu entspannen und in der ganzen Region gutnachbarliche, gegenseitig vorteilhafte Beziehungen herzustellen. Der Außenminister der SRV war unlängst in Kuala Lumpur und wird am 17. Mai in Bangkok erwartet.

In den ASEAN-Staaten melden sich in letzter Zeit realistisch denkende Politiker zu Wort, denen es im Fahrwasser der abenteuerlichen Politik Chinas und der USA zu gefährlich ist. Sie wollen die Beziehungen zu Vietnam, Kampuchea und Laos realistischer betrachtet wissen.

Hoffen wir, daß die giftigen Verleumdungen ihr Ziel nicht erreichen und ganz Südostasien eines Tages — wie es Vietnam und seine Freunde wollen, zu einer Zone des Friedens und der Stabilität wird.



Erläutern Sie bitte die Primaries in den USA.
W. LEWASCHOW
Barnaul, UdSSR

Die Primaries im Jahr der Präsidentschaftswahlen in den USA sollen vor allem das Kräfteverhältnis in den beteiligten Parteien und die Popularität der Kandidaten erweisen. In ihrem Verlauf wird ein Teil der Delegierten für die Nationalkongresse der Demokratischen und der Republikanischen Partei gewählt, die wiederum ihren Präsidentschaftskandidaten benennen. In einigen Staaten werden die Delegierten auf lokalen Parteikongressen gewählt.

In diesem Jahr finden 33 Primaries mit beiden Parteien und mehrere für Demokraten und

Republikaner gesondert statt, die letzten am 3. Juni in Westvirginia.

Für die Primaries bestehen mehrere Regeln. Einmal votieren die Wähler für oder gegen einen Kongreßdelegierten, von dem sie schon wissen, wen er unterstützt. Ein andermal geben sie dem Präsidentschaftskandidaten und dem Kongreßdelegierten ihre Stimme.

Die US-Presse verhehlt nicht, daß selbst der Kandidat, der die Wähler hinter sich hat, aus dem Rennen geworfen werden kann, wenn es ihm an Mitteln für den teuren Wahlkampf fehlt.

Wie human!

Im ägyptischen Parlament wurde darüber debattiert, in welcher Eigenschaft sich der Ex-Schah in Ägypten aufhalten wird. Man kann ihm kein politisches Asyl gewähren, denn laut Verfassung ist das nur bei Personen zulässig, „die wegen einer Verteidigung von Völkern, im Kampf für Gerechtigkeit, für Frieden oder Menschenrechte verfolgt sind“. Das trifft für Mr. Pahlawi ganz und gar nicht zu. Wie die Wochen-schrift „Sabah al-Kheir“ (Kairo) berichtet, dauerten die Debatten drei Stunden. Mit vereinten Kräften fand man eine passende Formulierung: Man gewähre dem Schah Asyl aus „Tradition und humanen Beweggründen“. Das ist unverkennbar eine amerikanische Formel, aber schlimmstenfalls geht sie auch.

Zur gefälligen Auswahl



Die Zeitung „Pais“ (Spanien) berichtete, daß unlängst die Tochter eines britischen Lords ein Söhnchen zur Welt brachte. Die adlige Mama, die ein lustiges Leben geführt hat, konnte nicht genau sagen, wer der Kindvater ist. Deshalb beschloß der Familienrat, zur Taufe sechs vermutliche Väter einzuladen. Einige englische Blätter druckten die Meldung in ihrer Gesellschaftschronik nach. Harold Brooks-Baker, der Herausgeber eines Nachschlagebuchs über die britische Hautevolee, von dem die Nachricht stammte, behielt aber den Namen der lustigen Mama für sich

und nannte auch die der Vaterschaft Verdächtigen nicht, denn unter ihnen soll der Sohn eines anderen Lords sein.

Vierbeiniger Luxus



Ein Sprecher der Regierung Paraguays erklärte, der gestürzte Diktator Nikaraguas, Somoza, habe Erlaubnis, sich im Nordwesten Paraguays eine Ranch zu kaufen. Dort eigne sich der Boden für die Viehzucht, und der Ex-Diktator könne sich seinen langgehegten Traum erfüllen, einen makellos weißen Schimmel zu züchten. Aber wozu braucht er ihn eigentlich noch? Er wird ja nie hoch zu Roß in Managua Einzugs halten.

Wozu noch büffeln?

Die Beamten der EG-Kommission, des obersten Organs der EG in Brüssel, hätten ausgezeichnete Möglichkeiten, „tagelang betrunken unter dem Tisch zu liegen“ und „allerlei Ausschweifungen zu fröhnen, die ihnen gerade in den Kopf kommen“. So hat Roy Denman, der Chef der außenpolitischen Abteilung dieser Kommission, in einem speziellen Bericht die dortigen Zustände geschildert und hinzugefügt, die Leitung sei außerstande, für eine zügige Tätigkeit dieser Körperschaft zu sorgen.

Schweigen ist Gold

Wie sich jetzt herausstellt, war der skandalöse Einbruch in den Räumlich-

keiten der Demokratischen Partei der USA im Hotel Watergate nur Teil eines Plans der Republikaner, wie sie ihren Kandidaten um jeden Preis ins Weiße Haus bringen wollten. Gordon Liddy, einer der Einbrecher, der während des Untersuchungsverfahrens und des Prozesses kein Wort über die Lippen brachte und dafür die Sphinx genannt wurde, hat jetzt den Mund aufgemacht. Ihm ist „eingefallen“, daß er Auftrag hatte, Ellsberg zu diskreditieren, der Geheimdokumente des Pentagons über dessen Vietnamabenteuer veröffentlicht hatte. Liddy sollte ihm bei einem Empfang ein Rauschgift ins Essen schütten und ihn so öffentlich als Süchtigen hinstellen. Die Sache scheiterte daran, daß die Zustimmung des Sonderberaters von Präsident Nixon zu spät kam. Nachdem Liddy knapp ein Viertel der 20jährigen Haftstrafe abgesessen hatte, kam er frei. Man fragt sich, ob das nicht die Belohnung für sein Schweigen ist.

Selbst ist der Mann



Der Feuerwerker Schmidt-Tepken von der Düsseldorfer Polizei zeichnete sich durch Eifer aus. Am 16. Mai 1979 entdeckte und entschärfte er eine Bombe unter einem Rednerpult, von dem aus der CDU-Vorsitzende Kohl sprechen sollte. Am 30. November tat er das gleiche in einem Auto, das vor der Polizeikaserne parkte. Jemand hatte aber gemerkt, daß er die entschärften Bomben nicht beim Labor der Polizei ablieferte, wozu er verpflichtet gewesen wäre. Man stellte fest, daß er beide Mal ein und diesel-

be Bombe „gefunden“ und „entschärft“ und sie oben-drein selbst gelegt hatte.

Kamele im Ring



In der Türkei ist die Zeit der Kamelekämpfe angebrochen. Abgerichtete Kamele versuchen einander umzuwerfen und Schläge mit dem Hals zu versetzen. Schiedsrichter verfolgen mit Argusaugen die Kämpfe, zählen Punkte und bestimmen, wann ein Tier knockout ist. Der Besitzer des Siegers bekommt 100 Dollar. Manchmal ziehen es die Kamele aber vor, friedlich das Feld zu räumen oder, von ihrem Besitzer gereizt, diesen anzufallen. Einer war so rabiat, daß das Tier ihm einen Finger abbiß, wofür es disqualifiziert wurde. Offenbar haben die Kamele einen tierischen Haß auf den Profisport.

Wurst wider Wurst

Die Polizei der Grafschaft Yorkshire (England) führte eine großangelegte Operation durch, um festzustellen, ob die für ausländische Firmen fahrenden LKW-Schofföre die Verkehrsregeln befolgen. Mindestens jeder vierte, den die Polizei anhielt, mußte laut „Guardian“ Strafe zahlen, und fünf — zwei Franzosen, zwei Iren und ein Holländer — sind gerichtlich belangt worden. Warum so streng? „Unseren Fahrern geht es auf dem Kontinent auch nicht besser“, erklärte Inspektor Emmott, der die Operation leitete, und ließ damit durchblicken, daß sich die britische Polizei bei den Ländern des Kontinents hatte revanchieren wollen.

Zeichnungen:
V. Trintschenko

Kürzester Weg von Europa nach Iran über die UdSSR

Transport von Containern aus jedem großen nordwesteuropäischen

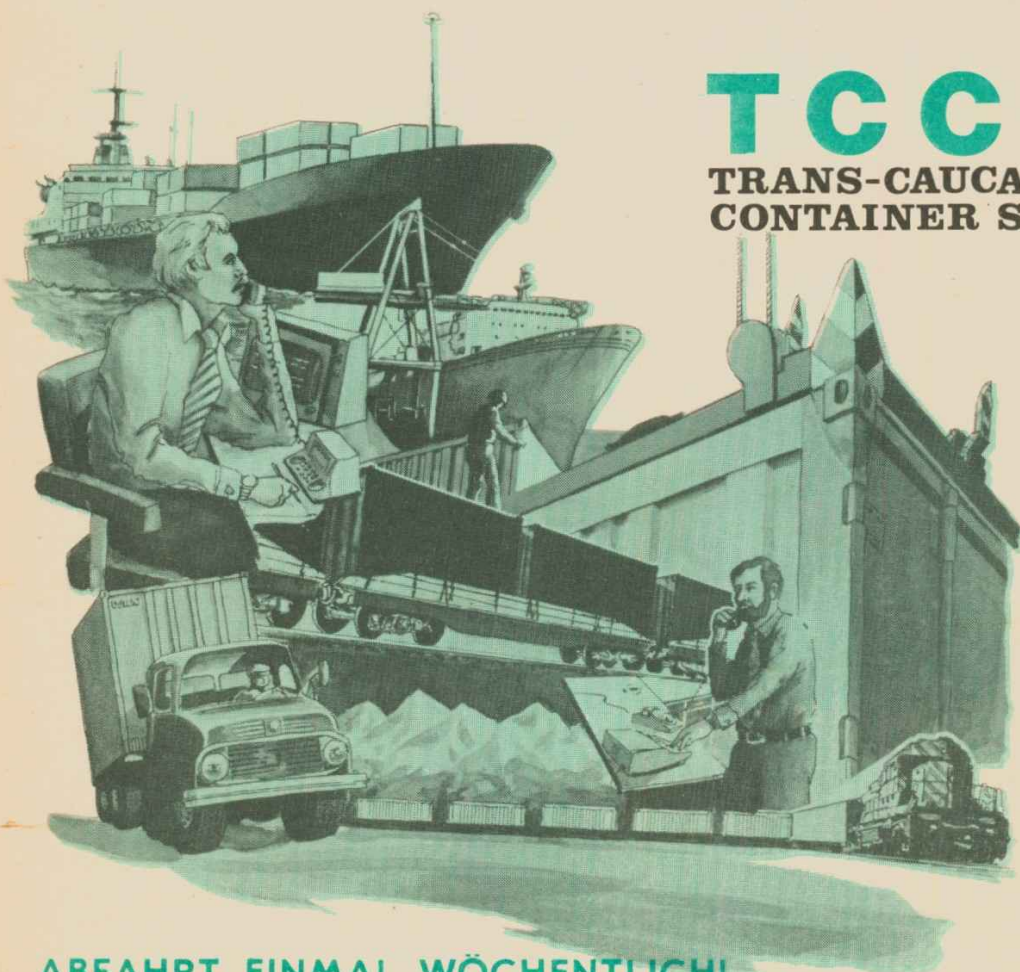
Hafen nach Leningrad, Riga, Tallinn und Klaipeda über die
Ostseereederei

Lettsche Reederei

Estnische Reederei

TCCS

TRANS-CAUCASIAN CONTAINER SERVICE



ABFAHRT EINMAL WÖCHENTLICH!

Weiter per Bahn nach Dshulfa

Auskünfte über das Verladen und die Abfahrten aus den Häfen erteilen:

Ostseereederei
UdSSR, Leningrad
Meshewoi Kanal 5,

Telegrammanschrift: Morflot, Leningrad

Telex: 501, 502, 503

Lettsche Reederei
UdSSR, Riga
Boulevard Padomiu 2,

Telegrammanschrift: Morflot, Riga

Telex: 1119, 1170

Estnische Reederei
UdSSR, Tallinn
Boulevard Estonia 3/5

Telegrammanschrift: Morflot, Tallinn

Telex: 173123

Anfragen an Generaldispatcher TCCS der V/O „Sojustransit“
UdSSR, Moskau, Smolenskaja-Sennaja 32/34

Telegrammanschrift: Wneshttrans Moskwa Telex: 7291, 7292

Der kleine Inselstaat liegt 300 km vor der Westküste Zentralafrikas. Er hat ein Areal von 964 km² und rund 90 000 Einwohner. Außer São Tomé und Príncipe gehören noch mehrere kleine Inseln dazu.

Die Inselgruppe wurde 1471 entdeckt und zu portugiesischem Besitz erklärt. Auf dem fruchtbaren vulkanischen Boden wurden Plantagen angelegt und zu ihrer Bearbeitung Tausende Sklaven aus den Nachbarländern herange-



Die Inseln liegen im Golf von Guinea

Im Objektiv: DIE DEMOKRATISCHE REPUBLIK SÃO TOMÉ UND PRÍNCIPE



Eine Straße im Zentrum der Hauptstadt São Tomé



Er ist aus einer alten Fischerfamilie

In der nach Agostinho Neto benannten staatlichen Wirtschaft werden Kakaobohnen geerntet

schaft. Wiederholt erhoben sich die Afrikaner gegen die Sklaverei. Nach langjährigem Kampf errang das Volk die Unabhängigkeit, die am 12. Juli 1975 proklamiert wurde.

Die Regierung der jungen Republik leitete fortschrittliche Umgestaltungen ein. Schon sind 39 große landwirtschaftliche Betriebe verstaatlicht, die Kakaobohnen, Kaffee, Kopra und andere Nutzpflanzen für den Export anbauen. Sie nehmen 92% des bestellten Bodens ein. Allmählich wächst die Effektivität der staatlichen Wirtschaften. Der Schulbesuch und die medizinische Betreuung sind jetzt kostenlos.

Eine führende Rolle spielt die Bewegung für die Befreiung von São Tomé und Príncipe. Sie knüpft immer festere Verbindungen mit den Massen an und tut viel für das Werden der nationalen Wirtschaft und Kultur.

Außenpolitisch hält sich die Regierung an die Grundsät-



Die Kokospalmen sind das Wahrzeichen des Landes



Diese Kirche ist ein Muster der Kolonialarchitektur



Neubauviertel in der Hauptstadt



ze der Nichtpaktgebundenheit und dehnt ihre Verbindungen mit den unabhängigen Staaten des afrikanischen Kontinents sowie mit anderen Ländern aus. Beziehungen zur UdSSR sind hergestellt und entwickeln sich gut.

Fotos: W. Wolkow und TASS